

DISKUS

FRANKFURTER STUDENTENZEITUNG

NACHRICHTENBLATT DER
VEREINIGUNG VON
FREUNDEN U. FÖRDERERN
DER JOHANN WOLFGANG
GOETHE-UNIVERSITÄT
FRANKFURT AM MAIN E. V.

5. Jahrgang — Heft 9 Preis 10 Pfg.

November 1955

Verlagsort Frankfurt a. M.

Reform und kein Ende

Verdrossenheit bedrohe uns, sagte Hermann Heimpel in seinem einleitenden Referat, „weil von Hochschulreform seit zehn Jahren zum zweiten Male wie vor fünfunddreißig Jahren zum ersten Male gesprochen wird, daß wir die einschlägigen Worte und Sätze am liebsten nicht mehr hören würden — die Hochschule aber nicht reformiert ist...“ Verdießlichkeit ist kein Klima, in dem große Entschlüsse reifen. Deshalb sind viele Teilnehmer mit zwiespältigen Gefühlen nach Bad Honnef gefahren, um an der großen Hochschultagung teilzunehmen, die — im Gedenken an vergangene große Zeiten — im Tagungsjargon Hinterzarten II genannt wurde. Es galt, eigene und fremde Resignation zu überwinden, die Unzufriedenheit aber festzuhalten und sich vor einer naiven Geschäftigkeit zu hüten.

Mit solchen Gedanken saß man am Vorabend der Tagung zusammen und sprach immer wieder über die Themen der nächsten vier Tage. Über Ordinarien, Nichtordinarien und die Neugliederung des Lehrkörpers. Über den wissenschaftlichen Nachwuchs. Über Studentenförderung. Man redete mit viel Sachverständnis und Nüchternheit und wurde doch des Gespräches nicht recht froh. Erst als die Gedanken zurückgingen zu den Augusttagen des Jahres 1952, kam etwas von dem vermißten Schwung in die Unterhaltung. Die Erinnerung an Hinterzarten, an die beiden Tagungen, die Höhepunkt und Ende der aktivsten Epoche der Reformbemühungen gewesen sind, zeigte den Grad der Bescheidung, mit dem man im Oktober 1955 in Honnef an die Aufgaben heranging. Damals in der Zuversicht, die erstrebten Verbesserungen als Teil einer großen Planung begreifen zu können. Diesmal nur noch vor einigen — wenn auch zentralen — Problemen, in der Hoffnung, das gerade Notwendigste bessern zu können.

Die Träger der Veranstaltung waren die Ständige Konferenz der Kultusminister und die Westdeutsche Rektorenkonferenz. Vorbereitung und Durchführung lag in den Händen des Hochschulverbandes. Sie wußten, daß sie mit dieser Tagung ein Risiko eingingen. In einem Punkte hat es sich gewiß gelohnt. Man hatte Anlaß, aus Honnef mit weniger resignierten Gedanken zurückzukehren, als man hingekommen war. Wieweit die beschlossenen Empfehlungen Aussicht haben, verwirklicht zu werden, wird sich erst in der Zukunft erweisen. Erfreulich und entscheidend aber war, daß es keine Fremdheit und keinen Mangel an Verständnis und Verständigungsbereitschaft zwischen Hochschule und Verwaltung gab. Es gab kein „hier und dort“. Professoren, Studenten, Minister und Verwaltungsbeamte haben miteinander gedacht und geplant. Die von verschiedenen Seiten her für das Schicksal der Hochschule Verantwortlichen fanden sich in vertrauensvoller Zusammenarbeit. Dies aber ist in der derzeitigen Situation die Voraussetzung, eine Reform überhaupt noch einmal sinnvoll planen zu können.

In den viertägigen Beratungen wurden Empfehlungen ausgearbeitet, um mit einem weitgespannten System von Hilfsmaßnahmen die deutschen Hochschulen wieder in die Lage zu versetzen, ihre Aufgaben zu erfüllen. Für die Fragen der Gliederung und Ergänzung sind dies in großen Zügen: Die Lehrstühle sollen mit den notwendigen Mitarbeitern und sachlichen Mitteln so ausreichend ausgestattet werden, daß die Professoren ihre Aufgaben in Forschung und Lehre erfüllen können. Die Errichtung neuer Lehrstühle wird besonders in den großen und zentralen Fächern für unumgänglich gehalten. Gleichzeitig wird es aber auch für notwendig angesehen, den „Mittelbau“ des Lehrkörpers zu verstärken und eine wesentliche Vermehrung der sogenannten Diätendozenten zu erreichen. Endlich sollen für all diejenigen, die nicht ordentlicher Professor werden können und dennoch tüchtige Lehrer und Forscher an den Hochschulen sind, Positionen des „gesicherten und geachteten Verweilens“ geschaffen werden. Für die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses sollen die folgenden Richtlinien gelten: Um möglichst frühzeitig fördern zu können, soll die Studienstiftung des deutschen Volkes in die Lage versetzt werden, helfend einzugreifen. In entsprechender Weise ist eine Erweiterung der allgemeinen Studentenförderung anzustreben.

Vermehrung sonstiger Förderungsbeihilfen, Erweiterung der Forschungsstipendien der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Erhöhung der Vergütung für wissenschaftliche Hilfskräfte und eine Reihe anderer Maßnahmen sollen dazu dienen, den für Forschung und Lehre geeignet erscheinenden Nachwuchskräften die notwendige materielle Lebenshaltung sowie eine möglichst freie wissenschaftliche und persönliche Entwicklung zu sichern.

Dies alles wird — auch bei bestem Willen der Verantwortlichen — Zeit brauchen, um verwirklicht werden zu können. Es wird lange dauern, obgleich es nur das Minimalprogramm einer Hochschulreform ist. Die konkret zu treffenden Maßnahmen sollten nicht mehr allzu lange diskutiert werden. Das Problem darf nicht noch einmal zerredet werden. Was nach dem Zusammenbruch einmal mit großem Schwung und mit großem Verantwortungsgefühl angegangen worden ist, hat einen erneuten Impuls erhalten. Es wird darauf ankommen, daß er nicht in einem Gestrüpp unzulänglicher Maßnahmen erstickt. Es darf vor allen Dingen nicht geschehen, daß durch kleine Erfolge ein Zweifel an der Gefährlichkeit der Lage aufkommt. Die anhaltende Gefährdung der Hochschule darf nicht unterschätzt, sie muß vielmehr erst richtig bewußt gemacht werden.

In Honnef wurde beschlossen, einen ständigen Ausschuß für Hochschulfragen zu errichten — Hinterzarten III, wie er genannt wurde. Je die Hälfte seiner zwölf Mitglieder soll durch die Kultusminister- und die Rektorenkonferenz benannt werden. Seine Aufgabe wird es sein, über die Verbesserungen im einzelnen die Reform im ganzen nicht zu vergessen. Die Hochschullehrer wollen an der Idee der Humboldtschen Universität festhalten. „Der Kern der deutschen Universität ist gesund.“ Dieser Satz Heimpels fand die Zu-

(Fortsetzung Seite 2)



Zu Søren Kierkegaards 100. Todestag

Geist ist: welche Macht die Erkenntnis eines Menschen über sein Leben hat ...

(Lesen Sie den Beitrag „Des Daseins Paradox“ in der wissenschaftlichen Beilage)

Freispruch der Gewissenlosen

Im Bonner Grundgesetz findet sich die zweideutige Formulierung: „Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.“ (Art. 4, Abs. 3). Daß diese Regelung noch vor dem Ernstfall und dieser, möglicherweise, überhaupt nicht eintritt, ist wünschenswert. Daß kein routinierter Verfassungsjurist auf den Gedanken kommt, nachzuweisen, daß man nur nicht „mit der Waffe gezwungen werden“ darf, alle anderen Methoden des Zwangs indessen erlaubt sind, wollen wir hoffen. Aber daß schließlich jeder eine Deutung dieses lebensentscheidenden Grundrechts versucht, ist nicht zu verwundern. Nur ob man schon vor der gesetzlichen Klärung verbindliche Weisungen ergehen lassen soll, bleibt sehr die Frage.

Die Delegiertenkonferenz des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes hat sich zu folgender Erklärung entschlossen: „Die Mitglieder des SDS werden aufgefordert, Wehrdienst nur zu leisten, wenn sie sich aus Gewissensgründen dazu verpflichtet fühlen“. Das klingt wie der Aufruf zu einem echten Freiwilligenheer, als ob man sich Sorge, daß gewissenlose Elemente allein wegen Sold und der schönen Uniform zu den Fahnen eilen. Der Beschluß könnte meinen, daß nur derjenige Wehrdienst leisten soll, der sich durch sein Gewissen wahrhaft berufen fühlt. Der SDS sorgt für besonders gewissenhafte Soldaten.

Man muß die Aufforderung nicht so verstehen und soll es auch nicht. Sie wirbt nicht für Freiwillige, sondern richtet sich gegen die Wehrpflicht. Sie fordert, sich ihr zu widersetzen, es sei denn, man fühle sich durch das Gewissen zum Wehrdienst verpflichtet. Das ist ein Novum: hier wird die Verbindlichkeit eines Gesetzes ausdrücklich von der Zustimmung der persönlichen Instanz des Gewissens abhängig gemacht. Es bleibt dem Belieben des einzelnen überlassen, dem Gesetz zu gehorchen. Die Gewissenlosen, die nie zu etwas sich verpflichtet fühlen, sind ebenso suspendiert wie die andern, die aus echten Gewissensgründen sich weigern. Bislang aber ist es keineswegs üblich, daß Gesetze allein die wirklich Gewissenhaften betreffen und auch von diesen nur die zur Befolgung verpflichteten, die im Innern mit ihnen übereinstimmen. Die Steuergesetze würden sonst kaum einen Pfennig für den Fiskus erbringen!

So ist es kein Wunder, daß man in diesem merkwürdigen Beschluß verdächtigen Radikalismus wittert. Der Ring christlich-demokratischen Studenten will einen „Erfolg der radikalen

Kräfte“ erkennen. Der SDS distanzierte sich nicht, sondern ergänzte nur dahin, daß „nicht nur irgendwelche ‚radikalen Kräfte‘ ... sondern der neue und der alte Bundesvorstand des SDS“ dieser Meinung sind. Der RCDS wird seine Ansicht nun kaum rividieren, daß „deren Wirksamkeit nur mit großer Sorge verfolgt werden kann“.

Die Weisung des SDS beschränkt sich nicht auf eine Polemik gegen die Wehrgesetzgebung, sondern ruft unmittelbar zum Widerstand gegen ein parlamentarisch-demokratisch verabschiedetes Gesetz. Denn nur dadurch wird die Wehrpflicht verbindlich. Die Sorge wegen der Beschlüsse des SDS sind daher nicht unberechtigt. Sie werden vertieft, weil der Kampf gegen die Wiederbewaffnung in Ost und West „mit allen parlamentarischen und — bei einer Beeinträchtigung der demokratischen Grundordnung — außerparlamentarischen, demokratischen Mitteln wie Versammlungen, Demonstrationen, Flugblättern und Streiks geführt werden“ soll. An Sitzstreiks der sozialistischen Studenten, wenn die andern marschieren müssen, ist sicherlich nicht gedacht. Vermutlich kokettiert man mit dem mächtigen Bruder und will ihn für dieses Ziel interessieren. Das heißt, die Gewerkschaft zu einem politischen Streik zu ermuntern, der nach unserer Verfassung illegal ist. Das Programm entbehrt nicht eines utopischen Überschwangs, indem der Kampf gegen die Wiederbewaffnung auch im Osten in angeführter Weise geführt werden soll. Ob drüben die demokratische Grundordnung schon hinreichend beeinträchtigt ist, um außerparlamentarisch vorzugehen, wird nicht verraten und ebensowenig, wie Versammlungen, Demonstrationen und Streiks arrangiert werden sollen, geschweige denn parlamentarische Widerstände. Vielleicht hat man es anders gemeint als gesagt. Das „Ost“ hätte ruhig weggelassen werden können, denn es taugt nicht, die wahre Front zu verschleiern.

Die Gründe, durch die der SDS sich zum Kampfe veranlaßt sieht, sind ein Mixtum von Fakten und dogmatischen Thesen. Auch sie vertieften die Sorge um die staatliche Ordnung. Da heißt es zum Beispiel: „In Anbetracht dessen, daß ... die Schaffung einer Armee die Existenz der Arbeiterbewegung und die Verwirklichung ihrer Ziele unmöglich macht und der Alleinherrschaft ihrer Gegner dient“, muß der Widerstand radikal durchgeführt werden. Der Schutz des Staates, der auch der Arbeiterbewegung die Existenz ermöglicht und verfassungsmäßig garantiert, ist be-

(Fortsetzung Seite 2)

Stadtbibliothek
Eppeleheimer
104

Man sagt in Bonn . . .

Der Kanzler ist auf dem Wege der Besserung. Aber die durch seine Krankheit veranlaßte Diskussion um den „Kronprinzen“ ist deshalb nicht beendet. Man ist — gerade innerhalb der CDU — in der letzten Zeit doch zu besorgt gewesen, um diese Sorge nun wieder vergessen zu können. Die Frage ist nun nicht mehr: Wer kann den Kanzler ersetzen (wer könnte sich auch nur annähernd mit seinen Fähigkeiten und seinem Ansehen im Ausland vergleichen!) — die Frage lautet einfach: Wer muß — im gegebenen Fall — den Kanzler ersetzen? Das ist kein unverbindliches Abwägen mehr, sondern eine Entscheidung. So un bequem ist das Problem, daß die Bonner Politiker selbst diese Entscheidung Adenauer auflasten: Er soll seinen Nachfolger selbst benennen.

Als aussichtsreichster Kandidat gilt der Bundesfinanzminister Schäffer. Er verbindet ein hohes Maß an Verwaltungserfahrung mit beträchtlichem politischem Ansehen. Daß er streng genommen nicht Mitglied der CDU ist (die bayerische CSU ist eine selbständige Partei) schadet nicht viel, weil CDU und CSU in Bonn eine Fraktion bilden, und diese Fraktion wählt schließlich den Bundeskanzler. Brentano ist niemandes Feind, aber ist er auch jedermanns Freund? Er ist wohl zu kurze Zeit Minister, um jetzt schon ernsthaft zur Spitzengruppe zu zählen. Auch der Bundesinnenminister, Schröder, lag einmal in guter Position. Damals nannte man ihn „Adenauers jungen Mann“. Aber das war vor dem Fall John. Die Achtung, die Erhard, unser Wirtschaftsminister, in der Bevölkerung genießt, täuscht darüber hinweg, daß er innerhalb der CDU nicht gerade als ausgesprochen christlich-demokratischer Politiker gilt — das aber wird die CDU von einem Kanzler verlangen.

Bleiben wir dennoch bei Erhard. Gerade jetzt bemüht er sich mit allen Kräften, einen Streik in der Metallindustrie von Nordrhein-Westfalen zu verhindern. Obwohl die IG Metall seiner ersten Aufforderung zu einem Gespräch mit den Arbeitgebern nicht gefolgt ist, hat er nicht etwa den Beleidigten gespielt, sondern sie erneut eingeladen — diesmal mit Erfolg. Brückierend verhielt sich die IG Metall, die in einem halbseitigen Inserat dem Bundeswirtschaftsminister vorwirft, er habe in die Verhandlungen „eingegriffen“ und einseitig die Partei der reichen Leute ergriffen. Dieses abgedroschene Argument aus der Mottenkiste der Klassenkämpfer ist die Antwort auf das Bemühen des Wirtschaftsministers, im Interesse der ganzen Wirtschaft, für die er verantwortlich ist, Lohn- und damit Preiserhöhungen zu vermeiden. Die Gesinnung der IG Metall wird vollends deutlich, wenn man sich die Überschrift dieses Inserats ansieht, die sinnigerweise aus dem Sprachschatz des Liberalismus entliehen ist: „Leben — und leben lassen . . .“ Das heißt doch nichts anderes als dies: Macht Ihr, was Ihr wollt — aber laßt uns auch machen, wozu wir gerade Lust haben. Darin ist wahrhaftig nichts von der Verantwortung für das Ganze zu spüren, die zu vertreten die Gewerkschaften — bisher meist zu recht — von sich behauptet haben.

Diese Kritik an der Gewerkschaft darf aber nicht dazu verleiten, nun mit Schadenfreude die Gründung christlicher Gewerkschaften zu registrieren. Man mag über den DGB denken, wie man will; diese Neugründung nützt keinem. Es ist deshalb zu hoffen, daß die christlichen Gewerkschaften keine Bedeutung gewinnen werden. Das ist auch nicht zu erwarten, solange so prominente christliche Gewerkschaftler wie Arnold und Kaiser und auch die Sozialausschüsse der CDU sich nicht nur an der Gründung nicht beteiligen, sondern sich sogar gegen dieses Experiment ausgesprochen haben. Der DGB mag seinem christlichem Flügel manches Unrecht angetan haben (die Wahlparole des DGB von 1953 „Wählt einen besseren Bundestag!“ ist in Bonn nicht vergessen), aber ebenso ist zu verzeichnen, daß sich dieser Flügel auf den Gewerkschaftskongressen kaum oder gar nicht gegen dieses Unrecht gewehrt hat. Proteste kamen nicht von der Rednertribüne der Kongresse, sondern immer erst hinterher. — Selbst die Arbeitgeber, die nun sicherlich nicht zu den Freunden des DGB zählen, haben sich gegen die christlichen Gewerkschaften ausgesprochen. Zwei Ge-

werkschaften, das muß ja zu einem Wettlauf um die Gunst der Arbeitnehmer führen — und das heißt, zwangsläufig zu einer Radikalisierung beider Gewerkschaften. — Nahezu einhellig ist also die Ablehnung in der Bundesrepublik — nicht aber im Ausland; der finanzielle Zuschuß der auswärtigen christlichen Gewerkschaften hat ihre Gründung in Deutschland überhaupt erst ermöglicht.

Und die Wiedervereinigung? — Das Lächeln von Genf ist vorüber. Es bleibt die Drohung, ganz Deutschland zu bolschewisieren. Ist es ein Zufall, daß der erste sowjetische Botschafter in Bonn Sorin heißen soll? — Man sollte sich erinnern, daß im Februar 1948 der stellvertretende Außenminister der UdSSR, Sorin, nach Prag flog und erst wieder nach Moskau zurückkehrte, als die Tschechoslowakei end-

FRANKFURTER BÜCHERSTUBE SCHUMANN U. COBET

Frankfurt am Main · Börsenstr. 2-4 · Fernsprecher 9 1494

gültig ein Satellit geworden war. — In diesem Zusammenhang soll auch die letzte Rede Ulbrichts vermerkt werden, in der er fordert, das System der „Deutschen Demokratischen Republik“ — als das bessere — auf ganz Deutschland auszudehnen. Er mußte allerdings in der gleichen Rede zugeben, daß die Organe der DDR bisher versagt hätten, und daß die Versorgungslage der Sowjetzone katastrophal sei. (Das ist Dialektik!) Wenn Ulbricht seine Funktionäre auffordert, die DDR attraktiv zu machen, attraktiv für Westdeutschland, so können wir ihm einen Tip geben: Veranstalte freie Wahlen in der Sowjetzone! Nichts ist in der Politik attraktiver als die Freiheit!

Bruno

. . . und in Deutschlands Hauptstadt

„Klug ist nicht, wer keine Fehler macht. Solche Menschen gibt es nicht und kann es nicht geben. Klug ist, wer keine allzu wesentlichen Fehler macht und es versteht, sie rasch zu korrigieren.“
Lenin

Seit dem Frühjahr dieses Jahres sind die Sowjets dabei, wesentliche Fehler ihrer Politik zu korrigieren. Seit dem Frühjahr dieses Jahres lächeln sie. Ständig. Wer kann noch aus dem Stegreif alle Anlässe nennen, bei denen sie den Vertretern des Westens zulächelten, zutoasteten, zuwinkten? Und wer zählt die Seiten Papier, in denen unsere Zeitungen das breite sowjetische Lächeln registrierten, fotografierten und kommentierten? Gewiß — als sie nach der Genfer Konferenz der Staatsoberhäupter in Ostberlin Station machten, zeigte sich bereits, daß ihre Kampagne des guten Lächelns noch keine solche des guten Willens war. Aber wen kümmerte das damals! Sie hatten uns doch angelächelt. Man war naiv wie jene Jungfrau, die auf den Handkuß hin bereits das Kind erwartet.

Wenige Wochen nach jener Konferenz des Lächelns hatte ich Gelegenheit, mit einem Flüchtling aus der Ostzone zu sprechen, der den Toast nicht für die Tat genommen und allem zum Trotz seine Wohnung, seinen Besitz (eine kleine Sägemühle in der Gegend von Halle) verlassen hatte. 60 Jahre alt, seit 1913 SPD-Mitglied, Typ des bewußt politischen Menschen. „Ich verstehe nicht“, sagte er mir, „ich verstehe keinen Menschen hier. Ich schäme mich, wenn ich eine westliche Zeitung in die Hand bekomme. Zehn Jahre lang sind bei uns die ungeheuerlichsten Verbrechen geschehen, und nun lächelt Bulganin ein paar Mal in die Pressekameras — und alles ist vergessen. Welche ungeheure Unsicherheit im Westen! Wenn man das alles sieht . . . ich weiß gar nicht, ob der Widerstand, auch der innere, den wir zehn Jahre lang geleistet haben, ob das alles nicht vollkommen sinnlos war . . .“

Warum ich dieses schon einige Monate zurückliegende Erlebnis hier wiedergebe? Weil es den allzu Verständigungsbereiten einen Hinweis darauf geben soll, wo sie die Ernsthaftigkeit sowjetischer Versprechungen jederzeit kontrollieren können: in den westberliner Flüchtlingslagern. Ein ständiger Kontakt mit den vielen Tausenden, die monatlich die Zone verlassen, ist allen denen zu empfehlen, die in der vorliegenden „Taufwetterzeit“ der letzten Wochen und Monate nur zu sehr geneigt waren, jede Warnung nach östlichem Beispiel als Rückfall in die „Politik der Stärke“ zu diffamieren. Politische Kurswechsel kann man an den Berichten der Börse ablesen. Sowjetische Börsenberichte gibt es nicht. Aber es gibt einen anderen echten Gradmesser für einen politischen Kurswechsel des Kreml: die Flüchtlingsstatistiken. Und es ist bekannt, daß sie in den vergangenen Monaten nicht eine fallende, sondern eine steigende Tendenz besaßen.

Zuständige Stellen in Westberlin erwarten, daß die Ziffern in den kommenden Monaten weiter ansteigen werden. Diese Erwartung knüpft sich nicht etwa an den voraussichtlichen Fehlschlag der Genfer Außenministerkonferenz. Sie basiert

Freispruch der Gewissenlosen

(Fortsetzung von Seite 1)

deutungslos. Die Armee, daran will man nicht zweifeln, wird notwendig zum Instrument ihrer Unterdrückung werden. Diese „Notwendigkeit“ läßt sich nötigenfalls provozieren, indem man gleich anfangs sich der Mitarbeit enthält und aktiven Widerstand leistet. Extrem doktrinär ist die Feststellung, „daß nur die Arbeiterbewegung in der Lage ist, die Bedingungen für die Wiedervereinigung zu schaffen“. Niemand wird ihr bestreiten, daß sie hier wesentliche Aufgaben zu erfüllen hat. Aber wirklich „nur“ sie? Dann kann das nur meinen, daß die gültige verfassungsmäßige Ordnung beseitigt werden muß, weil in ihr nicht „nur“ die Arbeiterbewegung in der Lage ist“, die Bedingungen für die Wiedervereinigung herzustellen und demgemäß allein zu entscheiden. In Fragen der Einigung scheint die Zusammenarbeit mit den anderen demokratischen Gruppen für nichtig befunden zu werden, da sie nicht in der Lage sind . . . Vielleicht hat man es so nicht gemeint.

Solche Gründe bestimmen das sozialistische Gewissen. Wer sie sich zu eigen macht, ist vom Wehrdienst befreit und aufgerufen, sich aktiv zu weigern. Doch glauben wir nicht, daß gewisse Gründe schon echte Gewissensgründe sind, die die Verfassung schützt. Deren Auslegung freilich ist äußerst schwierig. Man hört: „Mit Schärfe wendet sich der SDS gegen sich abzeichnende Tendenzen, den Begriff des ‚Gewissensgrundes‘ auf religiöse und ethische Gründe einzuzengen. Der SDS bekennt sich zu der Unteilbarkeit des Gewissens. Politische Argumente gegen eine militärische Aufrüstung sind also ebenso aus gewissenhafter Prüfung hervorgegangen anzuerkennen wie sogenannte ‚rein ethische und religiöse Beweggründe‘“. Von Einengung aber kann gar nicht die Rede sein, sondern nur von Erweiterung, weil das Gewissen seine Dignität nur dem religiösen Charakter verdankt und auch heute noch vom Pathos des Religiösen lebt. Das Gewissen allein als ‚Stimme Gottes‘ beansprucht die Geltung und den gesetzlichen Schutz. Streicht man die unbedingt gebietende transzendente Macht, so fällt auch der Anspruch auf Unbedingtheit weg. Man hat die göttliche Stimme als gesellschaftliches Vorurteil zu entlarven versucht. So kann man sich darauf auch nicht mehr berufen, denn Vorurteile haben nur bedingt verbindliche Macht. Das Gewissen ist niemals ein Hort politischer Tagesparolen, die dem Menschenverstand entspringen und sich trotz gewissenhaftester Prüfung heute wie morgen ständig verändern. Sie gegen das Gesetz zu befolgen, weil Gewissensfreiheit gewährt ist, führt zur Anarchie.

E. Pause

viel eher auf innenpolitischen Erwägungen. Während Herr Molotow in Genf sich bemüht, das offene Eingeständnis des sowjetischen Desinteresses an der Wiedervereinigung zu umgehen, wird in der Zone die Volksdemokratisierung mit rüden Maßnahmen und Reden vorangetrieben. Es ist nicht anzunehmen, daß Grotewohl und Ulbricht die Referate, die sie in den letzten Tagen gehalten haben, ohne vorherige Absprache mit Moskau vortragen.

Grotewohl forderte zunächst eine weitere, rücksichtslose Verschärfung des Klassenkampfes, um die Erfolge der DDR vor den Angriffen der kapitalistischen Elemente zu schützen. Gleich darauf beklagte er das „Anwachsen der Republikflucht“ und forderte den SSD auf, Maßnahmen zu ihrer Verhinderung zu treffen. Dann wieder ein Salto: Der Ministerpräsident wußte zu berichten, die DDR stehe dem untergangreifen Kapitalismus „jung, blühend und stetig wachsend“ gegenüber. Doch — wie gesagt, so zerronnen: Sofort anschließend hielt Grotewohl Abrechnung mit den Fehlern und Mängeln der ostzonalen Wirtschaft, die den Eindruck erweckte (der auch von den Flüchtlingen immer wieder bestätigt wird), daß absolut nichts im Produktionsapparat der Zentralverwaltungswirtschaft funktioniert. Zum Glück konnte er gleich darauf klarmachen, daß es sich dabei nur um Wachstumsschwierigkeiten handle, die durch eine Erhöhung der Arbeitsnormen (das hat einst den 17. Juni ausgelöst!) wettgemacht werden könnten. Dann kam er zu seinem Ausgangspunkt zurück mit der Behauptung, daß „unsere Erfolge den Klassenkampf verschärfen“ würden. Erneute Aufforderung an den SSD „die konterrevolutionären Kräfte in der DDR zu unterdrücken“ und Schluß. Nein, dies noch: Nur ein wenig weitergehen müsse man in den demokratischen und sozialen Errungenschaften, dann werde die Zone zum Magnet werden, der Westdeutschland unwiderstehlich an sich ziehe und die Wiedervereinigung herbeiführe.

Man wird nicht annehmen können, daß Grotewohl oder auch nur irgendeiner der ostzonalen Funktionäre von der magnetischen Wirkung der eigenen politischen und sozialen Verhältnisse wirklich überzeugt ist. Wahrscheinlich soll dies nur eine neue Version vorbereiten, mit der man die Wiedervereinigung ablehnen will. Man sollte aber einmal die Frage entgegengesetzt stellen: Übt der Westen, also die Bundesrepublik, eine echte Anziehungskraft etwa auf die jungen Menschen in der Zone aus? Man wird die Frage verneinen müssen. Vor allem unter den jungen Intellektuellen der Zone gibt es viele, die sich hier in einem aufrichtigen Dilemma befinden. Ein Student aus Greifswald, zu kurzem Besuch in Berlin, sagte hier unlängst: „Wir sitzen ständig auf gepackten Koffern. Aber zuletzt bleiben wir immer wieder. Weshalb sollten wir nach Westdeutschland gehen? Weil wir dann unter Umständen einen tadellosen Kammgarnanzug tragen und mit einem Motorroller fahren können? Wissen Sie, wer die Wahl hat zwischen zwei Materialismen, bleibt wohl am besten da, wo er gerade ist. Aber wenn es eine dritte Möglichkeit gäbe . . .“

Joachim

Reform und kein Ende

(Fortsetzung von Seite 1)

stimmung der Versammlung. Soll der Kern weiter gesund bleiben, braucht es die Bereitschaft, als geheiligt angesehene Formen zu ändern. Es geht um die Form der Fakultät. Die Gemeinschaft aller Lehrenden muß die Neuordnung der deutschen Hochschule vorantreiben können. Die Professoren werden sich entschließen müssen, nicht nur Arbeit, sondern in angemessener Form auch Verantwortung an die Jüngeren, die noch nicht im Besitz eines Lehrstuhls sind, abzutreten. Nur so kann ein neues korporatives Bewußtsein entstehen. Nur mit einem neuen und starken korporativen Bewußtsein können die Gefahren von der Hochschule abgewendet werden. Die Stärkung des korporativen Bewußtseins hätte das eigentliche Thema von Honnef sein müssen. Darüber wurde nur in sehr unverbindlichen Allgemeinheiten gesprochen. Die Reform der deutschen Hochschule ist eine Reform ohne Ende. Sie ist auch eine Reform, die erst am Anfang steht.

Ulrich Gembardt

DISKUS
FRANKFURTER STUDENTENZEITUNG
Herausgeber: Alexander Böhm, Rudi Eberl, Günter Schwank, Magnus Weber, Werner Wilkening.
Chefredakteur: Oskar Strobel.
Redakteure: Udo Kollatz, Werner Schaffernicht, Hanns Schreiner.
Korrespondent in Bonn: Peter Scholz.
Korrespondent in Berlin: Joachim Fest.
Geschäftsführung: Oskar Feiber, Frankfurt am Main, Fontanestraße 26.
Anzeigenverwaltung: Etelca Götz, Frankfurt am Main, Leerbachstraße 92, Telefon: 5 62 61
Konten der Zeitung: Rhein-Main Bank Nr. 121 210, Frankfurter Sparkasse von 1822 Nr. 30158. Manuskripte sind zu richten an „DISKUS, Frankfurter Studentenzeitung“, Universität Frankfurt a. M., Mertonstr. 26, Tel. 7 00 91, App. 213. Artikel, die mit dem Namen des Verfassers oder seiner Initialen gezeichnet sind, geben die Meinung des Autors wieder, aber nicht unbedingt die der Redaktion.
Der DISKUS ist das Nachrichtenblatt der „Vereinigung der Freunde und Förderer der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a. M. e. V.“; auf die redaktionelle Gestaltung der Zeitung hat die Vereinigung keinen Einfluß.
Druck: Druckerei Dr. Günter Zühlsdorf, Frankfurt am Main, Eckenheimer Landstraße 60 b, Tel. 5 11 78.
Abonnements zum Preise von DM 1,50 für zwei Semester sind unter Einzahlung des Geldes bei der Geschäftsführung zu bestellen.

Schon mal was von Otto gehört?

Am Dienstag, dem 1. November, waren die Hörsäle und Ateliers der Berliner Hochschule für Bildende Künste leer. Die Studenten streikten. Und wann immer man in den letzten Tagen oder Wochen die Hochschule betrat, spürte man: hier herrscht dicke Luft. Die bärtigen Gesichter der Kunstjünger zeigten eine finstere Entschlossenheit, und die Studentinnen mit engen Hosen und Pferdeschwanzfrisur bewegten sich um eine auffällige Nuance herausfordernder durch die Gänge und hochgebauten Hallen der Schule.

Worum ging es? Worum geht es noch heute?

Seit dem Frühjahr ist der Posten des Direktors der HBK in Berlin verwaist. Damals starb Prof. Karl Hofer, der der Hochschule nach 1945 wieder internationales Ansehen verschafft hatte. Und seit dem Frühjahr ist es die Frage, wer das schwere und ehrenvolle Amt seiner Nachfolge übernehmen soll.

Von der großen Zahl der ständig auftauchenden Namen blieben schließlich zwei: Prof. Hans Scharoun und Dipl.-Ing. Karl Otto.

Scharoun hat einen weit über Deutschland hinaus geachteten Namen. Vor allem seine Beiträge zum Problem des großstädtischen Wohnens sind bekannt. Schon vor dem Kriege versuchten die Amerikaner, ihn nach Übersee zu holen. Stuttgart verlieh ihm die Ehrendoktorwürde, Hamburg den Schuhmacherpreis und Berlin den Kunstpreis. Bei seinem ersten Berlin-Besuch nach dem Kriege, im Jahre 1947, äußerte Prof. Gropius, die Planungen Scharouns für den Neuaufbau der Stadt würden ihn als einen der wenigen wahrhaft schöpferischen Architekten unserer Zeit ausweisen.

Und wer ist Otto? Er war bisher Direktor der Werkkunstschule Hannover und . . . ja und? Das ist alles. In Ernst Thieles „Situation der bildenden Kunst in Deutschland“ findet man über ihn noch: „Er gestaltete für den Ausbau des Flughafens Hannover Stahlrohrmöbel . . . die durch die neuartige Führung der Stahlrohrkonstruktion federn.“

In der zweiten Oktoberhälfte wurde nun Karl Otto zum Direktor der Hochschule und Nachfolger Karl Hofers gewählt.

Diese Entscheidung rief die Studenten aller Kunstklassen auf den Plan. Mit einer — bei dem betonten Individualismus gerade der Kunststudenten — bemerkenswerten Mehrheit von 344 Stimmen bei 20 Enthaltungen und keiner Gegenstimme wurde beschlossen, durch einen 24stündigen Streik gegen die „Wahl von Herrn Dipl.-Ing. Karl Otto zum Direktor der Hochschule“ zu protestieren.

Gewiß — die Statuten geben der Studentenschaft kein Mitspracherecht bei der Berufung eines neuen Direktors. Doch sind die Studenten der Ansicht, daß die Satzungen materiell verletzt worden seien. Es heißt da nämlich im Abs. III, § 6, daß der Direktor „ein Künstler von hervorragender Bedeutung sein“ müsse.

Das aber trifft bei Otto nach der Ansicht der Studentenschaft nicht zu. Bezeichnend ist folgendes Gespräch zweier Studenten:

„Schon mal was von Otto gehört?“

„Meinste Otto Ziege, den Sechstagesfahrer?“

„Nein, ich meine den mit den guten Beziehungen zum Berliner Volksbildungssenator!“ (Tatsächlich munkelt man auf den Gängen der Hochschule am Steinplatz, daß Otto solchen Vorzimmerbeziehungen seine Wahl verdanke, denn selbst die Professoren der Hochschule wußten nichts zu erwidern auf die mehrmaligen, fast schon verzweifelten Fragen der Studenten, warum denn um alles in der Welt gerade Herr Otto gewählt worden sei. Gleichwohl haben die Dozenten der Hochschule inzwischen eine einstimmig gefaßte Erklärung abgegeben, daß sie mit Otto vertrauensvoll zusammenarbeiten wollten.)

Indessen geben die Studenten sich noch nicht geschlagen. So oft man ihnen nun auch schon versichert hat, die Wahl

sei endgültig und unabänderlich — sie wollen noch einmal bei dem Senator für Volksbildung vorstellig werden. Darüber hinaus hat der AStA eine Vollversammlung angesetzt, in der die Studenten über weitere Schritte beraten wollen. Wie man hört, ist eine große Anzahl entschlossen, jedes Mittel passiver Resistenz zur Aufhebung der getroffenen Entscheidung anzuwenden.

Inzwischen hat Senator Tiburtius sich öffentlich darüber verwundert, daß die Studenten eine eigene und abweichende Meinung zum Ausdruck brächten. Und mit fast befremdender Naivität gefragt, gegen wen man denn eigentlich streikt.

jcf

Leserzuschriften:

Moderne Folterkammern

Noch besser als Zeitungsberichte vermag ein Filmstreifen bedecktes Zeugnis von den Ausbildungsmethoden in amerikanischen Soldatenlagern abzulegen. Dieser Filmstreifen wurde vor einiger Zeit den deutschen Fernsehzuschauern vorgeführt; und wäre man nicht genau „im Bilde“ gewesen — ohne weiteres hätten die Guckkastenbenutzer annehmen können, es handle sich dabei um den Ausschnitt aus einem modernen Gangster- oder Spionagefilm, dem es nicht an einer ordentlichen Portion Rohheit und Sadismus fehlt.

Ohne Scheu produzierten sich Ausbilder und Auszubildende vor der Fernsehkamera: Schonungslos werden die jungen Dönsjägerspiranten von ihren „Feinden“ getreten (keine Körperstelle ist tabu), geschlagen (jeder Gewehrkolben ist gerade gut genug), in Erdlöchern vergraben und in Zellen gesperrt, in denen eine Bewegung des Insassen unmöglich ist.

Die Quintessenz dieser Ausbildungsmethoden ist klar: man wappnet sich für den Ernstfall. Nicht klar aber scheinen den amerikanischen Militär- und Ausbildungsexperten die Folgen solcher „Übungen“ zu sein, nicht nur für den durch diese Folterkammern Gelaufenen, sondern auch für diejenigen, die diesen Zelluloidstreifen gesehen haben: Es wird ein Haß in allen diesen Menschen produziert, der sich gegen jene richtet, die — im Ernstfall — sich dieser Methoden bedienen würden — also die Feinde Amerikas (wer diese sind, hören und lesen wir täglich). Wie ist es möglich, daß unter solchen Aspekten eine Völkerverständigung entstehen kann? Wenn man so einseitige Vorurteile unter die Menschen sät — wie wird dann die Ernte ausfallen?

Möge ein gütiges Geschick die künftigen jungen deutschen Kasernenbewohner davor bewahren, daß mit den Waffenlieferungen aus den USA auch solche Ausbildungsmethoden über den großen Teich kommen.

Waldemar Kunath

„Der Saldo“

Fünf sind also auf der Strecke geblieben, fünf Frankfurter Studenten einer Gruppe, die in Halle der Martin-Luther-Universität einen Gegenbesuch machten. Diese Frankfurter Fünf kamen nicht mit der Gruppe zurück, weil sie — lt. letztem Diskus, Beitrag „Der Saldo“ — sich hatten überreden lassen, als Gäste die Errungenschaften der DDR zu besichtigen. Unsere tatsächlich z. T. erst acht Tage später angetretene Heimreise derart auszuliegen, läßt sich aber weder mit der Gastfreundschaft, die wir in Halle erfuhren, noch mit unseren wirklichen Motiven dafür vereinbaren. Die fünf Spätheimkehrer sind ausnahmslos nur noch zu Verwandten oder Bekannten gefahren und hatten so dort, gänzlich unabhängig von Halle, zusätzlich Gelegenheit, sich mit dem zu befassen, was schon allein örtlich bedingt außerhalb des Bereichs jeglicher Reklame lag.

H. P. Barth

Anläßlich der Rektoratsübergabe am 14. November wurde Staatssekretär Dr. Strauß vom Bundesjustizministerium in Anerkennung seiner Verdienste um die rechtswissenschaftliche Forschung zum Ehrenbürger der Johann Wolfgang Goethe-Universität ernannt.

Zum Ehrendoktor der Juristischen Fakultät wurde Ministerialrat a. D. Johann David Sauerländer promoviert.

Einen ausführlichen Bericht über den Festakt in der Aula der Universität und die Reden des Herrn Rektors und des Herrn Prorektors veröffentlichen wir in unserer Dezembernummer.

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des W. Kohlhammer Verlages, Stuttgart, bei, dessen freundliche Beachtung wir empfehlen.

Maxima „Moralia“

Folgende 15 Bedingungen waren für eine „möblierte Studentin“ gedacht.

Ich bescheinige hiermit, Kenntnis genommen zu haben von den nachstehenden Bedingungen:

1. Rauchen ist nicht gestattet.
2. Desgleichen ist mir nicht gestattet, Herrenbesuch zu empfangen; darunter verstehe ich auch ausdrücklich, daß ich meinen Verlobten an und in der Liegenschaft . . . nicht empfangen darf.
3. Der Mietpreis beträgt 60 DM, praenumerando zu zahlen. Hinzu tritt für Stromverbrauch monatlich die Gebühr von 2 DM.
4. Es handelt sich um ein Zimmer mit Selbstbedienung; darunter verstehe ich, das Bett selbst zu machen, den Mülleimer zu leeren, das Waschbecken sauber zu halten.
5. Handtücher, Bettwäsche und ein Kopfkissen (= Federkissen) sind mitzubringen, die ich auf meine Kosten waschen lasse.
6. Ich habe die Erlaubnis, mir Kaffee und Tee zu kochen, wenn ich mir hierzu selbst einen elektrischen Kocher und einen Doppelstecker mitbringe.
7. Das Zimmer ist in dem Zustand, wie ich es vorgefunden habe, zu belassen. Darunter verstehe ich, daß Bilder und Karten nicht von der Wand zu nehmen sind und andere, mir gehörige Bilder, Fotos, Karten usw. an die Wand nicht angeheftet werden dürfen. Für Beschädigung an der Tapete komme ich auf.
8. Das Zimmer wird vermietet von der Zeit vom 4. November bis 22. Dezember 1955, ferner vom 7. Januar bis 29. Februar 1956.
9. Die Haustüre und die demnächst erstellte Gartentüre sind in dem Zustand abzuschließen, wie sie vorgefunden werden.
10. Das Aufstellen eines Radiogerätes, ferner das Ausüben von Musik jeglicher Art, Schreibmaschinenschreiben, Deklamieren ist nicht gestattet.
11. Der Gebrauch von starkem Parfum ist nicht gestattet.
12. Die linke Hälfte des Kleiderschranks wird nicht mitvermietet.
13. Ich verpflichte mich, die Ruhe des Einfamilienhauses in jeder Form zu respektieren.
14. Das Closet ist in sauberem Zustand zu halten.
15. Es ist nicht gestattet, im Zimmer Wäsche zu waschen und zu bügeln.

Mit vorstehenden Bedingungen bin ich einverstanden.

Frankfurt/Main, den

Die Studentin konnte das Zimmer nicht beziehen, Sie hatte den Fehler begangen, sich zu verloben!

So geschehen im Jahre des Herrn 1955. Thomas

Eine Frage?



Kennen Sie die vielen
Situationen des täglichen
Lebens, in denen Ihnen
Ihre Bank helfen kann?
Besuchen Sie uns,
wir beraten Sie mit
großer Erfahrung.



RHEIN-MAIN BANK
AKTIENGESELLSCHAFT
FRÜHER DRESDNER BANK

Frankfurt a. M., Gallus-Anlage 7

Ein Rätsel

Langsam beginnt sich in Westdeutschland in letzter Zeit die Einsicht durchzusetzen, daß die Wiedervereinigung des geteilten Vaterlandes nicht allein eine Sache der Großmächte, sondern zugleich Aufgabe jedes einzelnen Deutschen sei. Die Tage, in denen die Ohren gleichermaßen vor Propagandageschrei wie vor den Rufen aus Not und Bedrängnis verstopft schienen, weichen der Erkenntnis, daß wir uns endlich ernsthaft mit jenen Realitäten zu beschäftigen haben, die seit 1945 in der anderen Hälfte Deutschlands geschaffen worden sind. Und indem Nachdenklichkeit sich anschiebt, über die Trägheit des Geistes und des Herzens den Sieg davonzutragen, schwindet auch die fade Utopie, daß Wiedervereinigung die Fortexistenz des je anderen Teiles ausschliesse, daß also etwa alles im Osten eines Tages nicht mehr östlich, sondern nur noch westlich sein werde.

Um sich über die Möglichkeiten und Grenzen der Wiedervereinigung klar werden zu können, bedarf es vor allem ausreichender Unterlagen und Informationsquellen. Seit einigen Wochen erlaubt nun ein Abkommen, das die Deutsche Bundespost mit der Post in der Deutschen Demokratischen Republik getroffen hat, über den Postzeitungsdienst auch eine Reihe von neuen Fachzeitschriften zu beziehen, die in Mitteldeutschland herausgegeben werden; umgekehrt darf auch eine größere Anzahl westdeutscher Zeitschriften offiziell von Lesern in der Deutschen Demokratischen Republik bestellt werden. Wenn man auch nicht weiß, wem es zu verdanken ist, daß diese erste Bresche in die Mauer gelegt wurde, so ist doch Anlaß genug, sich über diesen, wenn auch bescheidenen Anfang zu freuen und auf den Tag zu hoffen, an dem auch andere Druckerzeugnisse uneingeschränkt zwischen Ost und West ausgetauscht werden können.

Die Liste der Zeitschriften, die nunmehr aus Mitteldeutschland bezogen werden können, deutet indessen darauf hin, daß uns von diesem Endziel noch einiges trennt. Es handelt sich, wie gesagt, um Fachzeitschriften und nicht etwa auch um Tageszeitungen und Wochenblätter oder andere, regelmäßig erscheinende Publikationen allgemeinen und politischen Inhalts. So besteht der größte Teil der Liste aus Zeitschriften etwa für das Bauhandwerk, die Wetterkunde oder die Elektrotechnik. Die Methodik dieser Auswahl liegt auf der Hand: Jede Publikation auch nur vermutlich politischen — und das heißt in diesem Falle einseitig propagandistischen — Inhalts soll auch weiterhin von den westdeutschen Lesern ferngehalten werden.

An sich könnte die in der Liste ausgedrückte Konsequenz wohl beeindrucken. Doch dann entdeckt man beispielsweise, daß sich auch die „Deutsche Zeitschrift für Philosophie“, herausgegeben im Deutschen Verlag der Wissenschaften, Berlin, unter den zugelassenen Titeln befindet. Die Überraschung, die diese Entdeckung auslöst, läßt sich kaum verhehlen, zumal dann, wenn man sich angesichts der bisher gezeigten Auswahl-Konsequenz des Vorworts erinnert, daß dem ersten Heft dieser Zeitschrift vorangestellt war. Es hieß dort:

„Unsere Zeitschrift . . . empfängt ihren gesellschaftlichen Auftrag von den Massen der Arbeiter, werktätigen Bauern und Intellektuellen, die für die Einheit und Unabhängigkeit eines friedliebenden, demokratischen Deutschland kämpfen und in einem Teil unseres Vaterlandes, des Geburtslandes von Karl Marx und Friedrich Engels, wegweisend für die ganze Nation die Grundlagen des Sozialismus errichten.“

Schon auf den ersten Seiten wird dem Leser Stalin als der „größte Wissenschaftler unserer Epoche“ angepriesen, und seit-

dem ist die „Deutsche Zeitschrift für Philosophie“ stets ein Musterbeispiel dafür gewesen, wie sehr die marxistische Ideologie als offizielle Staatsphilosophie sich nicht nur des Staates selbst, der politischen Kanäle, sondern auch der feinsten und sublimsten Verzweigungen des Geistigen schon bemächtigt hat.

Wie nun? Sollte man bei der Auswahl der mitteleuropäischen Zeitschriften doch schon der politischen Diskussion, zunächst auf philosophischer Ebene, ins Auge gesehen haben? War man nicht konsequent? Oder sollte sich höheren Orts die Einsicht verbreitet haben, daß gerade das Studium der originalen Quellen dazu angetan wäre, in Westdeutschland manche Illusion über das östliche Regime zu zerstören? Denn man geht wohl nicht in der Annahme fehl, daß diese Auswahl nicht allein von einem kleinen Beamten der Deutschen Bundespost, sondern auch von jenen Stellen getroffen worden ist, die in den vergangenen Jahren so viel Sorgfalt darauf verwendet haben, Westdeutschland vor jedem östlichen Pamphlet zu behüten; jene Stellen, mit denen sich noch vor kurzem etwa der Schriftsteller Kasimir Edschmid und ein Redakteur des „Darmstädter Echo“ auseinandersetzen mußten, weil sie eine ostzonale Tageszeitung bezogen hatten. Dies sind übrigens nicht

Die Vorgeschichte unserer Reise nach Halle wurde in den letzten Heften des DISKUS schon mehrfach dargelegt. Hier soll noch über unsere drüben gemachten Erfahrungen berichtet werden.

Trügerische Statistik

Vor allem fällt dem Besucher auf, daß sich das Studium dort in ganz anderen Bahnen bewegt. Eine Semestereinteilung gibt es nicht mehr. Das Studium ist in Studienjahre eingeteilt, an deren Ende den Studenten jeweils eine Prüfung erwartet. Diese Prüfung entscheidet auch über die Höhe des Betrages, den der Student zu seinem Grundstipendium seinen Leistungen entsprechend hinzu erhält. Es gibt monatlich 40,— DM für gute und 80,— DM für sehr gute Leistungen. Als Grundstipendium erhalten Kinder von „Werkstätigen“ 180,— DM, die anderen 130,— DM. Wir haben drüben Statistiken über die soziale Zusammensetzung der Studentenschaft gesehen. Bei uns kann man an Hand solcher statistischen Erhebungen in etwa auf die finanziellen Verhältnisse der Eltern im Augenblick der Erhebung schließen und vielleicht läßt sich noch feststellen, wie oft sich das Kind eines Arbeiters zum Studium entschlossen hat.

Darauf kommt es aber bei jener Statistik nicht an. Ihre Aufgabe ist in erster Linie, einen Maßstab abzugeben für die Erfolge der Arbeiter- und Bauernmacht. Deshalb ist es auch möglich für diese Erhebung einen Stichtag im Jahre 1944 festzulegen. Es läßt sich also keine Aussage über die sozialen Verhältnisse der Studierenden treffen, sondern nur über ihre gesellschaftliche Herkunft. War ein Vater im Jahre 1944 Arbeiter und ist er heute Direktor eines volkseigenen Betriebes, so ist der Sohn in dieser Tabelle als Arbeitersohn ausgewiesen.

Die jährlichen Prüfungen wirken sich natürlich auch auf die Resultate der Abschlußprüfungen aus. Die Zahl derer, die diese letzte Prüfung nicht bestehen ist daher nicht sehr hoch.

Höheres Niveau?

Zweifelloos ist aber der allgemeine Wissensstand (selbstverständlich im Hinblick auf die Anforderungen) im Durchschnitt höher.

Zweimal Ostwestbewegung

Mitternacht ist vorbei, der Zug hält in Wartha, jenem trostlos-grauen Zonengrenzbahnhof mit seinen Kontrollen und seinen Baracken. Ich werde aus dem Zug geholt — angeblich weil ich, wie mir später gesagt wird, mit jemand anderem verwechselt wurde. Über drei Stunden hatte ich Gelegenheit, an meinen Bewachern, an meinem Verhörsunteroffizier die Polizei der DDR zu studieren.

Zuerst einmal: die ganz jungen, einfachen Volkspolizisten scheinen nicht allzuviel über das, was ihr Dienst, ihre Aufgabe ist, nachzudenken. Abgesehen von einer gewissen Rüpelhaftigkeit und einer etwas lauten Kraftmeierei ist an ihnen weder etwas von proletarischem Klassenbewußtsein noch von besonders ausgeprägter politischer Schulung zu bemerken. Ihre politische „Bildung“ beschränkt sich auf einige einprägsame Formeln. Hier, im Westen, überschätzt man allzuleicht den Grad der politischen Durchdringung dieses Kadern der künftigen ostdeutschen Armee. Dem Geltungsbedürfnis dieser gerade der Pubertät erwachsenen jungen Menschen kommt allerdings ihre Stellung bei der allmächtigen Polizei entgegen. So nimmt es nicht wunder, daß ein Volkspolizist, der mich auf das WC begleitete, außer der Warnung, daß bei Fluchtversuch geschossen würde, mir auch noch seine Maschinenpistole erklärt.

Nach außen allerdings hält man den Anschein, daß es sich nur um eine Polizeitruppe handle, aufrecht — sicher will man bei der Aufstellung einer Wehrmacht der Bundesrepublik den Vortritt lassen, ein kluger Schachzug, auch in dieser Frage die Schuld der anderen Seite zuzuschreiben.

Bei Diskussionen mit Assistenten des Gesellschaftswissenschaftlichen Institutes Halle stellte sich heraus, daß man nur dann zu einem Ergebnis kommen kann, wenn man mit den marxistischen Theorien vertraut ist. Eine Kritik „vom bürgerlichen Standpunkt“ aus ruft entweder ein mitleidiges Lächeln oder ein unverbindliches Geltenlassen hervor. Packen und auch widerlegen kann man diese politisch gut geschulten Menschen nur mit Marx selbst, indem man sich auf seinen Boden stellt und versucht, ihn richtig zu interpretieren.

Es ist erstaunlich, wie gut diese politischen Hochschullehrer — auch die Assistenten des Gesellschaftswissenschaftlichen Institutes sind Lehrer — über die politischen Vorgänge in der Bundesrepublik informiert sind, wie gering dagegen ihr Wissen um die westliche Philosophie und auch um die westlich-demokratischen Theorien des Sozialismus ist. So fand ich niemand, der zum Beispiel hiesige Theoretiker vom Schlage eines Paul Sering (alias

Richard Löwenthal) oder eines Fritz Sternberg überhaupt auch nur kannte. Unser Minderwertigkeitskomplex, wir hätten all dem, was uns von „der anderen Seite“ gesagt wird, nichts entgegenzusetzen, scheint demnach wirklich nicht am Platze.

Die Absicht der Einladungen in die DDR und des Austausches von Studentendelegationen ist es sicher nicht nur, den westlichen Besucher zu informieren, ihm einmal zu zeigen, was „drüben“ eigentlich los ist. In Wirklichkeit ist das ganze eine hintergründige politische Angelegenheit. Die DDR versucht augenblicklich, auch vom Westen als Staat anerkannt zu werden, in das Spiel der politischen Kräfte Eingang zu finden. In der gleichen Weise versucht die SED als politische Macht hoffähig zu werden und die gleiche Richtung bewegen sich die Versuche, den Bundesrepublikaner von der Notwendigkeit einer de facto Anerkennung der DDR als einer Voraussetzung der deutschen Einheit zu überzeugen. Hier liegt eine Frage, die auch die Studentenschaft der Bundesrepublik ernsthaft durchdenken sollte, hat doch die Bundesregierung mit der Sowjetunion diplomatische Beziehungen aufgenommen, allgemeine Abmachungen über einen kulturellen Austausch getroffen und dadurch eine neue Situation geschaffen, die früher oder später auch zu einer Anerkennung Pankows führen wird.

Eines war auffällig: mit erstaunlicher Bereitwilligkeit ging man auf die Bitte ein, nichts Entstellendes zu publizieren, um diesen Besuch nicht das ganze Propagandawerk der SED herumzuranken. Vielleicht ein Anzeichen dafür, daß man diese Besuche nicht mehr ausschließlich als Gelegenheit zur propagandistischen Infiltration wertet, sondern daß man gewillt ist, sich von der Realität zweier deutscher Staaten zu überzeugen. Die Zeit wird es zeigen. Eines aber sollten wir tun: immer und immer wieder, auch vor einer größeren Zahl von Studenten in Mitteldeutschland, eigene Anschauungen zu vertreten. Vielleicht hat es doch einen Sinn.

Joachim Peter

die einzigen Beispiele für eine Art der Zensur, deren politische Instinktlosigkeit nur noch von ihrer Ignoranz übertroffen wird; Instinktlosigkeit und Ignoranz, die da meinen, die ängstliche Abstinenz vor jeder Berührung mit östlicher Realität dem Vertrauen in die Kraft der freiheitlichen Maximen des Westens vorziehen zu müssen. Pädagogik, die auf diese Weise ihre eigenen Grundlagen verleugnet, ist schlechte Pädagogik.

Nun aber gibt sie uns ein Rätsel auf, indem sie eine Zeitschrift eindeutig marxistisch-propagandistischen Inhalts durchläßt und damit aller bisher an den Tag gelegten Konsequenz ins Gesicht schlägt. Und so sehr man auch wünschen muß, daß sich die westdeutsche Öffentlichkeit über die Unfreiheit des Ostens gerade an Hand seiner Publikationen eine Vorstellung machen kann, so sehr also die Aufnahme der „Deutschen Zeitschrift für Philosophie“ in die Austausch-Liste unter diesem Aspekt zu begrüßen ist — es bleibt doch der peinliche Verdacht, daß die Lösung des Rätsels in der gleichen Ignoranz zu suchen ist, die nicht nur Kasimir Edschmid und seinen journalistischen Kollegen vor den Kadi zitiert hat; eine Ignoranz, die eben nicht zu unterscheiden und schon gar nicht zu denken vermag, sondern nur kollektiv und oberflächlich zu klassifizieren und zu verurteilen versteht. Gründlicher und blamabler als durch die Einstufung der „Deutschen Zeitschrift für Philosophie“ als „für Westdeutschland zugelassen“ könnte sich diese Art der pädagogisch-politischen Bevormundung selbst nicht widerlegen.

C. Christian

Sie wollen, was sie dürfen

Zur Ehre der Studenten in der Bundesrepublik seien auch die Gründe dafür angeführt:

Die regelmäßigen Prüfungen erfordern eine regelmäßige und zu jeder Zeit gleich intensive Beschäftigung mit dem Stoff. Die Stipendien nehmen die Sorge um den Lebensunterhalt und erübrigen ein Werkstudium. Aus dieser „Freiheit“ von materiellen Sorgen resultiert aber auch ein Gefühl der Dankbarkeit, ja sogar des aus finanziellen Gründen Verpflichtetsein gegenüber dem Staat.

Offizielle Skripte

Die Vorlesungen werden nach einem festen Stundenplan für die einzelnen Studienjahre angekündigt. Der gesamte Unterricht ist fast schulmäßig gestaltet. Jeder Student hat ein Vorlesungsprogramm für jede einzelne Vorlesung, die darin stichwortartig beschrieben wird. Daneben finden sich dort die Literaturangaben und gleichzeitig ist bei jedem Kapitel die Zahl der Vorlesungsstunden vermerkt. Das Vorlesungsprogramm wird von der für das Hochschulwesen zuständigen Regierungsstelle herausgegeben. Die Literaturangaben sind jedoch nicht so umfangreich, wie dies bei unseren Vorlesungen der Fall ist. Westliche Literatur ist (z. B. bei der Rechtswissenschaft) kaum angegeben. Die erste Stelle nehmen — wie auch in den Bibliotheken — die Klassiker des Marxismus—Leninismus ein. Wenn man noch bedenkt, daß z. B. die juristische Fakultät in Halle rund 200 Studierende zählt, unsere Fakultät dagegen über 1000, kann man sich leicht vorstellen, daß die Studenten bei ihren Arbeiten keine Literatursorgen haben. Die Bücher, die sie brauchen, sind da, und das sind auch im Strafrecht zuweilen Marx, Lenin, Stalin (vgl. z. B. Wissenschaftliche Zeitschrift der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Jahrg. 3, Heft 6, S. 943—946).

Kommt bei uns der junge Student zur Universität, um Rechtswissenschaft zu studieren, dann hört er zunächst die „Einführung in die Rechtswissenschaft“. In der DDR beginnt der junge Student hingegen mit dem „Grundstudium“, das ihm das Weltbild des Marxismus vermittelt und die Grundlage für sein weiteres Studium schafft.

Auf dieser Grundlage hat die marxistisch-leninistische Strafrechtswissenschaft die Erkenntnis herausgearbeitet, „wonach Verbrechen und Verbrechensbekämpfung zwei Seiten des sich abspielenden Klassenkampfes sind“.

Freiheit zum Andersdenken?

Die Kollegen, die aktiv im politischen Leben stehen, haben uns immer wieder betont, daß sie sich durchaus frei fühlen und auch sagen, was sie wollen. Wir glauben ihnen das auch gerne. Der Haken bei der Sache ist nur der, daß sie gar nicht anders wollen als sie dürfen, weil sie sich dieser Sache ganz zugehörig fühlen und es nicht anders wissen. Wie recht hatte Rosa Luxemburg als sie sagte, daß Freiheit immer die Freiheit des Andersdenkenden sei! In einer öffentlichen Diskussion konnten wir der Behauptung widersprechen, daß die Spaltung von der Gründung der Bundesrepublik herrühre und darauf hinweisen, daß die Gründe viel weiter zurückliegen und zumindest der 20. März 1948 ein richtigeres Datum sei.

In den Diskussionen wurde immer betont, man stelle keine Bedingungen für die Wiedervereinigung, man verlange aber eine Bestandsgarantie für die Errungenschaften der Arbeiter- und Bauernmacht. Das Volkseigentum müsse z. B. in einem Gesamtdeutschland anerkannt werden. Wir haben gefragt, wie sie sich diesen Zustand vorstellen würden. Wenn man wünscht, daß in einem wiedervereinigten Deutschland nur ein Volk mit gleichen Rechten und Pflichten leben soll, dann ist diese „Bestandsgarantie“ irreal; denn wenn im Westen eine kapitalistische Wirtschaft weiterexistiert, daneben aber Volkseigentum bestehen soll, dann muß logischerweise der Rechtsträger dieses Eigentums ein anderer sein als die Klasse der Werkstätigen, das heißt aber, ein anderer als der augenblickliche Rechtsträger; es kann also schon deshalb von „Bestandsgarantie“ keine Rede mehr sein.

Wir sind von der Reise zurückgekehrt mit der Erkenntnis, daß trotz allem Trennenden die Hoffnung auf eine Verständigung berechtigt ist. Walter Ulbricht hat uns dies bestätigt als er klagte, daß noch viel bürgerliches Denken unter den Studenten sei.

Walter Fastabend



Junger Hochschul-Nachwuchs und altbewährte Wissenschaftler arbeiten bei uns
gemeinsam: Die Forschung von heute dient der Produktion von morgen!

FARBWERKE HOECHST AG, vormals Meister Lucius & Brüning FRANKFURT (M) - HOECHST

VEREINIGUNG VON FREUNDEN UND FÖRDERERN DER JOHANN WOLFGANG GOETHE-UNIVERSITÄT E. V.

Fünf Jahre selbstlose Hilfe

In diesen Tagen kann die „Vereinigung von Freunden und Förderern der Johann Wolfgang Goethe-Universität e. V.“ den fünften Jahrestag ihrer Wiedergründung nach dem zweiten Weltkrieg feiern. Der Zusammenschluß im Jahre 1950, unter ihrem

Orient-Institut Frankfurt am Main

Einladung

zu einem Vortrag von Herrn Professor

Dr. K. Graf von Dürckheim-Montmartin

„Hara, die Leib-seelische Mitte“

Der Schwerpunkt des Menschen in japanischer Sicht (mit Lichtbildern)

am Samstag, dem 10. Dezember 1955, nachmittags 6 Uhr, pünktlich im großen Hörsaal des Senckenbergmuseums
Dauer eine Stunde

Eintritt frei für die Mitglieder der „Vereinigung von Freunden und Förderern der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main e. V.“ Interessenten, die die Vorträge des Orient-Institutes laufend zu besuchen wünschen, bitten wir, ihre Anschrift beim Büro des Instituts, Savignystr. 65, Tel. 77 41 64, aufzugeben. Sie erhalten alsdann zu allen Vorträgen Einladungen.

ersten Vorsitzenden, Dr. Hans Schmidt-Polex, war lediglich eine Wiederaufnahme des durch den Krieg und seine Folgen zerschlagenen Werkes echten Frankfurter Bürgersinns. Die Vereinigung selbst ist fast so alt wie die Universität. Im Jahre 1918 gegründet, machte sie sich zur Aufgabe, überall dort helfend ein-

zugreifen, wo zu helfen der Kreis der Stifter der Universität nicht mehr in der Lage war. Diese Aufgabe ist auch nach dem Zustandekommen des Universitätsvertrages im Jahre 1953, in dem sich die Stadt und das Land Hessen gemeinsam für den Unterhalt der Frankfurter Universität verantwortlich erklärten, nicht geringer geworden. Über 600 000 DM wurden in den fünf Jahren seit der Wiedergründung für Institute, Bibliotheken usw. zur Verfügung gestellt.

„Daß ein großer Teil dieser Hilfe aus der Studentenschaft direkt zugute kommt, versteht sich von selbst“, sagte uns Dr. Fritz Scheller, der Geschäftsführer der Vereinigung. Zu nennen wäre in diesem Zusammenhang unter anderem der Autobus oder die Wolldecken für Erholungsheim in Oberreifenberg oder die finanzielle Unterstützung, die der Akademischen Fliegergruppe bei der Anschaffung eines Segelflugzeuges gewährt wurde. Auch für das neue Studentenwohnheim an der Bockenheimer Warte wird ein Zuschuß von 50 000,— DM gegeben werden.

Die Zahl der Mitglieder bei der Vereinigung stieg — von 1950 bis heute — von 105 auf über 700. Ein schöner Erfolg, aber „es müßten noch weit mehr Frankfurter Bürger und Firmen zu uns kommen, denn unsere Aufgaben wachsen mit dem sprunghaften Ansteigen der Hörerzahl an unserer Universität“, meint Dr. Scheller. Nun, die Frankfurter Studentenschaft kann sich über diese Aktivität nur freuen, denn ihr fällt direkt oder indirekt der Erlös all dieser Mühen zu.

H. S.

Die Christliche Gesellschaft für Kultur e. V. Frankfurt a. M. lädt ein zu einem Vortrag am Mittwoch, dem 14. Dezember 1955, 20 Uhr, im Kleinen Saal des Volksbildungsheimes, Eschenheimer Anlage 40 I. Professor Dessauer, Frankfurt, wird über das Thema „Das Atomzeitalter“ sprechen.

Es wird ein Unkostenbeitrag von 1,— DM erhoben, für Studenten ist der Eintritt frei.

Hochschulnachrichten

Medizinische Fakultät:

Professor Dr. Dr. Oscar Gans wurde zum Ehrenmitglied der „Società Italiana di Dermatologia e Sifilografia“ ernannt.

Professor Dr. Karl Wetzler hat den an ihn ergangenen Ruf an die Universität Freiburg abgelehnt.

Privatdozent Dr. Karla Weisse (Kinderheilkunde) wurde zum außerplanmäßigen Professor ernannt.

Professor Dr. Wilhelm Krücke wurde zum a. o. Professor ernannt und auf das neugeschaffene Extraordinariat für „Neuropathologie“ berufen.

Naturwissenschaftliche Fakultät:

Professor Dr. Boris Rajewsky wurde zum Vorsitzenden der Deutschen Röntgengesellschaft gewählt und zum deutschen Vertreter der radiobiologischen Forschung im „internationalen Komitee für Radiobiologie“ ernannt.

Professor Dr. R. Kaplan wurde zum außerordentlichen Professor ernannt und auf den neugeschaffenen Lehrstuhl für „Mikrobiologie“ berufen. Professor Dr. Martin Kersten hat den an ihn ergangenen Ruf auf das Ordinariat für „Werkstoffe der Elektrotechnik“ an der Technischen Hochschule Aachen angenommen.

Philosophische Fakultät:

Professor Dr. H. Osthoff wird im Wintersemester 1955/56 Gastvorlesungen an der Freien Universität Berlin halten.

Privatdozent Dr. W. Rau (Marburg) wurde zum außerordentlichen Professor für Indogermanische Sprachwissenschaft an der Universität Frankfurt ernannt.

Professor Dr. A. Jensen wurde zum Mitglied des „Institut International des Civilisations Différentes“ gewählt.

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät:

Professor Dr. Helmut Koch wurde zum ordentlichen (persönlichen) Ordinarius ernannt.

Der bisherige ordentliche Professor an der Universität Saarbrücken und Direktor des staatlichen und städtischen Statistischen Amtes in Saarbrücken, Dr. Adolf Bliand, wurde auf den Lehrstuhl für Statistik der Universität Frankfurt berufen.

Dr. Hans Fischer erhielt einen Lehrauftrag für „Betriebswirtschaftliche Marktforschung“.

Evangelische Studentengemeinde

1. Gottesdienste

Jeden Sonntag, 10.00 Uhr, Kapelle des Studentenheimes.
Mittwoch, 16. 11., 10.00 Uhr: Gottesdienst zum Buß- und Betttag.

2. Vorträge

Donnerstag, 17. 11., 19.00 Uhr c. t., gr. Klubraum des Studentenheimes: Diskussionsabend (Einleitung: Studentenfarrer Dr. Böhme): „Kann man außerhalb einer Gemeinde ein Christ sein?“

Mittwoch, 23. 11., 19.15 Uhr, Kapelle des Studentenheimes: Bibelabend: „Praedestination“ (Röm. 9, V. 14—29).

Mittwoch, 30. 11., 19.15 Uhr, Kapelle des Studentenheimes: Bibelabend: „Der Weg zum Glauben“ (Röm. 10, V. 4—17).

Mittwoch, 7. 12., 20.00 Uhr c. t., Hörsaal „H“ der Universität: Vortrag Dr. Heinz Flügel, Tutzing: „Die Kunst — Konkurrentin des christlichen Glaubens?“

3. Sonstige Veranstaltungen

Donnerstag, 1. 12., 19.00 Uhr c. t., gr. Klubraum des Studentenheimes: Adventsabend für ausländische Studenten.

Sonntag, 4. 12., 15.30 Uhr, gr. Klubraum des Studentenheimes: Adventssingen.

26./27. November, Evangelische Akademie Arnoldshain/Taunus: Adventstagung mit Prof. Dr. Otto Michel, Tübingen: „Die Fleischwerdung Gottes — ihre Bedeutung und ihre Konsequenzen“.



Jahrzehntelang
der Universität Frankfurt am Main
verbunden steht Ihnen immer das

Haus der Bücher

Gegründet: 1909

PETER NAACHER

FRANKFURT AM MAIN

Steinweg 3 (An der Hauptwache)
mit seiner

Buchhandlung für Universitätswissenschaften

Bockenheimer Landstraße 133 (bei der Universität)
Ruf: 67644 / 96641

für Ihre Bücherwünsche jeder Art zur Verfügung.

Verlangen Sie bitte unsere Studien-Kataloge.

Für die Rechts- Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät.

Katholische Studentengemeinde

Sonntag, 20. 11., 8.30 Uhr, Gottesdienst in der Kapelle des Studentenheimes.

Montag, 21. 11., Studentische Glaubensschule in der Kapelle des Studentenheimes

19.15 Uhr, P. Prof. Dr. O. v. Nell-Breuning S. J., Frankfurt: „Grundsätze christlichen Verhaltens (Moral I).“

20.15 Uhr, P. Prof. Dr. O. Semmelroth S. J., Frankfurt: „Dogmatik II.“

Dienstag, 22. 11., 7.00 Uhr, Missa für Mediziner in der Rektoratskapelle des Städtischen Krankenhauses, Ludwig-Rahn-Straße 17.

7.15 Uhr, Gemeinschaftsmesse in der Kapelle des Studentenheimes.

Mikrofilm-Aufnahmen

PHOTOCOPIEN
PHOTODRUCKE
LICHTPAUSEN

FRANKFURT - MAIN



Mittwoch, 23. 11., 7.30 Uhr, Gemeinschaftsmesse in der Kapelle des Studentenheimes.

20.00 Uhr, Medizinerkreis im Kleinen Klubraum des Studentenheimes.

Donnerstag, 24. 11., 19.15 Uhr, Missa in der Kapelle des Studentenheimes.

Freitag, 25. 11., 7.00 Uhr, Gemeinschaftsmesse in der Kapelle des Studentenheimes.

20.00 Uhr, Offener Abend des Studentenfarrers im Großen Klubraum des Studentenheimes. P. Prof. Dr. v. Nell-Breuning: „Gewerkschaftliche Fragen“.

Sonntag, 27. 11., 8.30 Uhr, Gottesdienst in der Kapelle des Studentenheimes.

Montag, 28. 11., 20 Uhr c. t., Öffentlicher Vortrag im Hörsaal „H“ der Universität. Privatdozent Dr. Heiner Dolch, Paderborn/Münster i. W.: „Die moderne Naturwissenschaft und das mechanische Denken“.

Dienstag, 29. 11., 7.00 Uhr, Missa für Mediziner in der Rektoratskapelle des Städtischen Krankenhauses, Ludwig-Rehn-Straße 17.

7.15 Uhr, Gemeinschaftsmesse in der Kapelle des Studentenheimes.

Mittwoch, 30. 11., 7.30 Uhr, Gemeinschaftsmesse in der Kapelle des Studentenheimes.

Donnerstag, 1. 12., 19.15 Uhr, Missa in der Kapelle des Studentenheimes.

Freitag, 2. 12., 7.00 Uhr, Gemeinschaftsmesse in der Kapelle des Studentenheimes.

20.00 Uhr, Offener Abend des Studentenfarrers im Großen Klubraum des Studentenheimes: „Aufstieg und Niedergang der Kirche — das französische Beispiel“.

Sonnabend, 3. und Sonntag, 4. 12., Wissenschaftliche Wochenendtagung der Naturwissenschaftler und Mediziner in Königshofen/Taunus. P. Prof. Dr. Johannes Haas S. J., Berlin: „Materie und Leben“. Näheres am Schwarzen Brett.

Sonntag, 4. 12., 8.30 Uhr, Gottesdienst in der Kapelle des Studentenheimes.

Montag, 5. 12., 19.00 Uhr c. t., Kirchliche Adventsfeier in der Frauenfriedenskirche, Zeppelinallee 101.

20.00 Uhr, Nikolausfeier im Pfarrhaus der Frauenfriedenskirche.

Dienstag, 6. 12., 7.00 Uhr, Missa für Mediziner in der Rektoratskapelle des Städtischen Krankenhauses, Ludwig-Rehn-Straße 17.

7.15 Uhr, Gemeinschaftsmesse in der Kapelle des Studentenheimes.



In Erweiterung der erfolgreichen roro Taschenbücher

rowohlt's deutsche
enzyklopädie

JEDER
BAND
NUR
DM 1,90

Hans Sedlmayr, Die Revolution der modernen Kunst / Helmut Schelsky, Soziologie der Sexualität / Günter Schmölders, Konjunkturen und Krisen / Werner Kemper, Der Traum und seine Bedeutung / Franz Altheim, Reich gegen Mitternacht (Asiens Weg nach Europa) / J. Robert Oppenheimer, Wissenschaft und allgemeines Denken

Jeder Band DM 1,90 · Die Reihe wird fortgesetzt

Zu beziehen nur durch Ihre Buchhandlung. Einen ausführlichen Prospekt verlangen Sie bitte direkt vom

Rowohlt Taschenbuch Verlag Hamburg 13

Studentenparlament

Am Mittwoch, dem 9. 11. 55 versammelten sich die Mitglieder des alten Parlaments zu ihrer letzten Sitzung.

Zunächst wurde der umfangreiche Tätigkeitsbericht des AstA-Vorstandes abgehandelt, wobei die Arbeit des Referats für Gesamtdeutsche Studentenfrage besonders erwähnt wurde. Anschließend gab der Sprecher des Entlastungsausschusses seinen Überprüfungsbericht. Er enthielt keine Beanstandungen, die eine Entlastung erschweren oder unmöglich machen könnten. Der Bericht überzeugte vor allem durch seine zahlreichen wertvollen Hinweise auf die künftige Gestaltung der AstA-Arbeit. Er unterschied sich damit wesentlich von früheren Berichten, die hauptsächlich sich mit negativer Kritik begnügt hatten.

Somit wurde der gesamte AstA mit Dank und Anerkennung entlastet.

Gegen 21 Uhr fand sich das neue Parlament zu einer kurzen Sitzung zusammen. Die Frage seines Vorsitzenden, ob das Parlament zwei seiner Mitglieder zu den im Wintersemester zu erwartenden Disziplinarverfahren als Beobachter und Berater entsenden wolle, gab Anlaß zu einer grundsätzlichen Debatte über die Praxis der Disziplinar-Verfahren an unserer Universität. Es wurde mitgeteilt, daß die preußische Disziplinarordnung aus dem Jahre 1879 noch in Kraft ist, nach der die Mitglieder des Senats gleichzeitig auch das Disziplinargericht bilden. Nach reiflichen Überlegungen entschloß man sich schließlich, die zwei Vertreter der Studentenschaft zu entsenden. Gleichzeitig aber wurde der Asta beauftragt, sich für eine umfassende Neuordnung einzusetzen, da zwei nicht stimmberechtigte Studentenvertreter in dem zur Zeit 14 Mitglieder umfassenden Senat einer wirkungsvollen und den berechtigten Wünschen der Studentenschaft entsprechenden Interessenvertretung nicht nachkommen können.

hs.

Mittwoch, 7. 12., 7.30 Uhr, Gemeinschaftsmesse in der Kapelle des Studentenheimes.

Donnerstag, 8. 12., 19.15 Uhr, Missa in der Kapelle des Studentenheimes.

Freitag, 9. 12., 7.00 Uhr, Gemeinschaftsmesse in der Kapelle des Studentenheimes.

20.00 Uhr, Offener Abend des Studentenfarrers im Großen Klubraum des Studentenheimes. Dr. Gebhardt: „Homo ludens“.

Sonnabend, 10. und Sonntag, 11. 12., Wissenschaftliche Wochenendtagung der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler in Oberreifenberg/Taunus. Prof. Dr. Götz Briefs, Washington D. C.: „Der Faktor Mensch in der modernen Wirtschaft, Erfahrungen aus USA und Deutschland“.

Näheres am Schwarzen Brett.

Sonntag, 11. 12., 8.30 Uhr, Gottesdienst in der Kapelle des Studentenheimes.

Skilager: Montag, den 26. Dez. bis Sonntag, den 8. Januar, in Pichl a. d. Ems/Oststeiermark (Dachsteinsüdfuß). Der Preis beträgt für die Reise, volle Verpflegung und Unterkunft 98,— DM. Anmeldungen bis zum 25. November im Sekretariat der Studentengemeinde.

Selbstverwaltung

Der Hochschulreferent der BRITISCH EMBASSY bittet uns, einen ihm unterlaufenen Fehler in der Information über die British Council Stipendien (siehe DISKUS Heft 8 S. 5) zu berichtigen. Es muß richtig heißen: „Studenten, die bis zum 1. Oktober 1956 ihr Abschlussexamen nicht abgelegt haben, können nicht berücksichtigt werden. Stipendien werden vorzugsweise an solche Bewerber vergeben, die zur Zeit ihres Antrages ihr Studium bereits abgeschlossen haben.“

DISKUS

Der Staatssekretär im Bundeswohnungsbauministerium, Dr. Wandersleb, regte im Rahmen einer Pressekonferenz in Berlin die Errichtung einer internationalen Studentenstadt an, wie es sie bereits in Paris gibt.

Nach Ansicht von Staatssekretär Wandersleb soll das bereits bestehende internationale Studentenheim Eichkamp, das bisher etwa 50 Studenten aus zahlreichen Ländern Unterkunft bietet, wesentlich erweitert werden. Darüber hinaus soll auf einem noch zu bestimmenden größeren Gelände ein noch umfassenderes Projekt entstehen. Der Bund selbst werde den Anfang zur Errichtung der ersten Gebäude machen. Er hoffe zuversichtlich, auch andere Staaten für dieses Projekt interessieren zu können. AP/DISKUS

Die Fachgruppe Pharmazie im Verband Deutscher Studentenschaften gibt mit Unterstützung der Arbeitsgemeinschaft der Berufsvertretungen deutscher Apotheker ein eigenes Mitteilungsblatt heraus. Das „Studentische Forum“ erscheint als Beilage zur Pharmazeutischen Zeitung und wird jedem Pharmaziestudenten zugestellt. Redakteur dieser studentischen Beilage ist Wolfgang Eberhard, Frankfurt/Main.

DISKUS

Die hessischen Landesdelegierten des VDS setzen sich zur Zeit für eine teilweise Übernahme des Sportbeitrages durch das Land Hessen ein. Der Sportbeitrag an den Hessischen Hochschulen beträgt zur Zeit 5,— DM und wird von den Studenten der Universitäten und Hochschulen allein aufgebracht. In allen anderen Bundesländern, ist die von den hessischen Landesdelegierten angestrebte Lösung bereits verwirklicht.

DISKUS

Studierende

erhalten die

FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG

als Abholabonnten zum monatlichen

Sonderbezugspreis von DM 2,50

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Entgegennahme der Bestellung und
Alleinauslieferung für Studenten durch:

PETER NAACHER

Buchhandlung und Antiquariat für
Universitätswissenschaften

FRANKFURT AM MAIN,
An der Bockenheimer Warte

FRANKFURTER STUDENTENSCHAFT
Frau Bock, FRANKFURT AM MAIN,
Ludwig-Rehn-Str.14,MENSA-GEBAUDE

PRIESTER-SEMINAR ST. GEORGEN
FRANKFURT AM MAIN-OBERRAD

Schnelldienststatistik

„Drei Herren, die sich abwechseln; Arbeitszeit nachts von 22 bis 6 Uhr; ihre Aufgabe: einen Autotypisten zu bedienen; Dauer: mehrere Monate; Stundenlohn 2,50 DM.“ Ein ganz lukrativer Job!

So wurde er beim Studentischen Schnelldienst am 2. November bei der Auftragsverteilung ausgerufen. Es war der 50 000. Auftrag seit dem 12. März 51, für einen Zeitraum von 4³/₄ Jahren also.

Auf die Werkzeuge umgerechnet sind dies ca. 35 Aufträge pro Tag. Für einen Auftrag werden ca. 3 Studenten vermittelt, dies bedeutet, daß ca. 100 Studenten täglich arbeiten.

Weiter können wir aus der Statistik ablesen, daß von den ca. 6000 immatrikulierten Studenten zwischen 1500 und 2000 Kommilitonen, also weniger als ein Drittel, sich während eines Semesters beim Schnelldienst registrieren lassen, um, wenn es nötig werden sollte, Arbeit zu bekommen. Mehr oder weniger regelmäßig arbeiten allerdings nur 400—500, also ca. 7% aller Studierenden. Rechnen wir nun weiter: eine Arbeit dauert im Durchschnitt 5 Stunden; bei einer Vermittlung, die jeden nacheinander berücksichtigt, würde jeder alle 4 Tage 5 Stunden arbeiten, im Monat also rund 40 Stunden, immerhin eine ganze Woche. Bei einem Durchschnittsverdienst von 1,80 DM würde dies einen Monatsverdienst von 72,— DM ergeben. Davon kann aber niemand existieren. Und so zeigt die Statistik mit ihren groben Mittelwerten, daß der Schnelldienst nur eine zusätzliche Geldquelle ist. Tatsächlich ist der Prozentsatz der Kommilitonen, die sich ihr Studium ganz oder zum größten Teil selbst verdienen

Geld zu verdienen, also meist seinem zukünftigen Beruf fremde Tätigkeiten wie z. B. Bauhilfsarbeiten, Teppichklopfen, schwere Ablade- und Reinigungsarbeiten usw. hat er heute mit einem durchschnittlich 50%igen finanziellen Rückhalt die Möglichkeit, sich Erwerbsmöglichkeiten auszusuchen, die in seine „Branche“ fallen.

Mitglieder der Basis-Fakultät und Juristen bevorzugen Buchhaltungs-, Bilanzhelfer-, Büro oder Karteiarbeiten. Wirtschaftswissenschaftler leisten zumeist auch dort ihr Praktikumshalbjahr ab, da sie dann nicht als Volontär mit schmaler Vergütung geführt werden, sondern als vollbezahlte Arbeitskräfte. Angehende Pädagogen geben entsprechend der Fakultät alle Arten von Nachhilfestunden und Philologen aller Zweige verdienen sich ihr Geld als Dolmetscher, Bürokräfte, Reiseleiter und -begleiter.

Damen sind als Stenotypistinnen und Babysitter sehr gesucht. Dieses Schema ist nun nicht starr, sondern das Spezialistentum hat sich individuell entwickelt. Jemand, der Englisch spricht oder längere Fahrpraxis mit Autos hat, wartet, bis sich eine lohnende Arbeitsgelegenheit für ihn findet.

Meist hat sich auch das Verhältnis von Student und Betrieb gefestigt und vertieft, so daß das extensive dauernde Wechseln des Arbeitgebers immer mehr fortfällt. Viele Studenten werden von ihren Firmen immer wieder angefordert, und Arbeitsverhältnisse, bei denen die Zeiteinteilung in das Belieben des Studikers gestellt ist; ziehen sich oft über Jahre hin. In letzter Zeit ist es nicht selten vorgekommen, daß Betriebe nach Abschluß des Studiums den Kommilitonen sofort fest angestellt haben, weil er sich vorher Fachkenntnisse erworben hatte und keine Einarbeitungszeit mehr brauchte.

Zurückgegangen ist auch die Nachfrage nach Nacharbeit und ganztätiger Beschäftigung während des Semesters. Es wird zumeist in den Ferien gearbeitet. Die Stundenlöhne sind schrittweise mit den steigenden Lebenshaltungskosten auf einen Durchschnitt von 1,85 DM gestiegen.

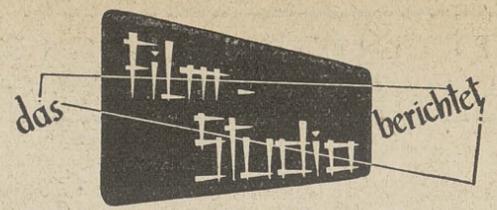
Diese Art des Geldverdienens ist dem Studium nicht abträglich. Sie verschafft Einblicke in die berufliche Sphäre, bringt Kontakt zu den arbeitenden Menschen und einen weiteren Horizont als die Nur-Bücherweisheit.

Dennoch wird der Kampf um den einträglichen Job nach wie vor bitter geführt. Zwar hat das stundenlange Warten auf dem Flur vor dem Schnelldienst eben durch diese Spezialisierung und das Lossystem abgenommen, aber bei der Auftragsverteilung ersteigert man sich mit allen Raffinessen und allerlei Tricks wie auf einer Auktion den begehrten Job. Höhepunkt ist für jeden immer der Griff in die Loskiste. Was wird Fortuna ihm für eine Positionsnummer beschern? Meist gleicht sich eine schlechte Nummer über 100 im Laufe der Zeit mit ein paar guten Mittelplätzen aus.

5% des Nettoverdienstes werden z. Z. als Abgabe für den Schnelldienst erhoben. Da die Abrechnungsmoral durch ein neues „System“ in letzter Zeit gehoben wurde (hier zu hintergehen war Kavaliärsdelikt), wird eine Senkung erwogen.

Zum Punkt Reklamationen kann man sagen, daß sie verhältnismäßig selten sind; meist sind es Lohnstreitigkeiten, Differenzen bei dem Abzug der Lohnsteuer und Klagen über zu kurze Arbeitszeit, weil die Kollegen zur Vorlesung müssen. Ernsthafte Fälle sind in letzter Zeit nicht vorgekommen.

F. Günter



Mittwoch, den 23. November 14.00, 16.15, 18.30, 21.00 Uhr
 Donnerstag, den 24. November
Es geschah Punkt 11
 (Giuseppe de Santis)
 Mittwoch, den 30. November 14.00, 16.15, 18.30, 21.00 Uhr
 Donnerstag, den 1. Dezember
Das Wunder von Mailand
 (Vittorio de Sica)
 Mittwoch, den 7. Dezember 14.00, 16.15, 18.30, 21.00 Uhr
 Donnerstag, den 8. Dezember
Sein größter Bluff
 (Ronald Neame)



Der große Augenblick: Die Nummer wird gezogen

Nachrichten aus der SBZ

Halle: Wie wir aus dem Informationsdienst des AGSF erfahren, hat das Protektorat für studentische Angelegenheiten der Universität Halle Listen für die Aufstellung militärischer Einheiten der Studentenschaft der Universität angefertigt. Diese Einheiten werden vorläufig im organisatorischen Rahmen der Gesellschaft für Sport und Technik (GST) aufgestellt. Sie werden bei den zuständigen Volkspolizeidirektionen aber bereits als Einheiten der VP geführt.

Die ersten Ausbildungslehrgänge für Unterführer begannen am 2. 8. 1955 in Naumburg und Diemitz. Als Ausbildungsleiter fungierte ein Kommandeur der Volkspolizei.

Die Ausbildung der Unterführer erfolgte zunächst am leichten und schweren Maschinengewehr, am Sturmgewehr 44, Pistole 08 und an Handgranaten. Am 3. 9. 1955 wurden für die sogenannte Kampfgruppe der Universität Karabiner ausgegeben.

In einer geheimen Bezirksvorstandssitzung der Gesellschaft für Sport und Technik wurde am 26. 7. 1955 beschlossen, aus den Reihen der Assistenten und Hilfsassistenten der Universität Halle eine Spezialeinheit für chemische Kampfstoffe aufzustellen.

Halle: Eine stärkere Verbindungsaufnahme zur Bundesrepublik beschloß der Parteivorstand der SED, Bezirk Halle. Als Schwerpunkt für die Verbindungsaufnahme wurden die Städte: Frankfurt am Main, Marburg, Freiburg und Braunschweig festgelegt.

Soweit sich diese Verbindungen auf Professoren und Studenten beziehen, ist die Leitung der Kaderabteilung der SED gemeinsam mit dem Prorektor für studentische Angelegenheiten, der Hochschulgruppe der FDJ, der SED-Parteileitung und der Abteilung Propaganda und Schulung des FDGB, mit der Zusammenstellung und Überwachung sowjetzonaler Delegationen betraut worden.

Ausland

Dänemark: Der Vorschlag zur Errichtung einer studentischen Kreditkasse (siehe DISKUS Heft 8, S. 5) ist in Kreisen der dänischen Studentenschaft auf Kritik gestoßen. Man weist darauf hin, daß, im Hinblick auf die relativ schlechten Akademikergehälter, die Studenten nur sehr ungern Kredite aufnehmen.

Frankreich: Der Präsident des studentischen Nationalverbandes UNEF, Pesson, ist zurückgetreten. Als Grund für diesen Rücktritt wird eine offene Krise in der französischen Studentenschaft über die Haltung der UNEF in der Nordafrika-Frage genannt. Während ein Teil der UNEF der Meinung ist, der Verband solle sich nach wie vor nur mit rein studentischen Angelegenheiten befassen und sich von der Politik fernhalten, ist eine starke Minderheit der Auffassung, daß die UNEF beispielsweise zur Entsendung von Truppenverstärkungen nach Nordafrika Stellung nehmen müsse. — Etwa 300, hauptsächlich sozialistische und kommunistische Studenten demonstrierten am 7. Oktober auf dem Boulevard Saint-Michel in Paris gegen die Entsendung von neuen Truppen nach Nordafrika. **Combat/Le Monde**

Niederlande: In Amsterdam wohnen etwa 5000 Studenten in möblierten Zimmern, wofür sie im Durchschnitt 50 Gulden bezahlen, ohne in den meisten Fällen zufrieden zu sein. Das ergibt im Jahr einen Gesamtbetrag von 3 Millionen Gulden. Die Amsterdamer Studentenzeitschrift schlägt deshalb vor, mit staatlicher Unterstützung und Vorschüssen Studentenheime zu bauen, die sich im Laufe der Zeit durch die Mietzahlung der Studenten amortisieren würden. Allerdings müsse Wert darauf gelegt werden, daß jeder Student seine eigene kleine Wohnung mit Kochnische hat. In der Zwischenzeit bis zum Bau der Heime sollte die Stadt die Verteilung der möblierten Zimmer übernehmen, die Preise überwatchen und die Rechte der Untermieter schützen. (Propria cures, Amsterdam.) **NOBIS/DISKUS**

foto
WAGNER berät Sie gern in allen Fotofragen
 BOCKENHEIMER WARTE · RUF 7 16 57

müssen, erheblich zurückgegangen. Es waren zumeist Kriegsteilnehmer, die ihr Studium unterbrochen hatten, mittellose Flüchtlinge aus den Ostgebieten usw., die teilweise sogar noch ihre Familie mit über Wasser halten mußten. Heute sind die Studenten zum Teil wieder besser gestellt. Die „Nachkriegsgeneration“ gibt es nicht mehr.

Dies wurde kürzlich auf einer Pressekonferenz herausgestellt. Nach informatorischen Angaben der Geschäftsführung wagte man sich auf das Terrain der Diskussion über die erwerbsmäßige Arbeit neben dem Studium überhaupt. Der I. Vorsitzende des Schnelldienstes berichtete, daß die sog. Dauerjobber, die meist nie einen Hörsaal von innen gesehen haben, und die Taschengeldverdiener, die nur nach Festtagen die leer gewordene Börse füllen, endgültig verschwunden sind. Meist ist es heute so, daß man sehr rasch fertig werden und nur das nötigste Geld nebenbei verdienen will, hauptsächlich befeißigt man sich des Studiums. Während früher der Student alle Arbeiten annahm, nur um

Wirklichkeitsfremde Kritik

Der Beitrag des Herrn Fischer in der Oktobernummer des DISKUS zu den Problemen und „Gefahren“ der studentischen Selbstverwaltung in Frankfurt ist einiger Überlegungen wert. Der Verfasser dieses Artikels hat sich offenbar um die Dinge der sogenannten „Selbstverwaltung“ im studentischen Bereich Sorgen gemacht; und dieses Phänomen allein ist bei dem allgemeinen Desinteresse schon so beachtlich, daß es Gehör zu finden verdient. Es werden sehr richtig mancherlei Mißstände in der Arbeit des Studentenparlaments aufgezeigt. Die Haltung der Korporationen wird mißbilligt, die Wahl von Vorsitzenden unter dem gesetzlichen „Mündigkeitsalter“ kritisiert, obgleich bei näherer Überlegung dieser Gedanke abwegig ist; denn anderen Orts ist man froh, endlich von der „Überalterung der studentischen Vertreter“ loszukommen. Und warum soll beispielsweise einem Abiturienten, der meist mit 19 Jahren zur Universität kommt, in seinem 4. Semester die Gelegenheit einer aktiven Betätigung in den Gremien der studentischen Selbstverwaltung verwehrt sein? — Als Weg aus dieser „Sackgasse“ wird eine Änderung des Wahlmodus für die Parlaments- und Asta-Wahlen vorgeschlagen.

Damit ist jedoch nichts erreicht. Oder kann man im Ernst der Meinung sein, daß sich jene 70% verschworener Nichtwähler durch die Vorzüge einer direkten Wahl des Asta-Vorsitzenden, zum verhassten Gang zu den Urnen überreden lassen? Die Einschränkung der Kandidatenauswahl pro Stimmzettel ist recht geschickt. Wahlabsprachen, gemeint sind wohl jene der Korporationen, würden erschwert. Aber zur Durchführung dieses Plans müßte Herr Fischer zunächst wohl einmal eine Mehrheit finden, eine Mehrheit in einem Parlament, deren Mitglieder, wie er selbst in seinem Artikel ausführt, „bis auf Ausnahmen den Korporationen angehören“. Aber selbst wenn dieses Wunder geschähe, mit dem Raffinement eines geänderten Wahlsystems würde zweifellos eine veränderte Manipulation jener Gruppen

entstehen, denen auch Herr Fischer ein gutes Einfühlungsvermögen in bestehende Verhältnisse nicht absprechen kann. Kurz: Die Anstrengungen beider Seiten würden vergrößert — der Zustand bliebe bestehen.

Kann man denn, wie das so oft geschieht, die Korporationen für die bestehenden Verhältnisse verantwortlich machen? Ich glaube nicht. Ist es ihnen denn zu verübeln, daß sie alle Anstrengungen unternehmen, um über örtliche Parlamente, Delegierten- und Mitgliederversammlungen des VDS auf schnellstem Wege zur Futterkrippe des Bundesjugendplanes — und natürlich auch zu größerem hochschulpolitischen Einfluß — zu streben? Gewiß ist das eine Entwicklung, die, wie auch unsere Frankfurter Verhältnisse zeigen, kaum begrüßt werden kann. Denn naturgemäß hat jeder korporierte Studentenvertreter zunächst einmal das Interesse seines Verbandes im Auge. — Schuld an der krassen Diskrepanz zwischen dem von Herrn Fischer herbeibemühten „Willen der Mehrheit der Studentenschaft“ und der Meinung des Parlaments ist eben diese „Mehrheit“, die, abgesehen von Dingen, die sie einen Eingriff in ihre persönliche Freiheit bezeichnen, doch augenscheinlich keinen eigenen Willen hat, zumindest aber einen eigenen Willen nicht äußert.

Wenn wir schon der Frage der Schuld nachgehen wollen, so muß man sie doch wohl bei jenen 70% der Studierenden suchen, die nicht wählen. Wir haben nicht viel mehr als 1000 Korporationsstudenten an unserer Universität. Diesem Block stehen nahezu 6000 „freie“ Studenten gegenüber. Diese Zahlen sprechen für sich.

Herrn Fischers Sorgen bleiben bestehen. Die Problematik aber ist eindeutig auf das Konto jenes Phänomens der politischen „Wurstigkeit“ und der Verantwortungslosigkeit für alles, was über den Kreis des Persönlichen hinausgeht, zu buchen. **hs**

Universitätsbuchhandlung
BLAZEK & BERGMANN
 Inhaber Dr. H. Bergmann
 Frankfurt a. M., Goethestr. 1 · Tel. 936 33 u. 952 64
 Sämtliche Fachbücher aus den Gebieten
Jura, Wirtschaftswissenschaften,
Medizin, Technik,
Naturwissenschaften

Luise Pollinger
 PAPIER · BUROBEDARF · DRUCKSACHEN
 Schreibmaschinen und Schreibmaschinen-Reparaturen
KOLLEG-BEDARF
 Füllhalter · Luxuspapiere · Geschenke
 Büro-, Zeichen- und Schulartikel
 Füllhalter-Reparaturen innerhalb 24 Stunden in eigener Werkstatt
Frankfurt am Main, Bockenb. Landstr. 131
 (nächst der Universität) Fernruf 75589

RÖMER
Klischees
 Strichätzungen
 Farbätzungen
 Autotypien
 Galvanos
 Rotäprintfolien
 Matern · Stereos
RÖMER KLISCHEEANSTALT GMBH FRANKFURT / M
 Mainzer LandstraBe 216
 Ruf 34672

Zum Wortführer all jener Lyriker, die sich für fähig halten, dieses Labsal zu spenden, hat sich Wilhelm Lehmann gemacht. Seiner Ansicht nach läßt sich mit der von Brecht ausgesprochenen Frage „Was sind das für Zeiten, wo / ein Gespräch über Bäume fast ein Verbrechen ist, / weil es ein Schweigen über so viele Untaten einschließt?“ kein Leid lindern. Vielmehr könne Rettung einzig aus dem Gespräch über Bäume erwachsen, denn das Gedicht, das sich der Natur zuwendet, bilde eine angstfreie Zone, außerhalb des allgemeinen Schreckens.

VI.

Dieser Gegensatz zwischen dem bedingungslosen Wunsch, Trost zu vermitteln, und der aufrichtigen Einsicht, selber keinen Trost zu wissen, scheidet nicht nur verschiedene Lyriker voneinander; er durchzieht auch als unlösbarer Widerspruch das Werk der einzelnen Dichter. Die Gefahr beider Extreme liegt darin, daß ihre Bedeutung von den Lyrikern allzu leicht überschätzt wird. Der Dichter, der die Schrecken der Vergangenheit weckt, neigt gern dazu, in seine Darstellung eine Anklage gegen die Leser einzuflechten, und gerade dazu ist niemand weniger berechtigt als ein Dichter; während wiederum die Lyriker, die sich vom Vergangenen abkehren, sehr wenig darüber bekümmert scheinen, daß Entsetzliches geschah und ihre Gedichte auch keinem zukünftigen Unheil Einhalt gebieten können. So tendieren beide Haltungen, wenn sie sich nicht das Gleichgewicht halten, zu einer Einseitigkeit, die in Unmenschlichkeit umzuschlagen droht.

VII

Es mag befremden, daß hier so ausführlich auf die Gegenstände der modernen Lyrik eingegangen worden ist, von ihren Stilproblemen aber noch gar nicht gesprochen wurde. Das hat seinen Grund darin, daß in den zeitgenössischen Gedichten das Inhaltliche dominiert, während die Darstellungsweisen der Nachkriegslyrik keineswegs neuartig sind. Unter dem nationalsozialistischen Regime konnten keine wahrhaftigen Gedichte geschrieben werden; Tradition und Entwicklung des lyrischen Dichtens zerbrachen, und viele der begabtesten Lyriker starben an der Front und in Lagern. Wer gegen Kriegsende zu schreiben begann, brachte es im besten Fall zu einer deklamatorischen Fortführung Rilkes, wie etwa Rudolf Hagelstange mit seinem „Venezianischen Credo“.

Mit etwas mehr Geschick versuchte Karl Krolow, sich die Errungenschaften der deutschen Expressionisten, des französischen Surrealismus und zweier Dichter von geringem Ausdrucksvermögen — Oskar Loerke und Wilhelm Lehmann — anzueignen. Heute schreibt Krolow Verse von ganz unverwechselbar eigenem Klang, die er mühelos und in großer Zahl aneinanderfügt.

VIII.

Hans Egon Holtkusen wurde 1913 in Schleswig-Holstein geboren und war also, als er nach dem Kriege endlich zum Schreiben kam, kein sehr junger Lyriker mehr. Sein erstes Gedichtbändchen, das unter dem Titel „Hier in der Zeit“ 1949 bei Piper in München herauskam, ist exemplarisch für die Situation der Nachkriegslyrik. Das erste dort abgedruckte Gedicht beginnt buchstäblich mit den Worten „Plötzlich war es den Völkern unmöglich einander zu dulden . . .“

Stilistisch versucht Holthusen in seinen frühen Gedichten an das Alterswerk zweier großer Lyriker anzuknüpfen, die „Duineser Elegien“ (1912 bis 1922) Rainer Maria Rilkes und die „Four Quartets“ des englischen Nobelpreisträgers T. S. Eliot. Beides sind Weltanschauungsgedichte von großer Konzentration und Aussagekraft. Holthusen übernimmt aus ihnen das bohrende Fragen nach dem Sinn des Verströmens der Zeit und das jähe Bekenntnis zum Dasein, um sie auf die Nachkriegslage zu übertragen. „Trilogie des Krieges“ und Klage um den Bruder“ nennt er die größeren Gedichtzyklen aus „Hier in der Zeit“. Sein zweiter Lyrikband, „Labyrinthische Jahre“, enthält neben einer Reihe kürzerer Gedichte von unterschiedlicher Bedeutung acht „Variationen über Zeit und Tod“, die in sprachlich überzeugender Gestalt noch einmal die unlösbaren Fragen des ersten Bandes aufnehmen und unbeantwortet lassen. „Und ganz allmählich ermüdet / Auch das Gedächtnis. Es welken die Photographien . . . / Tränen versiegen und Schreie verwehn, und Verzweifelte finden Zerstreuung. / Männer, einst barfuß im Schnee, mit Splintern im Kopf und nahe dem Wahnsinn, / Finden sich Zeitung lesend und Karten spielend am Biertisch.“

IX.

Das feinste Gedicht, das nach dem Kriege in deutscher Sprache erschien, hat ein Auslandsdeutscher veröffentlicht: Paul Celan, der 1920 in Czernowitz geboren wurde, seine Eltern in einem nationalsozialistischen Todeslager verlor und jetzt in Paris lebt. In seiner „Todesfuge“, einem großen Gedicht, das nach dem Kompositionsprinzip der klassischen Fuge einzelne Bilder vom Untergang des jüdischen Volkes zusammenklängen läßt, stehen die Verse: „Der Tod ist ein Meister aus Deutschland sein Auge ist blau / er trifft dich mit bleierner Kugel er trifft dich genau . . . / er hetzt seine Rüden auf uns er schenkt uns ein Grab in der Luft / er spielt mit den Schlangen und träumet der Tod ist ein Meister aus Deutschland . . .“

Gerade Celan hat aber auch viele Gedichte geschrieben, die nur Poesie sein wollen und sich gegen alle Realität verschließen, ja, sich jedem Verständnis durch ein wirklichkeitsgebundenes Denken entziehen. Ein sehr schönes Beispiel dafür ist das folgende Gedicht.

„An den langen Tischen der Zeit
zechen die Krüge Gottes.

Sie trinken die Augen der Sehenden leer
und die Augen der Blinden,

die Herzen der waltenden Schatten,
die hohle Wange des Abends.

Sie sind die gewaltigsten Zecher:

sie führen das Leere zum Mund wie das Volle
und schäumen nicht über wie du oder ich.“

Obwohl sich diese Verse nicht nachvollziehen lassen, können sie eine sehr starke Wirkung ausüben, weil sie ein Gefühl von Demut und Ruhe ausströmen. Nicht immer sind die Empfindungen in Paul Celans Gedichten so eindeutig, manchmal verwirren sie sich, doch bleibt stets die Grundstimmung des „Setz deine Fahne auf Halbmast, / Erinnerung. / Auf Halbmast / für heute und immer.“

X

Am wenigsten Kriegsergriffenheit verrät das lyrische Werk von Heinz Piontek, das in zwei Büchern vorliegt, „Die Furt“ (1952) und „Die Rauchfahne“ (1953). Seine Lyrik sucht das Vordergründige des Daseins, das Konkrete des Augenblicks, das Unverlierbare im Vergänglichen. „Was ich von mir verlange“, sagt er selber, „ist die stabile und unmittelbare Verlautbarung, die selbst vor der Primitivität nicht zurückschreckt. Eher lasse ich mir nächsagen, ich hätte geistig nichts zu melden, als daß ich mich jenen Sängern anschließe, die mit sibyllinischen Raffinements auf holzfreiem Papier und mit kulturkritischen Weissagungen in die Arena ziehen. Die technifizierte Welt wächst schwindelerregend. Die alte Erde dauert. Wir sollten versuchen, zwischen beiden das Gleichgewicht herzustellen — eine neue Balance! Und wir sollten es nicht in der Traurigkeit tun, sondern in der Hoffnung, die stärker ist als die Zeit.“

XI.

Eine vielleicht sibyllinische Sängerin, die vor jeder Art Primitivität zurückschreckt, ist Ingeborg Bachmann, die erst vor drei Jahren für eine der stärksten Begabungen unter den jungen Lyrikern gehalten wurde und heute bereits als bedeutendste Gestalt der Nachkriegslyrik gefeiert wird.Ihre Gedichte erschienen verstreut in Zeitschriften und Jahrbüchern und unter dem Titel „Die gestundete Zeit“ in Alfred Anderschs Reihe „studio frankfurt“, während der Piper-Verlag einen zweiten Band „Anrufung des Großen Bären“, vorbereitet.

Kulturkritisches enthalten viele ihrer Gedichte, doch nicht Weissagungen, sondern Einsichten. Die Hoffnung Pionteks ist für sie ein armseliges Irrlicht. „Es kommen härtere Tage. / Die auf Widerruf gestundete Zeit / wird sichtbar am Horizont.“ Doch mißrät ihr die Verzweiflung niemals zur beherrschten Anklage. Ihre Gedichte sind immer sehr sorgfältig durcharbeitet, in Thema und Ausführung von keinem Vorbild abhängig, und gerade deshalb schwerer zu verstehen, denn ihre Bilder, ihre Aussagen sind oft auf bestürzende Weise neu und unvertraut.

Zu einem Ballett, nach Dostojewskijs Roman „Der Idiot“ schrieb sie einen „Monolog des Fürsten Myschkin“. Die Sehnsucht, von der dieser Fürst Myschkin in Dostojewskijs Roman ergriffen wird, ist auch ihre eigene und durchstrahlt den traurigen Klang ihrer Verse: Sehnsucht nach Erlösung durch Schönheit.

Des Daseins Paradox

Vor hundert Jahren starb der dänische Philosoph Søren Kierkegaard

Zwei Formen des Protests gegen den Idealismus Hegels kennzeichnen die philosophische Situation unserer Tage: der dialektische Materialismus und jenes Konglomerat existentialistischer Positionen, das man unter den Begriff „Existenzphilosophie“ gebracht hat. Obwohl die Entstehung beider Strömungen bereits in das zweite Drittel des vorigen Jahrhunderts fällt, vermochten sie doch erst in den vergangenen Jahrzehnten eine größere Breitenwirkung zu erlangen. Es scheint heute zuweilen so, als sei der Existentialismus eine Art Gegenideologie des Westens zur marxistischen Theorie geworden.

Zur gleichen Zeit, als Karl Marx in der subversiven Praxis die Konsequenz seiner Kritik an der kapitalistischen Gesellschaftsordnung erblickte, schrieb im kleinen Dänemark Sören Kierkegaard ein Buch über „Die Krankheit zum Tode“, in dem nicht von der Hoffnung, dafür um so mehr von Verzweiflung, Angst und Resignation die Rede war. In denselben Jahren, in denen Engels und Marx den internationalen Zusammenschluß der Arbeiterschaft proklamierten, vertrat Kierkegaard die These, daß allein in der gläubigen Hingabe des Menschen an den fernen Gott die Bewältigung des Daseins zu suchen sei.

Im Hegelschen System hatte die Frage einer Überwindung des Widerspruchs zwischen der konkreten menschlichen Existenz und dem Allgemeinen, der Weltvernunft, eine für Marx und Kierkegaard gleichermaßen unbefriedigende Lösung gefunden. Hegel ging davon aus, daß die dialektisch sich entfaltende historische Wirklichkeit zugleich die Explikation der Idee darstelle. Damit wird alle Geschichte von vornherein zu einer geistbestimmten, vernünftigen Wesenheit erklärt. Als Realisierung des absoluten Geistes ist sie das Füreinander von individueller Existenz und der überpersönlichen Ganzheit des gesellschaftlichen Lebensprozesses. Besonderes und Allgemeines werden so zu aufeinander angewiesenen Bestimmungen. Der universale Vernunftbegriff Hegels erst ermöglicht die Zusammenfassung aller begrifflichen Einheiten zum großangelegten System, das den Sinn der menschlichen Existenz aus der Totalität der Geschichte herzuleiten vermag. Die metaphysische Prämisse der Hegelschen Geschichtsphilosophie ist also die Einheit von Denken und Sein, Vernunft und Wirklichkeit. Aus ihr folgt jede einzelne Aufstellung innerhalb des Systems.

Eine Kritik an Hegel, die ihrem eigenen Anspruch genügen will, mußte daher den Versuch unternehmen, die Einheit von Ontologie und Logik, welche seiner synthetisierenden Dialektik zugrunde liegt, durch den Aufweis der realen Widersprüche zwischen Idee und Realität in Frage zu stellen. Dieser Versuch bildete die Absicht so verschiedenartiger Köpfe wie Kierkegaard und Marx. Beide standen vor dem Problem, unter Übernahme der dialektischen Methode Hegels zu einer neuen Synthese des theoretischen wie gesellschaftlichen Gegensatzes von Subjekt und Objekt vorzustoßen. Sah Marx in der kritisch erhellten gesellschaftlichen Aktion, so Kierkegaard in der Bestimmung des Daseinssinnes der personalen Existenz den Weg zur Aufhebung dieser Antithetik. Die Zielrichtung geht also bei Marx vom tätigen Subjekt aufs gesellschaftliche Ganze, bei Kierkegaard von der sündenbewußten Person zum gnädigen Gott, der sich seiner Kreatur erbarmt. So konträr diese Positionen im Endeffekt auch sein mögen: der Hegelsche Idealismus bietet sowohl der Auflösung des vernünftigen Subjekt in die existentielle Person als auch der materialistischen Umstülpung seiner dialektischen Methode mannigfache Anknüpfungspunkte.

Es wäre jedoch widersinnig und abstrakt, wollte man aus dem Antihegelianismus der Marxischen und Kierkegaardschen Lehren auf irgendwelche inneren Übereinstimmungen Auffassungen schließen. In Wahrheit verhält es sich zwischen beiden ungefähr so wie unter feindlichen Erben: einer ist die Negation des andern. Bei Marx ein Vorherrschen der aktiv-dialektischen, bei Kierkegaard der Primat der idealistisch-spekulativen Seite des Hegelschen Denkens. Hier der Zweifel und die Ungewißheit — dort Optimismus und Zuversicht; hier der Blick nach Innen, auf die Bestimmung der Existenz,

des Verhältnisses der einsamen Seele zu ihrem Gott gerichtet — dort die Veränderung der gesellschaftlichen Wirklichkeit. In Kierkegaard und Marx verkörpern sich die beiden Möglichkeiten philosophischer Welterfahrung, deren eine aus der großen Tradition der Aufklärung, deren andere aus der Mystik und dem christlichen Lebenskreis stammt. Der Dualismus zwischen Vernunft und Mythos selbst ist so alt wie das Denken selbst. Im Mittelalter und in der Neuzeit zeigt sich diese Auseinandersetzung im Neben- und Gegeneinander von Gestalten wie Thomas von Aquin und Duns Scotus, Descartes und Pascal, Hegel und Schopenhauer bis in unsere Zeit.

DIE SUBJEKTIVITÄT IST DIE WAHRHEIT

Im Gegensatz zu Hegel und Marx, ja zur philosophischen Tradition seit dem griechischen Altertum, behauptet Kierkegaard den Vorrang des Konkreten, der individuellen Existenz gegenüber dem Allgemeinen und Universellen. Das ist auch der Grund, weshalb er seine Lehren weniger in begrifflich-abstrakter Form als unmittelbar an Hand von Beispielen darstellt. Er ist davon überzeugt, daß die Wahrheit nicht in rationaler und begrifflicher Weise, sondern nur im existentiellen Nachvollzug erfaßt werden könne. Organ dieses nachvollziehenden Aufnehmens der Wahrheit ist zwar auch das Denken, doch nicht wie vordem das „abstrakte“, sondern ein „konkretes“, bei dem der Angesprochene Zeuge des erkannten Sachverhalts wird. Das kann er jedoch nur, wenn er sich selbst als einen Existierenden in das Denken mit hineinnimmt, wenn er vom objektiv-sachbezogenen zum subjektiv-existentiellen Denker wird. „Während dem objektiven Denker das denkende Subjekt und dessen Existenz gleichgültig ist, ist der subjektive Denker an seinem eigenen Denken wesentlich interessiert, es existiert in ihm.“

Natürlich entspricht einem existenzbezogenen Denken ein anderer Begriff von Wahrheit als der, den das naturwissenschaftliche Erkennen seit dem Ausgang des Mittelalters herausgebildet hat. Lag bisher die philosophische Wahrheit stets in der Beziehung zwischen dem Urteil und jenem Etwas, worauf dieses Urteil sich bezieht, hatte es Wahrheit also immer mit einem vom erkennenden Subjekt prinzipiell unterschiedenen Erkenntnisobjekt zu tun, so wird bei Kierkegaard diese Grenzscheide zwischen Erkanntem und Erkennenden niedergedrissen. Gegen den herkömmlichen objektiven Wahrheitsbegriff stellt er einen subjektiven, an der Situation des existierenden und denkenden Subjekts interessierten Wahrheitsbegriff. „Wenn subjektiv nach der Wahrheit gefragt wird, so wird damit subjektiv auf das Verhältnis des Individuums reflektiert; wenn nur das Wie dieses Verhältnisses in der Wahrheit ist, dann ist das Individuum in der Wahrheit, selbst wenn es sich zur Unwahrheit verhielte . . .“

DIALEKTIK DES GLAUBENS

Der zentrale Begriff des Kierkegaardschen Denkens, um dessen nähere Bestimmung es ihm vornehmlich zu tun ist, heißt „Existenz“. Was beinhaltet diese Kategorie? Was besagt die Feststellung: „Der Mensch ist ein Existierender?“ Die deutsche idealistische Philosophie orientierte sich am Subjekt, einem vernunftbegabten Wesen, das die Welt im tätigen Prozeß des Erkennens sich anzueignen vermag. Die Vernunft war hier das Zentrum des Ich wie der Welt und demgemäß blieb es die Aufgabe der Philosophie, die Wirklichkeit aus der Struktur und der Bewegung des Geistes zu konstruieren. Mit dem Ausgang des Idealismus zerfiel diese Einheit von Realität und Vernunft. Damit traten Subjekt und Objekt, das nunmehr isolierte und von der Wirklichkeit abgespaltene Denken und die vom Zufall beherrschte Welt auseinander. Der einzelne sieht sich damit auf sein eigenes Selbst verwiesen und erfährt seine Ohnmacht gegenüber dem Prozeß der Geschichte. In dieser Situation gibt es nach Kierkegaard für den Menschen nur mehr die Wahl zwischen einem im Teufelskreis von Genuß, Langeweile und Verzweiflung dahintreibendem Dasein und dem bei aller Absurdität einzig sinnvollen Akt der Hinwendung zu Gott. Dieser Schritt erfordert eine existentielle Entscheidung, das heißt, in ihr ist der einzelne völlig allein

und auf sich gestellt. Seine Verzweiflung läßt ihn die Frage nach dem Sinn seines Daseins stellen, deren Beantwortung die gottferne Spekulation nicht zu finden vermag. Es gilt vielmehr, das Wagnis des Glaubens einzugehen, zu dem vom Denken her kein kontinuierlicher Übergang besteht. Philosophieren kann nach Kierkegaard bestenfalls eine glaubensdisponierende Funktion besitzen, insofern, als der am Denken verzweifelnde Mensch von der Spekulation zum Glauben „springt“.

Existieren heißt in der Dialektik des Glaubens leben, die das menschliche Dasein zwischen Zweifel und Hingabe, Trotz und Selbstaufopferung verlaufen läßt. Diese Momente fordern sich gegenseitig: Der Zweifel relativiert die als absolut sich aufsprenzende Vernunft und bereitet so den Glauben vor; dieser wiederum treibt aus sich erneut den Zweifel. In der Dynamik des immerwährenden Suchens, Scheiterns und erneuten Bemühens liegt nach Kierkegaard die wahre Existenz des Menschen beschlossen. Die in der Verzweiflung und Angst erfahrene Ohnmacht und die Gnade des Glaubenskönnens sind für ihn nur zwei Seiten des gleichen Geschehens. Gäbe es nicht die Verlorenheit im Ungewissen, die Schwermut des Unerlösten und die drückenden Gewissensqualen, so käme der Gläubige niemals zu jener Selbstaufopferung, die aus dem Wagnis des Glaubens entspringt. Die Begegnung mit dem persönlichen Gott wäre dann nicht jenes elementare Ereignis im Leben des Christen.

Das gesamte Denken Kierkegaards gipfelt in dem Nachweis, daß nur der als sündhaft sich empfindende Mensch, nur der „Ungerechte“ zu Gott finden könne. Diese in der christlichen Lehre angelegte Paradoxie ins Bewußtsein der „zufriedenen“ Christenheit gehoben und deren optimistische Zuversicht als von Grund auf ideologisch entlarvt zu haben, gehört zu den großen Leistungen seiner Kritik. An ihr wird deutlich, welches Maß an Selbstverleugnung und intellektueller Redlichkeit es heute bedürfe, um dem Anspruch des Christseins zu genügen. Kierkegaard hat überzeugend dargetan, daß ein gottwohlgefälliges Leben die Erfindung derer ist, in denen längst nichts mehr vom Feuer des Glaubens lebt. Daß die zu seiner Zeit herrschenden theologischen Auffassungen den Wagnischarakter des Glaubens unterschlugen oder doch verharmlosten, darin sah er ein Smyptom für die Gottferne der Kirchen.

WISSEN UND GLAUBEN

Die Möglichkeit eines Glaubens ohne Selbstbetrug und Illusionismus ist erst dort gegeben, wo die beschränkte menschliche Vernunft sich ihrer Defizienz im Hinblick auf die Erfüllung ihres Anspruchs bewußt wird. Zwischen Wissen und Glauben besteht eine durch vernünftige Erkenntnis unüberbrückbare Kluft. Gerade die philosophisch-wissenschaftliche Redlichkeit gebietet, zwischen beiden Bereichen eine saubere Trennungslinie zu ziehen. Dies nicht im Sinne eines Dualismus, bei dem die Rechte nichts von der Linken weiß, sondern nur eines kompromißlosen Entweder — Oder. Es leuchtet ein, daß Kierkegaard die schillernden Spielarten der heute gängigen Existenzphilosophien (etwa die von Karl Jaspers) nur mit Hohn bedacht haben würde. Denn dies gehört zum paradoxen Kern seines Entwurfs, daß zwar der Glaube als eine völlig irrationale Sphäre präzidiert wird, zugleich aber die Vernunft sich mit dieser Bestimmung nicht abfinden kann und darf, sondern gerade den Inhalten des Glaubens die Legitimation abverlangen muß. In dieser Verschränkung von mystischer Religiosität und rationalistisch-dialektischem Individualismus liegt der unverlierbare Sinn, aber auch die Kraft der Verführung Kierkegaards. In seiner Lehre drückt sich mehr aus als der formal-logische Widerspruch: ihre paradoxale Grundstruktur ist ein wesentliches Moment des christlichen Geistes in unserer Zeit, der sich stets der Argumentation des Unglaubens nur dort zu widersetzen vermag, wo er einerseits das Phänomen des Glaubens dem rationalen Zugriff entzieht und andererseits nicht eher ruht, bis die Glaubenslehren vor der fortgeschrittensten Vernunft bestehen können. Christlichkeit bedeutet somit Rückzug und Vorstoß in einem, kraft der dem Glauben innewohnenden Dialektik.

Mit seiner leidenschaftlichen und antikonventionellen Parteinahme für eine aller Verschleierung bare christliche Glaubenshaltung, die sich des unaufgelösten Widerspruchs des menschlichen Daseins auch dann noch bewußt bleibt, wenn Resignation in Hoffnung, Leid in Freude umschlagen, ist Kierkegaard einer der großen Sucher des neunzehnten Jahrhunderts

gewesen. Obgleich die christliche Welt erst seit wenigen Jahrzehnten von seinem Werk Notiz nimmt, kann doch schon gesagt werden, daß die darin niedergelegten Gedanken die Philosophie jene überdauern werden, die sich heute auf Sören Kierkegaard berufen.

Kurt Lenk

Maximen

Sören Kierkegaards

Solange ich lebe, lebe ich im Widerspruch, denn das Leben ist selbst ein Widerspruch. Auf der einen Seite habe ich die ewige Wahrheit, auf der andern das mannigfaltige Dasein, das der Mensch als solcher nicht durchdringen kann, denn sonst müßte er allwissend sein. Das Verbindungsglied ist daher der Glaube . . .

Ein Zeuge der Wahrheit, das ist ein Mensch, dessen Leben vom Anfang bis zum Ende mit jeder Art Leid vertraut ist, mit inneren Kämpfen, mit Furcht und Zittern, mit Schaudern, Skrupeln und Ängsten der Seele, mit Qualen des Geistes — noch mehr, mit allen Leiden, die die Welt kennt. Ein Zeuge der Wahrheit, das ist ein Mensch, der in der Entblößung, im Elend, in Erniedrigung und Demütigung bezeugt, ein Mensch, verkannt, gehaßt, verachtet, beschimpft, beleidigt, verhöhnt; das ist ein Mensch, gezeißelt, gemartert, von Gefängnis zu Gefängnis geschleppt und zum Schluß endlich gekreuzigt, enthauptet, von Henkern in die Ecke geworfen, ohne begraben zu werden . . .

Jeder Mensch soll in Furcht und Zittern leben, und so soll nichts Bestehendes von Furcht und Zittern frei sein. Furcht und Zittern bedeutet, daß man im Werden ist; und jeder einzelne Mensch, das Menschengeschlecht ebenso, soll sich bewußt sein, im Werden zu sein . . .

Wenn die Ewigkeit auf einmal und in i h r e r Sprache dem Menschen seine Aufgabe setzen wollte, ohne auf sein Fassungsvermögen und seine schwachen Kräfte Rücksicht zu nehmen: der Mensch müßte verzweifeln . . .

Geist ist: welche Macht die Erkenntnis eines Menschen über sein Leben hat . . .

Was der moderne Philosoph unter Glauben versteht, ist eigentlich, was man eine Meinung nennt, oder was man so in der Umgangssprache „glauben“ nennt. Man macht aus dem Christentum eine Lehre; die Lehre verkündet man dann einem Menschen, und nun glaubt er, es sei so, wie diese Lehre sagt. Das nächste Stadium ist darum, diesen Glauben zu „begreifen“: das tut die Philosophie. Das alles ist ganz richtig, wenn das Christentum eine Lehre wäre. Aber das ist es nicht, und darum ist es gänzlich falsch . . .

Weil das Christentum keine Lehre ist, ist es nicht wie bei einer Lehre gleichgültig, wer es darstellt, wenn er nur objektiv das Richtige sagt. Nein, Christus hat nicht Dozenten angestellt, sondern Nachfolger. Wenn das Christentum sich nicht in dem Darsteller redupliziert, dann stellt er nicht das Christentum dar; denn das Christentum ist Existenz=Mitteilung . . . Deshalb muß mit jeder Generation von vorn angefangen werden . . .

Die ewige Wahrheit ist in der Zeit entstanden, dies ist das Paradox . . .

Der eine betet in Wahrheit zu Gott, obgleich er einen Götzen anbetet, der andere betet den wahren Gott in Unwahrheit an, und betet daher in Wahrheit einen Götzen an . . .

Das Mißverständnis in der Religiosität unserer Zeiten besteht darin, daß man jetzt den Glauben dermaßen zu einer Innerlichkeit macht, daß er eigentlich ganz verschwindet, so daß sich das Leben ohne weiteres rein weltlich gestalten darf, und daß man an die Stelle des Glaubens eine Versicherung seines Glaubens setzt . . .

„Es unholdet in den Wäldern der lieblichen Musen“

Probleme und Gestalten der Nachkriegslyrik, dargestellt von Andreas Donath

I.

Im Gegensatz zu den bekannten Gedichten anderer Zeiten und Völker scheint die moderne deutsche Lyrik ausgesprochen schwer verständlich zu sein, abwegig, neurotisch, verschroben. Was ein Lyriker mit seinen Versen sagen will, versteckt er hinter Anspielungen und Umschreibungen, die nur mit Mühe entziffert werden können; was er zu sagen hat, klingt so obskur, daß man es kaum ernstnehmen kann.

Auf Bedürfnisse und Wünsche des Lesers wird keine Rücksicht genommen; er muß bereit sein, sich erschrecken zu lassen, Häßliches für ausdrucksvoll, und wahrhaft Schönes für sinnlose Fassade zu halten; er darf nicht damit rechnen, unterhalten, erhaben oder getröstet zu werden; er muß sich beim Lesen eines Gedichtes anstrengen, als handle es sich um einen unklar formulierten Paragraphen des Strafgesetzbuches, und wenn er es richtig aufgelöst hat, sieht er, daß es ihn selber ins Unrecht setzt, daß es ihn schuldig spricht für Taten, die er niemals begangen hat, daß es ihn wegen Trägheit des Herzens zu lebenslänglicher Selbstbesinnung verurteilt.

II.

Bei solchen Voraussetzungen können die zeitgenössischen Lyriker nicht erwarten, eine dankbare Leserschaft für ihre Gedichtpublikationen zu gewinnen. Die Auflagehöhe der Gedichtbändchen großer und viel beachteter Lyriker schwankt zwischen dreihundert und zweitausend Exemplaren. Selbst die begeistertesten Rezensionen können daran nichts ändern.

Nur ein einziger Lyriker — Karl Emmerich Krämer — hat es bisher verstanden, seinen Gedichten auch einen Verkaufserfolg zu sichern. Er versah sie mit einem Nachwort, in dem er sie für das Werk eines in Indochina verschollenen Fremdenlegionärs ausgab. Seit er sein Pseudonym (Forestier) gelüftet hat, gehört es zum guten Ton, die erst so hoch gerühmten Gedichte seines Bändchens „Ich schreibe mein Herz in den Staub der Straße“ für abgeschmackt und kitschig sentimental zu halten. Diese Wandlung des öffentlichen Urteils läßt sich nicht nur aus dem Verlust einer Heldenlegende begründen. Krämers Gedichte sind wesentlich anspruchsloser, als die der anderen jungen Lyriker. Sie setzen dem Leser kein Messer auf die Brust, sondern schmeicheln ihm mit oft erträumten Wunschbildern. Sie sind leicht zu verstehen und fordern zu keiner Entscheidung heraus. Ihrem Leser ergeht es wie dem Liebhaber eines Gassenhauers — er begeistert sich daran, behält aber ein schlechtes Gewissen, weil er seine eigene Begeisterung für etwas kindisch hält. Dieses schlechte Gewissen wurde betäubt durch das Mitleid mit dem tragischen Schicksal des unglücklichen Forestiers. In den jetzt sehr heftig ausgeprägten Angriffen gegen Krämer, der seine Gedichte nicht im Kugelregen indochinesischer Kommunisten, sondern am westdeutschen Schreibtisch schrieb, äußert sich nun der Ärger all derer, die sich betrogen fühlen, weil sie allzu schnell dazu bereit waren, ihr kritisches Gewissen durch eine Werbestory übertölpeln zu lassen.

III.

Da Krämers Dichter-Kollegen es vorziehen, ihre Gedichte unter ihrem eigenen Namen herauszubringen, ist es verständlich, daß die großen Verlage in Westdeutschland die Werke jüngerer Lyriker überhaupt nicht zu veröffentlichen pflegen, und die Arbeiten der älteren in der Regel auch erst dann, wenn diese bereits mit gewichtigen Preisen gekrönt sind, oder sich als Hörspielautoren einen guten Namen gemacht haben. Der Liebhaber zeitgenössischer Lyrik ist daher auf die Publikationen kleinerer Verlage angewiesen, unter denen besonders der Bechtle-Verlag und die Eremitenpresse zu nennen sind. Der Limesverlag gibt eine Buchreihe „Dichtung unserer Zeit“ heraus, in der auf 32 Seiten unbekannte und bekannte Lyriker vorgestellt werden sollen; und im Christian Wegner Verlag erscheint ein „Jahrbuch zeitgenössischer Lyrik“, das diesen Begriff allerdings sehr weit faßt und neben avancierten Gedichten auch die antiquiertesten aufnimmt.

Eine Zeitschrift, die sich ausschließlich der Lyrik widmet, wie die berühmte „Poetry“ in den Vereinigten Staaten, gibt es in Deutschland nicht. Doch räumen die „Texte und Zeichen“, „Frankfurter Hefte“, „Merkur“ und „Akzente“ der

Lyrikdiskussion und neuen Gedichten viel Platz ein. Auch die Rundfunkanstalten nehmen sich in ihren abendlichen und Nacht-Programmen der modernen Lyrik an. Beim Südwestfunk läuft sogar eine Sendereihe mit dem Titel „Lyrik der Zeit“, in der jeden Montagabend Gedichte moderner Lyriker gesendet werden.

Kein Versuch, die Situation der Lyrik in der Bundesrepublik zu schildern, darf aber darüber hinweggehen, daß trotz allem Lyrik heute in einem resonanzlosem Raum geschrieben wird.

IV.

Immerhin hat sich die Interesselosigkeit an zeitgenössischer Lyrik bisher für die Lyrik selbst nicht unvorteilhaft ausgewirkt. Es gibt eine Krise des Romans und eine Krise des Dramas, aber niemandem würde es einfallen, auch von einer Krise des lyrischen Gedichts zu sprechen.

Keinem Publikum verschrieben, und nicht durch schwer überwindbare Strukturgesetze gehemmt, findet sich der zeitgenössische Lyriker in der Lage, seine Gedichte in völliger künstlerischer Freiheit schreiben zu können. Diese Freiheit erfährt ihre einzige Begrenzung durch den objektiven Kunstverstand des Dichters, der beim Schreiben eines Gedichtes stets darauf zu achten hat, daß den primitivsten Regeln jeder künstlerischen Darstellung genügt werde. Dazu gehören die Forderungen nach Einheitlichkeit des Gegenstandes, Originalität der Aussageform (denn eigene Empfindungen mit Worten Rilkes oder Lenaus wiederzugeben, ist der Tod aller Dichtkunst), und nach Beschränkung auf die besonderen Darstellungsmittel der Lyrik. Manche Autoren vermögen leider nicht zwischen Darstellungsweise und -Mitteln zu unterscheiden; sie glauben, es sei bereits plagiatörisch, mit Bildern zu arbeiten, weil auch die Lyriker des neunzehnten Jahrhunderts bestimmte Bilder verwendet haben; stattdessen schreiben sie nun Gedichte, die etwa so lauten können: „Ping pong / ping pong ping / pong ping pong / ping pong . . .“

V.

Als Auswahl aus den Werken der bekanntesten zeitgenössischen Lyriker erschien im vergangenen Sommer im Insel-Verlag ein schmales Bändchen mit dem Titel „Jahrhundertmitte — deutsche Gedichte der Gegenwart“. Schon bei flüchtigem Durchblättern der dort zusammengetragenen Gedichte fällt auf, daß alle nach 1945 geschriebenen Gedichte, so verschieden sie auch gestaltet sein mögen, einen gemeinsamen Schwerpunkt besitzen: die Spiegelung der Schrecken des zweiten Weltkrieges im Bewußtsein der Dichter. Das bedeutet nicht, daß die Frage nach dem Sinn jener sinnlosen Geschehnisse konkret in jedes Gedicht mit hineinverwoben ist; doch wo sie berührt wird, zeigt die Art, wie sie alle anderen Motive beiseite drängt, daß diese Frage — mitunter sogar gegen den Willen der Lyriker — das Hauptthema der deutschen Nachkriegslyrik bildet.

„Immer noch steigt in der Untergrundbahn das saugende Wasesr, / wälzt sich der Rauch aus dem Reichstagsgebäude . . .“ sagt Helmuth de Haas, und Ruth Landshoff-York kleidet die gleiche Empfindung in die Worte: „Mein Gedächtnis hat Lücken, / Brücken / über den Fluß, / Häuser in der Stadt, / Adressen / von Freunden, die es gegeben hat.“ Hans-Christian Kirsch schreibt: „In Frankfurt blieb nur die Fassade des Römers erhalten / und ich frage mich / wie lange sagen sie noch: nie mehr?“ Günter Eich prägt die Formulierung: „Wir richten uns immer wieder auf das Glück ein, / aber es sitzt nicht gern auf unseren Sesseln . . . Denke daran, daß der Mensch des Menschen Feind ist, / und daß er sinnt auf Vernichtung.“

Angesichts so düsterer Beschwörungen ist es verständlich, daß Gertrud von Le Fort klagend in die Verse ausbricht: „Auf den Straßen der Zeit / irren verstörte Gesänge, / umnachtete Lieder fallen den Wanderer an, / und zersprungene Glocken wehklagen wirres Gebet — / Es unholdet in den Wäldern der lieblichen Musen / von den Gesichtern des Grauns, / und vom Gespenst der totenblassen Verzweiflung. / O gönnt doch, Freunde, gönnt dieser armen Welt / doch wieder das Labsal eines lichten Gesanges . . .“

Die Prüfung für das wissenschaftliche Lehramt an höheren Schulen gliedert sich in zwei Abschnitte: die wissenschaftliche Prüfung und die pädagogische Prüfung.

1. In der wissenschaftlichen Prüfung soll der Bewerber nachweisen, daß er für das Lehramt an höheren Schulen wissenschaftlich befähigt und vorgebildet ist. Diesen Nachweis hat er nach den Forderungen dieser Prüfungsordnung zu erbringen, und zwar

a) durch eine allgemeine Prüfung in Philosophie, Pädagogik und Politik, b) durch Prüfungen in den einzelnen Unterrichtsfächern (hat der Bewerber eines der Unterrichtsfächer Deutsch, Latein, Griechisch, Englisch, Französisch und Mathematik gewählt, so wird er in zwei Fächern geprüft. Befindet sich unter den Fächern des Bewerbers keines der vorgenannten Hauptfächer, so wird er in drei Fächern geprüft.)

2. In der pädagogischen Prüfung soll der Bewerber zeigen, daß er den besonderen Erziehungs- und Bildungsaufgaben der höheren Schule gewachsen ist.

I. Die wissenschaftliche Prüfung

Für die Zulassung ist erforderlich

1. Der Besitz eines Reifezeugnisses;
 2. der Nachweis über ein ordnungsmäßiges Studium von mindestens acht Semestern an der Philosophischen oder Naturwissenschaftlichen Fakultät einer deutschen Hochschule, eine Bescheinigung darüber, daß der Bewerber während seiner Studienzeit 3 Monate den Schuldienst, davon mindestens einen Monat den an einer höheren Schule, kennengelernt hat.
- Zum Nachweis eines ordnungsmäßigen Studiums wird gefordert, daß der Bewerber die notwendigen Fachvorlesungen sowie die für die allgemeine Prüfung in Philosophie, Pädagogik und Politik erforderlichen Vorlesungen gehört hat, und daß er in seinen Studienfächern sowie in Philosophie, Pädagogik und Politik an wissenschaftlichen Übungen, mit Erfolg teilgenommen hat.

Bewerber, deren Reifezeugnis in Latein oder Griechisch oder Hebräisch keine Note aufweist, müssen spätestens im vierten Semester ablegen: a) das Latein für Religion, Deutsch, Geschichte, Französisch, Englisch, b) das Graecum für Religion und Latein, c) das Hebräicum für Religion. Diese Forderungen gelten nur, wenn die Lehrbefähigung für die Oberstufe erstrebt wird.

Wer die Lehrbefähigung in Deutsch erwerben will, muß nachweisen, daß er mindestens an einer sprechtechnischen Übung teilgenommen hat. Für die Fächer Erdkunde, Physik, Chemie und Biologie ist die Übung im praktischen Arbeiten durch entsprechende Bescheinigungen nachzuweisen. Die Forderung erstreckt sich für a) Erdkunde auf Teilnahme an Lehr- ausflügen und Übungen im Entwerfen von Kartenskizzen; b) Physik auf Arbeiten im Laboratorium mit dem Ziel, wichtige Apparate und Arbeitsmethoden kennenzulernen und Erfahrung in der Ausführung messender und darstellender physikalischer Versuche zu gewinnen; c) Chemie auf Ausführung von praktischen Arbeiten und Unterrichtsversuchen sowie auf technologische Besichtigungen; d) Biologie auf Präparieren von Pflanzen und Tieren, die mikroskopische Technik einschließlich Mikroprojektion, Projektion, Filmvorführung, Photographieren, zeichnerische Wiedergabe selbstgefertigter Präparate, Teilnahme an Lehrausflügen.

Bewerber um die Lehrbefähigung in Leibeseziehung müssen das Zeugnis über die bestandene Vorprüfung, sowie Bescheinigungen des Hochschulinstitutes für Leibeseziehung über regelmäßige praktische Betätigung während ihres ganzen Studiums vorlegen.

Prüfungsgegenstände: für alle Bewerber Philosophie, Pädagogik und Politik in der allgemeinen Prüfung;

für die einzelnen Bewerber zwei bzw. drei der folgenden Unterrichtsfächer: Religion, Deutsch, Latein, Griechisch, Hebräisch, Englisch, Französisch, Geschichte, Erdkunde, Mathematik, Physik, Chemie, Biologie, Leibeseziehung. Hebräisch ist bei Bewerbern, die zwei Lehrbefähigungen erstreben, nur zusätzlich möglich. Außerdem können als Zusatzfächer ge-

wählt werden, soweit dafür Prüfende vorhanden sind: Philosophie, Pädagogik, Politik, Geschichte der Kunst des Mittelalters und der Neuzeit, Musikwissenschaft, Italienisch, Spanisch.

Schriftliche Arbeiten

Zur häuslichen Bearbeitung erhält der Bewerber als Hauptarbeit eine Aufgabe aus einem seiner wissenschaftlichen Fächer für die Oberstufe, als zweite Arbeit eine aus Philosophie, Pädagogik oder Politik nach seiner Wahl. Für die Anfertigung der Arbeiten wird eine Frist von vier Monaten gesetzt, die von der Zustellung der Aufgaben an rechnet. Auf einen spätestens vierzehn Tage vor Ablauf der Frist vorgelegten begründeten Antrag hin kann der Vorsitzende eine Nachfrist von sechs Wochen bewilligen. Weitere Verlängerung ist ausgeschlossen. Wird die Frist nicht eingehalten, so gilt die Prüfung als nicht bestanden. Weist der Bewerber jedoch nach, daß er die Frist ohne sein Verschulden versäumt hat, so werden ihm auf Antrag neue Aufgaben mit derselben Frist gestellt. Wird auch für diese Arbeiten die Frist versäumt, so gilt die Prüfung endgültig als nicht bestanden. Am Schluß jeder Arbeit hat der Bewerber zu versichern, daß er sie selbständig verfaßt und keine anderen Hilfsmittel als die angegebenen benutzt hat.

In jedem Fach ist vor der mündlichen Prüfung mindestens eine schriftliche Arbeit unter Aufsicht in höchstens vier Stunden anzufertigen. In den alten Sprachen ist die Übersetzung nebst sprachlicher und sachlicher Erläuterung eines fremdsprachigen Textes zu fordern. Eine Übersetzung aus dem Deutschen in die Fremdsprache darf nicht verlangt werden. In den neueren Sprachen ist die Aufgabe so zu stellen, daß ihre Bearbeitung die Fähigkeit des Bewerbers zeigt, sich in der Fremdsprache richtig auszudrücken. Diese Fähigkeit kann erwiesen werden durch eine Abhandlung oder eine Übersetzung in die Fremdsprache oder ein Diktat eines fremdsprachigen Textes, der in der Fremdsprache zu erläutern ist. Der Bewerber um die Lehrbefähigung in Physik für die Oberstufe muß außer der physikalischen eine zweite Aufgabe aus der Mathematik bearbeiten, falls er nicht auch die Lehrbefähigung in Mathematik erstrebt. Die schriftlichen Arbeiten unter Aufsicht sind in zwei Wochen im Zusammenhang mit der mündlichen Prüfung zu erledigen.

Wenn nach den schriftlichen Arbeiten eines Bewerbers bereits feststeht, daß ein ausreichendes Ergebnis der Prüfung nicht zu erwarten ist, so kann der Vorsitzende des wissenschaftlichen Prüfungsamtes ihn von der mündlichen Prüfung zurückweisen und die Prüfung für nicht bestanden erklären. Diese Entscheidung gilt auch dann, wenn der Bewerber seinen Rücktritt von der Prüfung erklärt. Der Vorsitzende muß den Bewerber auch dann von der mündlichen Prüfung zurückweisen und die Prüfung für nicht bestanden erklären, wenn sich nachträglich an der sittlichen Unbescholtenheit des Bewerbers begründete Zweifel ergeben haben.

Zur mündlichen Prüfung und den mit ihr verbundenen Arbeiten unter Aufsicht lädt der Vorsitzende des wissenschaftlichen Prüfungsamtes den Bewerber schriftlich ein. Kann der Bewerber zu dem angegebenen Zeitpunkt nicht erscheinen, so hat er dies unter Angabe der Gründe bis spätestens acht Tage vor der Prüfung dem Vorsitzenden zu melden. Der Vorsitzende entscheidet, ob die dargebrachten Gründe es rechtfertigen, den Zeitpunkt zu verschieben. Läßt der Bewerber den angesetzten Zeitpunkt ohne rechtzeitige Mitteilung verfallen, so ist die Prüfung für nicht bestanden zu erklären.

Die einzelnen Fächer der mündlichen Prüfung können auf mehrere Tage verteilt werden. Die gesamte mündliche Prüfung eines Bewerbers soll jedoch in einer Woche erledigt sein. Die Verteilung der Prüfung auf einen längeren Zeitraum ist nur auf Grund eines amtsärztlichen Zeugnisses zulässig. Die Gesamtprüfung muß in einem Monat beendet sein. Jeder Bewerber ist einzeln zu prüfen. Die Prüfungszeit für jedes Fach beträgt in der Regel eine Stunde, für die allgemeine Prüfung in Philosophie, Pädagogik und Politik 45 Minuten.

(Fortsetzung folgt)

Übersicht über die Prüfungsordnungen

der Fachrichtungen sämtlicher Fakultäten an den Universitäten des Landes Hessen

(Fortsetzung)

5. Zwei Exemplare der in deutscher Sprache abgefaßten Dissertation. Sie ist in Maschinenschrift und geheftet oder gebunden einzureichen. Dem Bewerber steht es frei, noch andere von ihm verfaßte, durch den Druck veröffentlichte Schriften beizufügen.

6. Eine Erklärung, ob die eingereichte Arbeit oder wesentliche Teile derselben bereits einer anderen Prüfungsbehörde vorgelegen haben. Ist das der Fall, so bestimmt die Fakultät, ob die Arbeit als Dissertation zugelassen ist.

7. Am Schluß der Dissertation hat folgende Erklärung des Bewerbers, von ihm unterzeichnet, zu stehen:

„Ich versichere hiermit eidesstattlich, daß ich die vorliegende Arbeit selbständig und nur unter Benutzung der angeführten Quellen und Hilfsmittel angefertigt habe. Sämtliche Entlehnungen oder Anlehnungen sind durch Quellenangabe kenntlich gemacht.“

8. Eine Quittung über die gezahlte Promotionsgebühr.

Für die Abgabe der erforderlichen Erklärungen sind die von der Fakultät vorgeschriebenen Formulare zu benutzen.

Die eingereichte Dissertation wird von zwei Referenten begutachtet. Wenn die Dissertation abgelehnt wird, ist die Doktorprüfung als nicht bestanden beendet.

Nach Annahme der Dissertation durch die Gutachter bestimmt der Dekan einen Termin für die mündliche Prüfung.

Die mündliche Prüfung erstreckt sich bei Bewerbern, die die Diplomprüfung der Volkswirte, Kaufleute oder Handelslehrer bestanden haben, auf vier, bei den übrigen Bewerbern auf fünf Fächer. Prüfungsfächer, soweit ordnungsgemäß durch einen Lehrstuhl vertreten, sind:

a) in der wirtschaftswissenschaftlichen Gruppe: 1. Allgemeine Volkswirtschaftslehre, 2. Spezielle Volkswirtschaftslehre, 3. Finanzwissenschaft, 4. Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 5. Sozialpolitik, 6. Soziologie, 7. Statistik, 8. Politische Wissenschaft, 9. Wirtschaftsgeschichte, 10. Wirtschaftspädagogik.

Andere Fächer können von der Fakultät genehmigt werden. Unter den gewählten Prüfungsfächern muß sich immer allgemeine Volkswirtschaftslehre oder allgemeine Betriebswirtschaftslehre und spezielle Volkswirtschaftslehre oder spezielle Betriebswirtschaftslehre befinden.

Im übrigen sind folgende Fächerkombinationen zulässig:

1. Volkswirtschaftslehre: allgemeine Volkswirtschaftslehre, spezielle Volkswirtschaftslehre, allgemeine oder spezielle Betriebswirtschaftslehre und ein viertes Fach.

2. Sozialpolitik: Sozialpolitik, allgemeine Volkswirtschaftslehre, allgemeine oder spezielle Betriebswirtschaftslehre und ein viertes Fach.

3. Statistik: Statistik, allgemeine Volkswirtschaftslehre, allgemeine oder spezielle Betriebswirtschaftslehre und ein viertes Fach.

4. Wirtschaftspädagogik: Handlungspädagogik, allgemeine Volkswirtschaftslehre, allgemeine oder spezielle Betriebswirtschaftslehre und ein viertes Fach.

5. Betriebswirtschaftslehre: Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, spezielle Betriebswirtschaftslehre, allgemeine oder spezielle Volkswirtschaftslehre und ein viertes Fach.

6. Fürsorgewesen: Fürsorgewesen, allgemeine Volkswirtschaftslehre, allgemeine oder spezielle Volkswirtschaftslehre und ein viertes Fach.

7. Politik: Politik, allgemeine oder spezielle Volkswirtschaftslehre, allgemeine oder spezielle Betriebswirtschaftslehre und ein viertes Fach.

8. Finanzwissenschaft: Finanzwissenschaft, allgemeine Volkswirtschaftslehre, allgemeine oder spezielle Betriebswirtschaftslehre und ein viertes Fach.

9. Soziologie: Soziologie, allgemeine Volkswirtschaftslehre, allgemeine oder spezielle Betriebswirtschaftslehre und ein viertes Fach.

10. Wirtschaftsgeschichte: Wirtschaftsgeschichte, allgemeine Volkswirtschaftslehre, allgemeine oder spezielle Betriebswirtschaftslehre und ein viertes Fach.

Das vierte Prüfungsfach aus dem Gebiete der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften wird vom Kandidaten benannt. Ein

fünftes Fach kann auch aus dem Gebiet einer anderen Fakultät mit Zustimmung der Fakultät gewählt werden.

Die Prüfer werden nach Maßgabe der von der Fakultät aufgestellten Richtlinien vom Dekan bestimmt.

Die mündliche Prüfung findet unter dem Vorsitz des Dekans statt. Die Prüfung gilt als nicht bestanden, wenn in einem der Prüfungsfächer die Leistungen „ungenügend“ sind.

Die Dissertation, die Ergebnisse der einzelnen mündlichen Prüfungen und die hieraus zu bildende Gesamtnote werden wie folgt beurteilt: summa cum laude = ausgezeichnet (1); magna cum laude = sehr gut (2); cum laude = gut (3); rite = genügend (4); nicht bestanden = ungenügend (5).

Der Bewerber hat seine Arbeit binnen Jahresfrist in einer von der Fakultät festgesetzten Anzahl von Exemplaren der Fakultät einzureichen. Die Ausfertigung des Diploms erfolgt nach der Einreichung der Pflichtexemplare. Mit der Ausfertigung des Doktordiploms ist der Bewerber berechtigt, den Doktorgrad zu führen.

Ist die Prüfung nicht bestanden, dann entscheidet die Fakultät, ob und nach welcher Frist sie wiederholt werden kann. Eine zweite Wiederholung ist nicht zulässig.

Wird der Kandidat zur Wiederholungsprüfung zugelassen, so kann die Dissertation — wenn sie mindestens „gut“ beurteilt war, wieder vorgelegt werden.

Neu zugelassen als Prüfungsfach ist Versicherungsbetriebslehre. Außerdem wird die Wahl von anderen Fächern als den in der Promotionsordnung genannten von Fall zu Fall auf Antrag genehmigt. Juristische Fächer sind bei der mündlichen Prüfung nicht zugelassen, es sei denn als fünftes Fach, ebenso Wirtschaftsenglisch und Wirtschaftsfranzösisch.

JURISTISCHE FAKULTÄT

Ziel der Ausbildung ist es, für die Rechtspflege und die öffentliche Verwaltung einen rechtskundigen Nachwuchs zu erziehen, der mit dem Gesetz als Mittel der Rechtsordnung für das friedliche Zusammenleben der Menschen in ihrer staatlichen und überstaatlichen Gemeinschaft vertraut, von der Erkenntnis der Unteilbarkeit der Rechtsordnung getragen und sich bewußt ist, daß die vollziehende und die rechtssprechende Gewalt im Namen des Volkes und für das Volk auszuüben sind.

Die erste rechtswissenschaftliche Staatsprüfung

Sie hat die Aufgabe, festzustellen, ob der Bewerber rechtswissenschaftlich soweit vorgebildet ist und soviel praktisches Verständnis besitzt, daß er für den Vorbereitungsdienst geeignet erscheint.

Vorbedingungen zur Zulassung zur ersten juristischen Staatsprüfung sind: Der Bewerber hat ein ordnungsmäßiges Studium der Rechte von mindestens 6 Halbjahren nachzuweisen. Er soll möglichst Vorlesungen über sämtliche Fächer, auf die sich die erste juristische Staatsprüfung erstreckt, belegt und muß an wenigstens 6 mit schriftlichen Arbeiten verbundenen Übungen aus verschiedenen Rechtsgebieten teilgenommen haben, darunter auch an eine Übung auf dem Gebiete des Staats- und Verwaltungsrechts. Der Minister der Justiz bestimmt im Einzelfalle, ob ein Halbjahr eines anderen Studiums anzurechnen ist und ob eine Kriegsgefangenenhochschule einer ausländischen Hochschule gleichzuachten ist.

Im Rahmen des ordnungsmäßigen Studiums der Rechte ist ein praktischer Ausbildungsdienst bei Gericht, der sich über mindestens 6 bis 8 Wochen erstreckt, für die Zulassung zur ersten juristischen Staatsprüfung erforderlich. Er soll möglichst vor dem Studium, spätestens bis zum 3. Semester während der Universitätsferien abgeleistet werden und gilt nur mit der Erteilung eines Zeugnisses über erfolgreiche Teilnahme als abgeschlossen. Sinn des Ausbildungsdienstes ist, dem Studenten einen Einblick in den Ablauf des Zivil- und Strafverfahrens sowie in die Einrichtungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit zu verschaffen.

Das Studium soll keine Fachausbildung in Gesetzeskunde, sondern ein wissenschaftliches Eindringen in das Recht, die Gesetzgebung und Rechtsprechung sein. Das Recht als überzeitliche und überstaatliche Kulturerscheinung muß im Mittel-

punkt stehen. Es wird daher der allgemeinen Rechtslehre, der Rechtsphilosophie in Verbindung mit der allgemeinen Philosophie, der Rechtsgeschichte und der Rechtsvergleichung entscheidende Bedeutung beigemessen. Der Bewerber soll sich mit den Grundlehren der Rechtsphilosophie der Antike, des Mittelalters, der Neuzeit und der Gegenwart aus den Quellen vertraut gemacht haben. Außerdem wird von dem Bewerber eine ausreichende Kenntnis auf dem Gebiete der Volkswirtschaftslehre einschließlich der Finanzwissenschaft und auf dem Gebiet der politischen Geschichte Deutschlands und der Welt verlangt, so daß er einen Nachweis seines Wissens in bezug auf die geistesgeschichtlichen, soziologischen und wirtschaftlichen Probleme der Gegenwart und ihre Grundlagen abgeben kann.

Der Bewerber kann sich bei dem Prüfungsamt melden, in dessen Bezirk seine Heimat ist oder er 2 Semester studiert hat.

Der Meldung sind beizufügen:

a) das Reifezeugnis einer deutschen höheren Lehranstalt, b) Bescheinigungen der Universitätsbehörden über die Vorlesungen, die der Bewerber belegt hat, c) die Abgangszeugnisse der Universitäten und ein Führungszeugnis der letzten Universität, wenn der Bewerber ihr noch angehört, d) eine Erklärung darüber, ob der Bewerber gerichtlich oder disziplinarisch bestraft oder gegen ihn ein Verfahren anhängig ist oder gewesen ist, e) die Versicherung, daß der Bewerber um die Zulassung bisher bei keinem anderen Prüfungsamt nachgesucht hat, oder die Angabe, wann und wo dies geschehen ist, f) ein eigenhändig geschriebener Lebenslauf. Der Bewerber kann aus den Prüfungsfächern eines oder mehrere bezeichnen, aus denen er die Aufgabe für die häusliche Arbeit zu erhalten wünscht.

Prüfungsfächer sind: Rechtsphilosophie, allgemeine Rechtslehre und Methodik, Rechtsgeschichte, Verfassungsrecht, Staats- und Verwaltungsrecht, Privatrecht (einschließlich des römischen Rechts und des Handelsrechts), Arbeits- und Sozialrecht, Strafrecht, Völkerrecht und internationale Organisation, Zivil- und Strafprozeßrecht, sowie die Grundzüge des internationalen Privatrechts, Kirchenrecht, Zwangsvollstreckungsrechts einschließlich des Konkurses, der Wirtschaftswissenschaften einschließlich der Soziologie.

Die Prüfungsgebühr beträgt 100,— DM. Sie ist an die Oberjustizkasse bei dem Oberlandesgericht in Frankfurt a. M. zu zahlen. Die Bescheinigung über die Zahlung ist dem Zulassungsgesuch beizufügen. Wird der Bewerber zur Prüfung nicht zugelassen, so wird ihm der eingezahlte Betrag erstattet. Endet das Prüfungsverfahren vor dem Beginn der mündlichen Prüfung, so ermäßigt sich die Gebühr um die Hälfte; dies gilt jedoch nicht, wenn der Prüfling gemäß § 23 der Juristischen Ausbildungsordnung (Täuschungsversuch) von der weiteren Teilnahme an der Prüfung ausgeschlossen wird. Der Bewerber soll sich im Anschluß an sein Universitätsstudium, jedenfalls innerhalb dreier Monate nach Abschluß des letzten Studienhalbjahrs zur Prüfung melden. Der Präsident des Prüfungsamtes kann aus wichtigen Gründen eine spätere Meldung gestatten oder eine verspätete Meldung zulassen. Bei der Versäumung der Meldefrist hat der Bewerber sein Rechtsstudium ein weiteres Studienhalbjahr fortzusetzen.

Gang der Prüfung: Die erste rechtswissenschaftliche Staatsprüfung gliedert sich in drei Abschnitte: a) eine schriftliche Hausarbeit, b) 5 schriftliche Arbeiten, die unter Aufsicht anzufertigen sind, c) die mündliche Prüfung.

a) **Die häusliche Arbeit** besteht aus der schriftlichen Bearbeitung einer Aufgabe, die einem der rechtswissenschaftlichen Prüfungsgebiete entnommen ist. Sie soll dem Prüfling Gelegenheit geben, darzutun, daß er fähig ist, sich auf Grund der Gesetze unter Berücksichtigung des Schrifttums und der Rechtsprechung ein Urteil zu bilden und seine Ansicht in geordneter Gedankenfolge sprachlich gewandt zu begründen. Der Prüfling hat die häusliche Arbeit binnen 6 Wochen abzuliefern und ihr die Versicherung hinzuzufügen, daß er sie ohne fremde Hilfe angefertigt und sich anderer als der von ihm angegebenen Hilfsmittel nicht bedient habe. Zur Wahrung der Frist genügt die durch Poststempel nachgewiesene rechtzeitige Aufgabe bei einem Postamt. Der Bewerber kann die ihm gestellte Aufgabe vor Ablauf der Frist einmal zurückgeben mit der Wirkung, daß ihm eine andere Aufgabe ge-

stellt wird. Wird die Ablieferungsfrist versäumt, so ist die Prüfung nicht bestanden.

b) **Die 5 schriftlichen Arbeiten** hat der Prüfling im Anschluß an die Hausarbeit unter Aufsicht anzufertigen. Für jede dieser Arbeiten stehen dem Prüfling 5 Stunden zur Verfügung. An je einem Tage sind zu bearbeiten: 1. eine Aufgabe aus dem Gebiet des bürgerlichen Rechts, 2. eine Aufgabe aus dem Gebiet des Strafrechts, 3. eine Aufgabe aus den Gebieten des Handels-, Arbeits- oder Wirtschaftsrechts, 5. eine Aufgabe aus dem Gebiet der Volkswirtschaft oder aus dem unter 1. und 3. bezeichneten Rechtsgebieten. (In Frankfurt a. M. wird die 5. Aufgabe im Gegensatz hierzu aus dem Gebiet des Zivilprozeßrechts gestellt.) Es darf nur der Gesetzestext benutzt werden. Die Benutzung anderer Hilfsmittel ist verboten. Die Aufsicht bei der Anfertigung der Arbeiten führt ein Mitglied des Prüfungsamtes oder ein anderer Richter oder Staatsanwalt, der von dem Präsidenten bestellt wird. Der Prüfling hat die Arbeiten spätestens bei Ablauf der Bearbeitungsfrist mit seiner Unterschrift versehen an den Aufsichtsbeamten abzugeben. Prüflinge, die sich eines Täuschungsversuches oder eines erheblichen Verstoßes gegen die Ordnung schuldig machen, kann der Aufsichtsbeamte von der Fortsetzung der Arbeit ausschließen. Gibt der Prüfling eine Aufsichtsarbeit nicht ab oder erscheint er ohne genügende Entschuldigung zur Anfertigung einer Arbeit nicht, so wird diese Arbeit mit ungenügend bewertet.

c) **Die mündliche Prüfung** schließt sich an die Aufsichtsarbeiten an. Sie wird von einem viergliedrigen Ausschuß des Prüfungsamtes abgenommen, dem möglichst 2 Universitätslehrer des Rechts angehören sollen. Es sollen jeweils 5 Bewerber zusammen während einer Zeitdauer von etwa 5 Stunden geprüft werden. Versäumt ein Prüfling die mündliche Prüfung und leistet er ohne genügende Entschuldigung auch der zweiten Ladung nicht Folge, so ist die Prüfung nicht bestanden. Sie gilt auch dann als nicht bestanden, wenn der Prüfling ohne Genehmigung des Präsidenten des Prüfungsamtes von der Prüfung zurücktritt.

Die einzelnen Prüfungsleistungen sind zu bewerten mit „sehr gut“, „gut“, „voll befriedigend“, „befriedigend“, „ausreichend“, „mangelhaft“, „ungenügend“. Die Beurteilung der Leistungen in der mündlichen Prüfung ist an die angegebenen Noten nicht gebunden. Genügen die Leistungen des Prüflings insgesamt den Anforderungen, so ist die Prüfung für bestanden zu erklären, und zwar als „ausreichend“, „befriedigend“, „voll befriedigend“, „gut“ oder „sehr gut“. Entscheidend für das Gesamtergebnis ist die freie Überzeugung, ob der Bewerber für den Vorbereitungsdienst reif ist. Dabei sollen auch die Leistungen während des Studiums berücksichtigt werden. Die Prüfung ist nicht bestanden, wenn die Leistungen nicht den Anforderungen entsprechen. Der Prüfling, der die Prüfung bestanden hat, erhält darüber von dem Präsidenten des Prüfungsamtes ein Zeugnis.

Die Wiederholung der Prüfung ist einmal gestattet. Die Prüfung ist vollständig zu wiederholen. Einzelne Prüfungsleistungen können jedoch nach Befürwortung durch den Prüfungsausschuß erlassen werden. Der Prüfling kann frühestens nach 6 Monaten wieder zur Prüfung zugelassen werden, er muß während eines Halbjahres das Rechtsstudium an einer Universität fortsetzen und mindestens an einer mit schriftlichen Arbeiten verbundenen Übung teilnehmen. Eine nochmalige Wiederholung der Prüfung kann in Ausnahmefällen von dem Präsidenten des Prüfungsamtes gestattet werden, wenn ein Prüfling bei zweimaligem Mißerfolg eine Prüfung wegen Versäumnis einer Frist oder eines Termins nicht bestanden hat. Ist der Prüfling wegen eines Täuschungsversuchs von der Prüfung ausgeschlossen worden und die Prüfung für nicht bestanden erklärt, so kann er auf besonderen Antrag bei Präsidenten des Prüfungsamtes und mit Genehmigung des Präsidenten des Landesprüfungsamtes die Prüfung ausnahmsweise wiederholen.

Promotionsordnung der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Johann Wolfgang Goethe-Universität

Die Rechtswissenschaftliche Fakultät verleiht den Grad eines Dr. jur. auf Grund einer von dem Bewerber verfaßten Dissertation und einer mündlichen Prüfung. Ein Rechtsanspruch auf die Zulassung zur Promotion besteht nicht.

Der Bewerber muß das Reifezeugnis einer anerkannten deutschen höheren Schule oder ein als gleichwertig anerkannt-

tes Zeugnis besitzen. Die Fakultät kann ein ausländisches Reifezeugnis als ausreichend anerkennen, wenn die im Ausland erworbene Vorbildung gleichwertig ist. Der Bewerber muß die lateinische Sprache beherrschen, soweit dies für das Verständnis der Rechtsquellen notwendig ist; dies ist durch das große Latinum nachzuweisen, wenn nicht die Fakultät durch Beschluß hiervon befreit.

Die Zulassung zur Promotion setzt ein Studium der Rechtswissenschaft von 7 Semestern voraus. Wer die erste juristische Staatsprüfung bestanden hat, braucht nur ein Studium von 6 Semestern nachzuweisen. War der Bewerber nicht in einer Rechtswissenschaftlichen Fakultät eingeschrieben, so entscheidet über die Anrechnung von Semestern die Fakultät.

Von der erforderlichen Studienzeit müssen wenigstens 2 Semester an der Johann Wolfgang Goethe-Universität verbracht sein. Von diesem Erfordernis kann die Fakultät in besonderen Ausnahmefällen befreien; Voraussetzung hierfür ist in der Regel, daß der Bewerber 2 Semester als Gasthörer an der Universität Frankfurt verbracht hat.

Die Fakultät kann ein Studium der Rechtswissenschaft an einer nicht deutschen Universität auf die erforderliche Studienzeit anrechnen. Der Bewerber muß an mindestens 5 rechtswissenschaftlichen Übungen mit schriftlichen Arbeiten teilgenommen haben. Der Bewerber muß Schüler oder wissenschaftlicher Mitarbeiter eines Lehrers der Fakultät sein. Andere Bewerber können nur ausnahmsweise bei Nachweis besonderer wissenschaftlicher Leistungen zugelassen werden.

Ein Bewerber, der die erste juristische Staatsprüfung bestanden hat, kann nur zugelassen werden, wenn er diese oder die zweite juristische Staatsprüfung mindestens mit dem Prädikat „befriedigend“ bestanden hat. In besonderen Ausnahmefällen kann die Fakultät von diesem Erfordernis absehen.

Das Zulassungsgesuch ist an den Dekan zu richten. Dem Gesuch sind beizufügen:

a) ein Lebenslauf in deutscher Sprache, der auch über den Bildungsgang des Bewerbers Aufschluß gibt, b) ein Führungszeugnis der Universitätsbehörde und der Polizeibehörde des letzten Wohnorts, c) die Zeugnisse über die Vorbildung und das Studium, d) eine Erklärung darüber, ob und mit welchem Erfolg der Bewerber bereits eine Doktor-, Diplom- oder Staatsprüfung abgelegt hat oder ob er eine solche Prüfung abzulegen versucht hat, e) die Dissertation in zwei Exemplaren, f) die Quittung über die eingezahlte Promotionsgebühr, g) 1 Lichtbild.

Das Zulassungsgesuch kann nicht mehr zurückgenommen werden, wenn die Prüfung für nicht bestanden erklärt worden ist oder die mündliche Prüfung begonnen hat.

Die Dissertation muß eine wissenschaftlich beachtliche Leistung sein und die Fähigkeit des Bewerbers dartun, selbstständig wissenschaftlich zu arbeiten. Der Bewerber hat in der Dissertation anzugeben, welche Quellen und Hilfsmittel er für ihre Ausarbeitung benutzt hat. Am Schluß dieser Dissertation hat er folgende Erklärung abzugeben:

„Ich versichere an Eides Statt, daß ich nur die von mir angegebenen Quellen und Hilfsmittel für die Ausarbeitung der Dissertation benutzt und daß ich die aus anderen Schriften wörtlich oder annähernd wörtlich entnommenen Stellen kenntlich gemacht habe. Ich versichere ferner an Eides Statt, daß ich mich fremder Hilfe nur insoweit bedient habe, als ich dies angegeben habe, und im übrigen der selbständige Urheber der Arbeit bin.“

Sind die Voraussetzungen für die Zulassung des Bewerbers erfüllt, so bestellt der Dekan für die Begutachtung der Dissertation zwei planmäßige Professoren als Berichterstatter. Zum Berichterstatter kann mit seinem Einverständnis auch ein emeritierter Professor bestellt werden. Bei Dissertationen aus Grenzgebieten kann die Fakultät den zweiten Berichterstatter aus einer anderen Fakultät oder einer anderen Universität bestellen.

Berichterstatter kann auch ein Honorarprofessor, ein außerplanmäßiger Professor oder ein seit mindestens 4 Semestern lehrender Privatdozent sein. Zum Mitberichterstatter ist in diesem Falle ein planmäßiger Professor zu bestellen.

Wenn die Berichterstatter die Annahme der Arbeit vorschlagen, wird den Mitgliedern der Engeren Fakultät hiervon

Mitteilung gemacht und ihnen bis zum Vortage der mündlichen Prüfung Gelegenheit zur Einsicht in die Dissertation und die Gutachten gegeben. Über Einsprüche gegen die Annahme oder die Beurteilung der Dissertation entscheidet die Fakultät.

Ist von einer Umarbeitung der Dissertation eine bessere Leistung zu erwarten, so wird sie dem Bewerber zu diesem Zwecke unter Bestimmung einer Frist vom Dekan zurückgegeben. Die Frist kann aus besonderen Gründen verlängert werden. Nach erfolglosem Ablauf der Frist wird die Dissertation abgelehnt.

Besteht keine Übereinstimmung zwischen den Berichterstattern über Annahme, Ablehnung oder Verbesserung der Arbeit, so entscheidet die Fakultät.

Wird die Dissertation abgelehnt, so hat der Dekan die Prüfung für nicht bestanden zu erklären.

Die Urschrift der Dissertation bleibt bei den Akten; die übrigen Anlagen des Gesuchs werden dem Bewerber auf Verlangen ausgehändigt.

Der Bewerber kann für die mündliche Prüfung vier Fächer angeben, und zwar: 1. Bürgerliches Recht, 2. Strafrecht oder öffentliches Recht, 3. Rechtsgeschichte oder Rechtsphilosophie oder römisches Recht, 4. ein Wahlfach.

Die mündliche Prüfung eines Bewerbers, der die erste juristische Staatsprüfung bestanden hat, findet vor einem vom Dekan zu bestellenden Prüfungsausschuß von regelmäßig 4 Fakultätsmitgliedern unter dem Vorsitz des Dekans oder seines Stellvertreters statt. Dem Prüfungsausschuß soll der erste Berichterstatter angehören. Der Dekan oder sein Stellvertreter oder ein anderes Mitglied des Prüfungsausschusses muß während der ganzen Dauer der mündlichen Prüfung anwesend sein. Die mündliche Prüfung eines Bewerbers, der keine juristische Staatsprüfung abgelegt hat, findet in dauernder Anwesenheit der ganzen Fakultät statt.

Die mündliche Prüfung soll feststellen, daß der Bewerber sich eine gründliche rechtswissenschaftliche Bildung angeeignet hat und rechtswissenschaftliche Probleme selbständig zu durchdenken vermag.

Nach der mündlichen Prüfung entscheidet der Prüfungsausschuß über die Gesamtnote der Prüfung. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

Die Gesamtnote lautet: rite, cum laude oder magna cum laude; bei hervorragenden wissenschaftlichen Leistungen: summa cum laude.

Eine höhere Gesamtnote als rite darf nur erteilt werden, wenn die Dissertation als eine gute Leistung beurteilt worden ist. Über den allgemeinen Verlauf der mündlichen Prüfung wird eine Niederschrift aufgenommen.

Wird die Prüfung nicht bestanden, so entscheidet der Prüfungsausschuß, ob und nach welcher Frist sie wiederholt werden kann. Eine nochmalige Wiederholung ist unzulässig.

Nach bestandener mündlicher Prüfung hat der Bewerber 6 Schreibmaschinexemplare der druckfertigen Dissertation einzureichen. Er kann stattdessen auch die Arbeit drucken lassen; in diesem Falle bestimmt der Dekan die Anzahl der einzureichenden Exemplare. Hat der Bewerber dieser Pflicht binnen einem Jahr nicht genügt, so verliert er die Anwartschaft auf den Doktorgrad.

Hat der Bewerber allen Erfordernissen genügt, so erfolgt die Promotion durch Aushändigung des mit dem Fakultätsiegel versehenen Doktordiploms. Der Bewerber ist erst nach Aushändigung des Diploms zur Führung des Doktorgrades berechtigt. Eine Ausfertigung des Diploms wird zu den Fakultätsakten genommen.

Die Promotionsgebühr beträgt 200,— DM. Die Gebühr kann begabten und bedürftigen Bewerbern ganz oder zum Teil erlassen werden.

Der Doktorgrad wird durch die Fakultät entzogen, wenn sich herausstellt, daß der Inhaber ihn infolge einer Täuschung oder eines Irrtums der Fakultät über wesentliche Voraussetzung für die Verleihung erworben hat. Ist das Diplom noch nicht ausgehändigt worden, so werden unter den gleichen Voraussetzungen durch die Fakultät die Promotionsleistungen für ungültig erklärt.

Bewegung und Wort

Zur „Lieblosen Komödie“

Wenn Studenten, die in der Anatomie sezieren, in Laboratorien praktizieren und in Seminaren studieren, auch noch Zeit finden, auf der Bühne zu agieren, dann müssen sie über eine gehörige Portion Idealismus verfügen. Lust und Liebe zum Theaterspielen waren es auch, durch die sich das Ensemble der „Neuen Bühne e. V.“ jetzt bei seinem ersten Auftreten im Studentenhaus auszeichnete. Man hatte Alfred de Mussets romantisch-tragische Komödie „On ne badine pas avec l'amour“ gewählt, ein Stück, das auf dem Spielplan der deutschen Bühnen seit langem nicht mehr erschienen ist. Das war das erste — für eine Studiobühne berechnete — Experiment. Dafür verdient sie Lob.

Das zweite Experiment war eine Angelegenheit des zweifellos begabten Schauspielers und Regisseurs Ulrich Hüls, der auch die „Neue Bühne“ auf die Bretter gestellt hat. Hüls möchte das Theater von der Form her revolutionieren. Dazu hat er sich den Trick mit der „Bewegungsregie“ ausgedacht, ihm im Programmheft erläutert und in der Aufführung exerziert. Dieses Experiment ist ihm — nach der Wirkung zu urteilen — gänzlich mißlungen. Hüls meint mutig, daß der Zuschauer im Theater nicht akustisch, sondern optisch eingestellt ist. Mit einem Kalauer könnte man sagen: für den Zuschauer hat er natürlich recht, nicht aber für den Zuhörer. Aber so meint es Hüls nicht. Die Regie soll vielmehr die Schauspieler choreographisch führen, das Wort soll von der Bewegung getragen werden, vom Spielrhythmus: daher Bewegungsregie. Hüls verschiebt die Wirkung des Dramas von der geistigen auf die gefühlsmäßige Ebene.

Hüls' These bewährte sich gerade noch bei dem Chor der Landleute, die uniform und unisono als pantomimisches Ballet über die Bühne sprangen. Bei den Hauptakteuren mußte sie versagen. Über der Bewegungstheorie wurde das Wort vernachlässigt und das Verständnis des dramatischen Zusammenhangs erschwert. Von der Raumsymbolik allein konnte auch der Kundigste nicht ahnen, daß sich die liebesunglückliche Rosette das Leben nehmen würde. (Sie war zuletzt nach links von der Bühne abgetreten — und die linke Seite bedeutet den Bereich des Todes.) So geht es also nicht.

Für das Verdienst

Man muß viel Wissen, Weitblick, Takt und Fingerspitzengefühl in sich vereinigen, wenn man aus der großen Zahl literarischer Publikationen diejenigen herauszusammeln hat, die wertvoll sind und Beachtung verdienen. Das gilt vor allem dann, wenn ein „Handbuch der Weltliteratur“ wie z. B. der „Eppelsheimer“ von Literaten, Bibliographen, Bibliothekaren und auch Studenten mit gleichem Respekt zu Rate gezogen wird.

Professor Hanns W. Eppelsheimer feierte vor kurzem seinen 65. Geburtstag. Die Bundesrepublik ehrte ihn durch Verleihung des Bundesverdienstkreuzes; die Stadt Frankfurt mit der Goethe-Plakette.

Seit 1946 leitet Prof. Eppelsheimer unsere Stadt- und Universitätsbibliothek und auch die Deutsche Bibliothek in Frankfurt.



Daß die Bibliotheken die im Krieg erlittenen Einbußen fast völlig wieder aufgeholt haben und alle wichtigen Neuerscheinungen erwerben können, verdanken sie im Grunde nur der Fähigkeit ihres Chefs, auch dem hartnäckigsten Finanzminister oder Stadtkämmerer die erforderlichen beachtlichen Beträge aus dem Säckel zu ziehen. Und deshalb wird es Professor Eppelsheimer auch erreichen, daß die Bücher endlich aus den Bunkern und Luftschutzkellern am Osthafen und anderen Teilen der Stadt herauskommen und mit der Bibliotheksverwaltung in der projektierten großen Bibliothek zwischen Jügelstraße und Senckenberganlage ihr Unterkommen finden.

Das Drama ist ein Wortkunstwerk, es lebt vom Wort und von der Forderung des Geistes, der zu seiner Entfaltung die Sprache benötigt. Das Optische spielt dabei eine so untergeordnete Rolle, daß es ohne Schaden ganz wegfallen kann: im Hörspiel des Funks findet das Drama die Form der reinsten Wiedergabe. Anders der Film, er ist wesentlich optisch (was seit der Erfindung des Tonfilms nur zu oft vergessen wurde). Er vermag durch das Bild allein auszusagen, wozu die Bühne des Wortes bedarf.

Mit der Liebe darf man nicht ungestraft sein Spiel treiben, das ist die Moral der „Lieblosen Komödie“. Das muß Camille erfahren, die an dem Grafensohn Percidan das weibliche Geschlecht rächen will, das nach Meinung ihrer Klosterschwester von den Männern stets betrogen wird. Das erfährt auch Percidan, der aus Rache an seiner allzu kühlen Base Camille einem Mädchen vom Lande die Ehe verspricht und sie schließlich in den Tod treibt.

Der Kopf kann das Herz nicht ersetzen, der Verstand nicht das Gefühl, das ist der tiefere Sinn der tragischen Komödie. Sie erinnert darin an Georg Büchners Lustspiel „Leonce und Lena“, das zwei Jahre nach Mussets Komödie entstanden ist (1836), ohne aber Büchners zeitlos-gültige Aussage zu erreichen.

Die Stelle des Königs Peter bei Büchner nimmt bei Musset der Baron ein. Seine Verwirrung und Ratlosigkeit, wenn etwas geschieht, was der logische Verstand nicht ohne weiteres begreifen kann, war von Ulrich Hüls überzeugend wiedergegeben, die gelungenste und reifste schauspielerische Leistung des Abends. Ursula Joes: eine Camille, die zwischen sehnsüchtiger Liebe und berechnender Intrige hin und hergerissen wurde. Rosegret Gien: als Rosette ganz liebende Frau, hingebend, mit gläubigem Augenaufschlag. Horst Rauchaß: ein selbstbewußter Percidan, der von der Richtigkeit seiner Handlungen allzu überzeugt erschien. Für die heiteren Momente sorgten die als solche überbetonten Schwanfiguren des genießerischen Pfarrers (Karlheinz Braun), des weinseligen Erziehers (Wolfgang Wierschei) und der matronenhaften Dame Pluche (Gisela Ebel). Als Landleute im Chinesenhut traten auf: Gil Neubert, Ute Koska, Heide Pavek, Hans Martin und Peter Wankel.

Siegfried Birkner

Neben der neuen, noch straffer überarbeiteten und stärker konzentrierten, Auflage seines „Handbuches der Weltliteratur“ beschäftigen Professor Eppelsheimer vor allem zwei Probleme: Er will in Frankfurt eine deutsche Zentralstelle für Dokumen-



95 Pf. und DM 1,50, mit Lecithin DM 1,80 — In Apotheken und Drogerien

tation errichten. Dokumentation ist die schnelle Beschaffung von Literatur aller Art, vor allem aus dem Ausland, mittels Photokopie oder Mikrofilm. Auf naturwissenschaftlich-technischem Gebiet ist dies verhältnismäßig leicht möglich; Schwierigkeiten bereitet es vor allem bei den Geisteswissenschaften. Das zweite Arbeitsgebiet ist eine Bibliographie der deutschen Literatur von 1945 bis 1953, die auch ausländische Beiträge erfaßt. Sie wird demnächst erscheinen.

Programm der Arbeitsgemeinschaft für Publizistik für das WS 55/56

Arbeitsgruppe Rundfunk:

„Die gebundene Rede im Funk“

Dr. Ullrich Trappe, Hess. Rundfunk

Arbeitsgruppe Feuilleton:

„Vom Feuilleton bis heute“

Stefan J. Kynast, Frankf. Neue Presse

Arbeitsgruppe Politik:

„Die politische Nachricht“

Georg Herda, Frankf. Rundschau

Arbeitsgruppe Wirtschaft:

„Die Gewerkschaftspresse“

mehrere Redakteure von Gewerkschaftszeitungen

Führungen: Funkhaus am Dornbusch (am 21. 11.)

Rundschauhaus

Druckhaus der Neuen Presse

Näheres sehen Sie am Anschlagbrett neben Hörsaal B. P. P.



The British Centre
„Die Brücke“
Frankfurt a. M., Kaiserstraße 48
Tel. 3 22 86 u. 3 37 94

British Centre ist eine Einrichtung zur Förderung kultureller und geistiger Beziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland. Es umfaßt Bibliothek, Lesesaal, Vortrags- und Kinosaal.

Monatsprogramm November 1955

Konzerte:

Dienstag, den 1. November, 20.00 Uhr, Klavierabend, Eiluned DAVIES, London, bringt Werke von Scarlatti, Beethoven, Liszt, Chopin, D. Jones, D. Wynne, M. Roberts und D. Ap Ivor zu Gehör. Mittwoch, den 9. November 1955, 20.00 Uhr, Klavierabend, Eric HOPE, London spielt anläßlich seines zweiten Konzertes in der „Brücke“; Werke von Beethoven, John Field, John Vallier, Alan Rawsthorne und Chopin.

Vortrag:

Donnerstag, den 10. November 1955, 18.30 Uhr, englisch, Prof. A. DAVIES, Prof. of Geography, Exeter University „Empire into Commonwealth“

Schallplattenabend:

Freitag, den 18. November 1955, 20.00 Uhr, Herr Dr. W. Lipphardt spricht anläßlich seines zweiten Abends über „Musikgeschichte der Renaissance“

Hinweise zu den obigen Veranstaltungen:

Eiluned Davies ist eine bekannte BBC-Künstlerin und gab viele Konzerte in London, die bei Publikum und Kritikern wärmste Aufnahme fanden. Die „Times“ schreibt: „Das gesamte Programm zeugt von ungemeiner Fähigkeit und Musikalität.“

Eric Hope befindet sich auf seiner zweiten Deutschland-Tournee und wir freuen uns, daß er auch diesmal wieder nach Frankfurt kommt, wo sein Konzert vom Februar 1954 so starken Widerhall fand. — „Grove's Dictionary of Music and Musicians“ sagt: „Hope ist einer der einflussreichsten und vielseitigsten Pianisten der Gegenwart.“ Prof. A. Davies ist Spezialist für europäische Geographie und die Geschichte der geographischen Entdeckung und Forschung. Sein Vortrag behandelt die Beschleunigung dieser Entwicklung, beruhend auf dem wirtschaftlichen, strategischen und politischen geographischen Änderungen während des letzten halben Jahrhunderts. Der zweite Abend von Herrn Dr. W. Lipphardt am 18. November ist der Renaissance gewidmet.

Regelmäßige Veranstaltungen:

Verse Drama Reading
Mittwoch, den 2. November 1955, 20.00 Uhr, Christopher Fry: „A Sleep of Prisoners“
Mittwoch, den 23. November 1955, 20.00 Uhr, Terence Rattigan: „The Deep Blue Sea“

FÜR DIE KINDER

unserer Kommilitoninnen und Kommilitonen bringt die Studiobühne der J. W. Goethe-Universität um die Weihnachtszeit das nach den Brüdern Grimm dramatisierte Märchen

„DAS TAPFERE SCHNEIDERLEIN“ zur Aufführung.

Sieben Fliegen auf einen Streich zu töten, ist eine Heldentat, sobald man das Wort Fliegen gefässlich unterschlägt. Weiß man diese Heldentat gehörig zu propagieren, wird man berühmt, ein berühmter Held. Ein wenig Protektion, ein wenig Glück und ein Haufen Naivität und Selbstvertrauen, die einen die Fliegen vergessen und selbst an die Heldentat glauben lassen, bringen einen den höchsten und einflussreichsten Stellen nahe.

Man wird jubelnd begrüßt, allein — Neid, Mißgunst und Angst der neuen Freunde drängen einen sehr bald in die unwahrscheinlichsten Situationen und vor unlösbar scheinende Aufgaben. Jetzt braucht man nur ein gut Teil Gewitztheit und Bauernschläue, mit anderen Worten, Verschlagenheit und Hinterlist, mit denen man diese Aufgaben bewältigt und sich aus der Affaire zieht. Kommen die Widersacherfreunde dadurch nicht von selbst zu Fall, kapitulieren sie freiwillig und der höchste Platz wartet nur noch darauf, daß man ihn besetzt.

„Das tapfere Schneiderlein“ ist ein Märchen, der Held sympathisch und ohne krankhaft verblendeten Ehrgeiz und das Ende hinterläßt bei allen Beteiligten, Held, Freunden und Zuschauern, das Gefühl angenehm glückseliger Befriedigung. Aber nur wenige Worte wären zu ändern, um aus dem Märchen mit happy end ein Trauerspiel um den Despoten unserer Tage zu machen. Sieht man die Geschichte unter diesem Gesichtspunkt, dürfte sie auch für die Eltern der Kinder unserer Kommilitoninnen und Kommilitonen interessant sein und jene, die es werden wollen.

FÜR DIE ERWACHSENEN

bringt die Studiobühne der J. W. Goethe-Universität im Dezember

„EIN OPFER FÜR WIND“ von André Obey

Wie Giraudoux, Anouilh, Sartre und andere französische Dramatiker hat sich auch Obey mit den antiken Mythen beschäftigt. Seine Gestalten sind keine „Griechen“, sondern Menschen seiner Aera, und er erstrebt keineswegs die Wiederherstellung der griechischen Tragödie. In die Geschichte der Opferung der Iphigenie legt er seine modernen Gedanken und wendet sich scharf gegen Aberglauben und Krieg. Damit hat das Werk den doppelten Reiz der neuen Deutung des alten Mythos einerseits und der gegenwartsdichterischen Aussage andererseits.

Klaus Schlette

GLUTAMINSÄURE-GRANULAT HOMBURG

Originalpackung zu 100 g

Indiziert bei:

nervösen Erschöpfungszuständen, allgemeinen Ermüdungserscheinungen, Vorbereitung auf Examina,
vor anstrengenden Konferenzen

Erhältlich in allen Apotheken



Chemiewerk HOMBURG Aktiengesellschaft
Frankfurt/Main



GLUTAMETTEN HOMBURG

Originalpackung zu 100 Dragées

Pioniere am guten Film

Der Verband der deutschen Filmclubs e. V. hatte die ihm seit etwa einem Jahr als korporatives Mitglied angeschlossenen „Filmarbeitsgemeinschaften an den deutschen Hochschulen (Fiag)“ eingeladen, im Rahmen des VII. Internationalen Filmtreffens Bad Ems 1955 (9.-16. Oktober) ein Seminar über das Thema „Meinungsführung im Film“ durchzuführen.

Tradition

Das internationale Filmtreffen hat bereits eine Tradition. Die Entwicklung der Filmclubidee in Deutschland ist mit der Geschichte dieser Veranstaltung eng verbunden. Idealismus und Improvisation, unterstützt von dem Verlangen, die lange vorerhaltenen Spitzenleistungen der ausländischen Produktion kennenzulernen, schufen die Atmosphäre der Treffen in Titisee, Schluchsee, Badarach und Lindau. Wie wichtig dieses spezifische Klima für die Auseinandersetzung mit dem Phänomen Film war, wurde deutlich, als man sich 1953 zum ersten Male in Bad Ems traf, wo schon die Umgebung zur bürgerlichen Behaglichkeit und Selbstgefälligkeit verleitet. Die Gefahr, von der Tradition ins



Traditionelle abzugleiten, wächst beim Ausruhen auf errungenen Lorbeeren.

Deshalb kam die Teilnahme der Studenten dem Streben des Filmclubverbandes zustatten, seiner jährlichen, repräsentativen Veranstaltung eine andere Form und einen neuen Inhalt zu geben. Als Arbeitstagung im Dienst am wertvollen Film soll sie eine klare Absage an den Filmsnob sein.

Zu viel ist zu wenig

Die Veranstaltungen eines Tages standen jeweils unter einem Thema. Vielleicht war die Anhäufung so bedeutsamer und brennender Probleme wie „Der europäische Film“, „Nachwuchs im Film“, „Meinungsführung im Film“, „Jugend und ihr Film von Morgen“, „Kulturfilm in europäischer Sicht“, „Arbeit im Filmclub“ zu viel des Guten. Eine Beschränkung in der Sache, aber ausgedehntere, straffere Diskussionen (Bildung von Arbeitsgruppen) wären nützlich gewesen. So konnte es nicht ausbleiben, daß man oft am Thema vorbeiredete oder es nicht konsequent durchführen konnte, was auch unter anderem auf viele ungeeignete Filmbeispiele zurückzuführen ist. Man fragt sich, was die Filme „Marty“, „Der Scharfschütze“, „Navajo“ (aus dem Vorjahrsprogramm), „The Divided Heart“ und verschiedene „Kulturfilme“ in Bad Ems zu suchen hatten.

Aus der Zahl der vorgeführten Filme (ca. 60, davon 20 Spielfilme) verdienen nur wenige genannt zu werden. Die Überwindung des übersteigerten Neoverismus gelang Federico Fellini mit dem Film „La Strada“, eine Geschichte aus dem Leben fahrender Artisten, brutal und poetisch zugleich, ein Film von hohem künstlerischen Rang. Die technische Puppen- und Trickfilmschule (siehe Bild) genießt auch bei uns hohes Ansehen. Die vorgeführten Filme von Trnka und Zeman bedeuten deshalb in ihrer künstlerischen und technischen Qualität keine Überraschung für uns. Besonders interessant war der popularwissenschaftliche Film „Reise in die Urwelt“, in der Trick- und Naturaufnahmen in geglätteter Weise verbunden sind (siehe Bild). Die improvisierte mitternächtliche Diskussion über den deutschen Experimentalfilm „nicht mehr fliehen“ (Regie: Herbert Vesely, Produktion: Filmaufbau Göttingen), die recht turbulent verlief, war ein lebendiges Beispiel für die derzeitige Situation der Filmclubs und ihrer Mitglieder. „Sollte das Experiment nicht mehr berühren, weil es unbequem und ärgerlich ist?“ schrieb ein Kritiker. Ärgerlich, weil dem 24jährigen Regisseur — nicht unbeeinflusst durch anerkannte Vorbilder — mit echt filmischen Mitteln ein Werk von starker Aussagekraft gelungen, dessen nihilistische Grundtendenz aber zu mißbilligen ist? Oder wollte Vesely — wie er

selbst sagte — nur warnen? Immerhin versuchten einige Diskussionsredner sich ernsthaft mit dem Film auseinanderzusetzen. Sie retteten die Filmclub vor dem Ruf einer „derrièregarde“, der eigentlich den Regisseur treffen sollte.

Die Franzosen, bei den Spielfilmen etwas vernachlässigt (ausgenommen „La Bergère et le Ramoneur“, ein Zeichentrickfilm), führten die Reihe der besten Kulturfilme mit zwei ausgezeichneten Künstlerfilmen an: Eine lebendige Zola-Biographie und der lebenswerte und ausdrucksstarke Film über den Maler Utrillo und sein Modell Montmartre Deutschland war hier u. a. vertreten durch „Eine Melodie — Vier Maler“ (Seggelke).

Von den vielen sachkundigen Vorträgen waren die Ausführungen von Dr. Ludwig Berger (Der Europäische Film), Produzent Hans Abich (Nachwuchs im Film) und Präsident Dr. Johannes Eckardt (Unsere Sorge um den Kulturfilm) bemerkenswert und nicht nur für Experten von Interesse, weil die Frage nach der Stellung des Films innerhalb unserer Kultur jeden kulturbewußten Menschen angeht.

Meinungsführung im Film

Von Anfang an war sicher, daß mit den recht zahlreichen Teilnehmern (ca. 150 Personen) eine echte Seminararbeit nicht geleistet werden konnte. Dennoch bemühte sich die Fiag ihre Auffassung über Beschäftigung mit Film, wie sie an der Universität geübt wird, mit dem Ziel, Grundlagen einer Filmwissenschaft in Deutschland zu schaffen — darzulegen. Daß der Versuch einer objektiv-kritischen, kompromißlosen Untersuchung dieses höchst aktuellen und schwierigen Problems seitens der Studenten trotz der Fülle des Stoffes starken Beifall fand, und in Presse und Rundfunk als Höhepunkt der ganzen Veranstaltung bezeichnet wurde, ist ein unerwarteter und deshalb um so erfreulicher Erfolg des Filmclubverbandes und der Fiag.

Nach einer Einführung des I. Vorsitzenden der Fiag, Willy Wehrhahn (Film-Studio Frankfurt), sah man eine polnische Original-Wochenschau über die Weltjugendfestspiele in Warschau 1955 und den russischen Farbfilm „Reise mit Hindernissen“. Gerhard Dancke, Assistent am Institut für Publizistik der FU Berlin, zeichnete in seinem Referat über „Meinungsführung im Sowjet-Film“ den sowjetischen Film als Spiegel der Kurswandlungen in der politischen Linie. Wegen unserer (leider) geringen Kenntnis des modernen russischen Films waren die Ausführungen Dankes besonders instruktiv und aufschlußreich. Der bereits durch zahlreiche Veröffentlichungen bekanntgewordene junge Filmpublizist Enno Patalas (Universität Münster), enthielt in seinem Referat „Autorität und Revolte“ ideologische Züge im deutschen Film von Caligari bis Canaris. Seine wohlgegründete These, daß auch in einer staatlich nicht reglementierten Filmwirtschaft ein Lenkungsmechanismus wirksam ist, der in seinem Effekt dem Propagandaapparat totalitärer Staaten kaum nachsteht, wird gerade heute mit aller Aufmerksamkeit zu beobachten sein.

Nichts konnte die Problematik und Delikatesse des Themas besser illustrieren als ein Telegramm der amerikanischen Verleihfirma, mit dem sie auf „höhere“ Weisung die Vorführgenehmigung für den Film „Der Held von Mindanao“ (Fritz Lang, 1950)



zurückzog, ... da bei Zusage verschwiegen wurde, daß der Film zur Diskussion nationaler Propaganda im Film gebraucht wird.“ Dafür diente dann der „Held von Burma“ als Anschauungsmaterial zum Referat von Wilfried Berghahn (Universität Bonn), über „Nationale Leitbilder im amerikanischen Film“. Berghahn, der viele bekannte Filme als Beispiel anführen konnte, kam letztlich zu der gleichen Feststellung der anderen Referenten, daß das künstlerische Ausdrucksmittel Film im besonderen Maße zur politisch-geistigen Beeinflussung benutzt wird.

Prof. Dr. Eugen Kogon leitete erfahren die abschließende Diskussion, in der die Frage, ob und wie der Staat einen Einfluß auf die Filmproduktion ausüben soll, gestellt wurde. Eine Ant-

wort, die allgemeine Zustimmung gefunden hätte, konnte freilich nicht gegeben werden.

Neue Impulse

Die internationalen Filmtreffen sollen eine „programmatische“ Bedeutung haben. Das läßt in Verbindung mit der diesjährigen Programmgestaltung vermuten, daß die Filmclubs erkannt haben, wie wichtig es ist, die sachlichen Ziele in den Vordergrund zu stellen und sich mit grundsätzlichen Fragen des Films auseinanderzusetzen. Ihre Tätigkeit darf nicht bei einer in gesellschaftlichen Rahmen vorgenommenen ästhetisierenden Betrachtung sogenannter guter Filme verharren.

Eine solche Erkenntnis ist heute schon fast zu einer Lebensfrage für die Filmclubs geworden, da — vorbereitet durch die Arbeit der Filmclubs — die gewerbsmäßige Vorführung guter, anspruchsvoller Filme längst kein so großes finanzielles Risiko mehr bedeutet. Geschäftstüchtige Leute ernten jetzt, was Idealisten in mühevoller, jahrelanger Arbeit gesät haben. Die Filmclubs wissen das und sind mit Recht stolz darauf. Sie stehen aber nicht auf dem Standpunkt, daß damit ihre Aufgabe erfüllt sei. Inwieweit ihr Bemühen, neue Impulse aufzunehmen Erfolg haben wird, hängt vorwiegend von der Resonanz in der Mitgliederschaft ab.

Heinz Kavey

„Subkutane Musik“

Der erste der offenen Abende des Studentenhauses hatte eine außerordentlich starke Zahl von Besuchern angelockt. Prof. Dr. T. W. Adorno hatte sich vorgenommen, in einem Referat Wege zur neuen Musik aufzuzeigen. Anschließend sollte das Publikum in einer zwanglosen Unterhaltung Gelegenheit haben, seine Ansichten zu äußern.

Dieser zweite Teil des Abends war wenig befriedigend. Er bestand aus einem Frage- und Antwortspiel, bei dem lediglich der Vortragende der gebende Teil war. Überdies waren die Antworten zu ausführlich formuliert, so daß die Unterhaltung blockiert war. So kam es, daß man zwar sehr interessante Ergänzungen zum einführenden Vortrag hörte, neue Perspektiven sich jedoch nicht eröffneten. Das geht auch zu Lasten der Gäste, die sich mit der Musik nur bildungsmäßig beschäftigen, während sie ihnen dem Wesen nach fremd ist. Fragen nach Parallelen und Analogien zu andern Künsten, mit denen viel der knapp bemessenen Zeit verschwendet wurde, waren fehl am Platze. Vielleicht kann für den nächsten offenen Abend über dieses Thema gegen Semesterende, zu dem sich Prof. Adorno zur allgemeinen Freude zur Verfügung stellte, ein Diskussionsleiter gewonnen werden.

Adorno kam es darauf an, die radikale Richtung der modernen Musik zu behandeln und nicht etwa Dinge, die schon in orthodoxen Kreisen allmählich Bürgerrecht gewinnen, wie etwa Bartok, Hindemith und Strawinsky.

Damit ist der Kreis genügend eingeeengt. Die Schule von Schönberg, Webern, Berg, war es in erster Linie, der das Interesse galt. Man verwendet hier bisweilen die Bezeichnung „atonale Musik“. Adorno stellte die Gewissensfrage: Ist es im Ernst möglich, heute etwa wie Beethoven zu komponieren? Als abschreckendes Beispiel nannte er Sibelius.

Im Hauptteil seiner Ausführungen wies der Vortragende auf eine Antinomie hin, die er in der traditionellen Musik sieht: Der harmonische Vorrat unserer Tonalität ist geringer, als die melodische Variationsmöglichkeit es zuläßt. Adorno sieht geradezu ein Kriterium für die Größe eines Komponisten darin, in wieweit es ihm gelingt, diesen Widerspruch zu lösen.

Gewisse Schemata (Sonate, Fuge) der herkömmlichen Musik sind Fesseln, die den Komponisten an die freie Entfaltung seiner Gedanken hindern. Musik, die sich nur auf dem Schema aufbaut, ist wertlos. Jedes große Kunstwerk hat außer dem Schema noch eine individuelle, „subkutane“ Struktur. Adorno demonstrierte dies sehr deutlich am Beispiel der Waldstein-Sonate op. 53 von Beethoven. Das wahrhaft Schöpferische besteht darin, das traditionelle Schema durch die subkutane Struktur zu rechtfertigen.

Die neue Musik macht sich frei von allen Fesseln der Konvention. In ihr ist die subkutane Struktur das alleinige Wesen der Musik. Das Fehlen fester Formen ist eine der Hauptschwierigkeiten für das Verständnis dieser Musik. Man weiß nie, „wie es weitergeht“. Starke Kontraste der Formbildungen folgen unvermittelt aufeinander.

Ein Teilnehmer fragte: Wie rechtfertigt die moderne Musik ihren Anspruch, subkutan zu sein? Antwort: Sie hat die Forderung nach absoluter Freiheit konsequent durchgeführt. Sie fühlt sich verpflichtet, „die Kinderschuhe der Musik auszuziehen“. Das Zentralprinzip ist die freie Variation.

Zu der Frage der Dissonanzen meint Adorno, die Musiker seien schon immer sehr dissonanzenlüstern gewesen. Sie hätten sich nur nicht so recht getraut.

Die interessanteste Frage des Abends stammte von einer Dame: Kann der Künstler sich in der neuen Form „besser“ ausdrücken? Hier legte sich Adorno bei der Beantwortung weise Zurückhaltung auf. Er sagte: Vom Material her gesehen: Ja!

Die für den Musikliebhaber wichtigste Frage: Kann man die spezifisch subkutane Musik anders als mit dem analytischen Verstand erfassen?, blieb offen.

Walter Schwarz



BETON- UND MONIERBAU

AKTIEN-GESELLSCHAFT

NIEDERLASSUNG FRANKFURT AM MAIN

BEETHOVENSTR. 17

TEL. 77 72 36/37/77 13 44

Die Büste im Kasino / Von Klaus Nonnenmann

Von einer Beerdigung zu sprechen, wagten selbst die Herren Chauffeure nicht. Beerdigung — als ende diese Große Leiche parterre und in menschlicher Verbindlichkeit!

Nur wenige der fahrenden Domestiquen — Rechtsradikale, wie man hört — erlaubten sich also den Krawattensitz zu lockern und, ins Plüsch der schwarzen Luxuslousinen geflegt, dem Länderspiel zu leben. Es stand schlecht und 0 : 4.

Während im Festraum das Largo über die Arabesken der maurisch gelungenen Kapelle quoll, empfing, à la bonheur, der Leitartikler im „Raburger Bäderjournal“ seine lyrische Inspiration direkt von oben, denn dort saßen die Cellisten.

In der Tat! Wenig später, auf Hochglanz chamoise Form geworden, wuchs sie zum Inhalt aller umflorten Gespräche, aller



Gedanken und offiziösen Lobesworte der aufgewählten Stadtverwaltung:

DES VEREWIGTEN HEIMGANG

Streng genommen war er gefahren, allerdings Richtung: Heim. Das blieb — doch auch die peinliche Rolle seines erhabenen Blutspiegels, der, um das poetische Bild zu rahmen, als absoluter Hochglanz anzusprechen war. Die Alkoholpromille stehen im Krankenblatt des Kreiskrankenhauses, Ärzte bleiben verschwiegen. Der Chef äußerte lediglich beim Mittagessen, und vor knapp sechzehn Kollegen, drei Hilfsschwester und einer Putzfrau, diese vier Promille seien, par distance geschätzt, an die drei Flaschen Grunbacher Regina trocken gewesen oder auch 60 nackte Deutsche Mark, unter Freunden. Gelebt hat der nicht sauer, meine Damen! Dann griff er seufzend zum Schweinebauch.

Kurz und gut: der Wagen, ein schwarzer versteht sich, war, wie die Polizei mit Kreide und Meterband demonstrierte, zweimal radial und eins-komma-sechs-fach diametral von der Fahrbahn gekommen, und das hält niemand aus.

Die Ehe des Heimgefahrenen galt als glücklich, wenn auch kinderlos. Und da eine geblondete Sekretärin dem Formalzweck der Reise — Besuch der regieeigenen Sektellerei Grunbach/Höhe — die assistente Würze verliehen hatte, war alles arrangiert und steuertechnisch wohl gelungen, zumal die Erwähnte kurz vor ihrem Tod — sie vermied ihn — ausgestiegen war, um einen Verlobten zu besuchen, den sie „meine kranke Mutter“ nannte.

So also war er tragischerweise ins „Granada“ gekommen, der Hotelfürst, der Senator und Ehrendoktor seiner Heimatstadt. Vor dem Prunksarg saß die Witwe, gefaßt, aber verschleiert. Sie war so schön in ihrem Schmerz, daß selbst der Herr Prälat, ein Kenner, seine Augen niederschlug zum Heiligen Text, den sie im ersten Consilium demütig gefordert hatte.

Er zelebrierte mit einer Stimme, die sich im häufigen Genuß der Cellis üben durfte, den Spruch des Salomo, wie er geschrieben steht im 6. Kapitel ab Vers 7 also:

„Ob sie wohl keinen Fürsten noch Hauptmann noch Herrn hat, bereitet sie doch ihr Brot und sammelt ihre Speise in der Ernte.“

Darob verwunderten sich viele, doch nicht die Herren Abgeordneten des Städtischen Parlamentes, und nicht Herr Doktor Artur von Brebinsky, der Witwe Helfer, auch in Steuersachen. Doch trug er ein untadeliges Schwarz, und sein Kranz nebst Schleife aus Damast war nur per Scheck zu regeln.

Unter Eingeweihten demnach galt das Largo als Schlafpause zwischen Händel und statistischem Kalkül. Jeder wußte Bescheid, doch nicht genau. Von Brebinsky schwankte, welche Bestechungsquote für Abgeordnete des mittleren, wenn auch derzeit gehobenen Bewußtseins angemessen erschien. Und das Parlament wurde vom Gerücht vergequält: der dritte Stock sei halbverwanzt.

„Machen wir uns nichts vor, meine Herren“, hatte der Bürgermeister gesagt, während ihm seine Frau von hinten die Frackschleife band, „das MONOPOL kann sie nicht lange halten, aber noch ein gutes Stück Zeit. Entweder schleppt sie es zu Tode — die hat nie ein Kontobuch gesehen! — oder sie verkauft. An uns, meine ich. Will sie an Private verhökern: bong, dann kriegt der RABURGER HOF die Spielbank, so fies der dasteht, und ein Käufer weiß vorher Bescheid. Roulette wiegt hundert Karat. Also Leute: hart bleiben, aber mit weichem Kern!“

Dann hatten die Herren Chauffeure befohlen, und gehorsam nahm das Parlament Bouquets, Handschuhe und eine traurige Miene mit ins Freie.

„Mach Dir nichts vor, Liebling“, hatte von Brebinsky gesagt, während die Hinterbliebene ihre Lippen rougte, „verkaufen müssen wir! Werfen wir den Laden nicht der Stadt an den Hals, dann geben sie ihre Konzession dem RABURGER HOF, so fad der ist, und keiner nimmt uns privat den Schinken. Also hart bleiben, System: wir habens nicht nötig. Dann günstig abstoßen. Solange müssen auch die Wanzen weg.“

Dann wurde der Bürgermeister gemeldet, und sein Handkuß war von ehrerbietiger Eindeutigkeit.

Drei Tage nach dem Amen war man soweit. Beide Parteien hatten gearbeitet: das Parlament war zweimal zum offiziellen Bier im RABURGER HOF erschienen, und schaumselig indiskret hatte sein Bürgermeister dem glücklichen Hotelier zugestimmt: „wenn erst die Kugel rollt, mein Lieber!“ Aber es fehlten zwölf Demokraten, vor allem der Baurat, der trank sonst immer Bier.

Den hatte von Brebinsky auch beschenkt. Ferner fand er, hundert Meter neben dem Staatlichen Gesundheitsamt, einen tariffreien Kleinvergaser, und mehrere Wanzen starben, da man sie nicht gewarnt hatte. Zwei Tapeziergesellen verdienten sich gerne durch Nacharbeit eine halbe Horex, 350 Kubik.

Bei Vertragsverhandlungen im kleinen Sitzungssaal erwähnte man mehrfach des Verewigten Heimgang, und verblieb wie schriftlich:

Die Stadtverwaltung (im folgenden kurz Kontrahent I genannt) zieht ihr ernsthaftes Angebot einer Spielbankkonzession an den RABURGER HOF zurück und erklärt sich, da eine Überprüfung der hygienischen Anlagen betreffenden Objektes keinerlei amtliche Bedenken aufkommen ließen, hiermit bereit, über den Ankauf des Hotel MONOPOL in Verhandlungen einzutreten . . .

Das tat sie auch, und ohne anzuklopfen.

Herr Dr. iur. Artur von Brebinsky als Bevollmächtigter der Hinterbliebenen (Kontrahent II) zieht das bereits angeforderte Ökonomische Fachgutachten der Universität über die Rentabilität einer Spielbank im RABURGER HOF zurück und erklärt sich grundsätzlich bereit . . .

Und das auf zwölf Seiten in sechsfacher Ausfertigung. Die Sekretärin versäumte ihre Nachvorstellung.

Über Einzelheiten der Zusatzverträge stritt man in gedämpfter Zigarrenatmosphäre, bei Whisky und Kakao, je nach politischer Einstellung der Gastgeber. Keine zwanzig Tage dauerte der Krieg, denn plötzlich wurde die Stadtverwaltung weich (was hat nur unser Baurat?), auch waren noch drei Scheiben der Stadtkirche einzusetzen und vier Kasernen zu bauen. Das Parlament atmete froh, als ihr schwitzender Chef unterschreiben durfte.

Von Brebinsky traute den Tapeten nicht, und nicht ihrem Souterrain; plötzlich schrieb der Gutachter frech, auch lockte endlich das Doppel ohne Trauerkleidung an der Riviera. So zog er lächelnd und nervös den Füller.

Die Witwe (II) hatte es von Brebinsky und seinem Gegner insofern leicht gemacht, als sie unvermittelt gewisse Dekorationsmomente zu siegeln wünschte, statt aus sicherem Schraubenzug ihres Bevollmächtigten bare Münze zu kelttern: sie verlangte (auf Kosten der Stadt) im Vestibül des MONOPOL ein Porträt des Verewigten, und, als Anerkennung der ermöglichten Konzession im besten Haus am Platze, die Aufstellung ihrer eigenen Büste im Spielsaal des Casino (doch auf Selbstkosten).

„Eine Laune der Pietät und entschuldbaren Eitelkeit“, lächelte von Brebinsky, charmant verwirrter Unterhändler — und laut lachend, wenn auch nicht sehr laut — der Heimgegangene schlief eben sanft — quittierte das erleichterte Parlament die beträchtliche Sparsumme.

Leibrente auf Lebenszeit demnach, drei Mille monatlich in bar, dazu die kleine Direktorwohnung der Dependance Tusnelda, und 500,— pro Monat als Guthaben in Hotelspeise und Gästeübernachtungen, doch zu original Endpreisen, auch nicht deponierbar — wenn das nicht nobel ist, meine Herren!

Von Brebinsky unterschrieb links neben dem Bürgermeister, und ein Lokalreporter flehte um den Händedruck. Dann fuhren die Trauernden nach San Remo, und der Bürgermeister, ohne Frack, aber im Triumph vom Plenum empfangen, stieg auf die Tribüne, räusperte und verhalf der Sache zum Sieg:

„— ein Haus zur vollen Blüte führen. Staatsökonomisch wird sie sich (er sprach von der Blüte) bei voller Anerkennung der Pflege durch den Verewigten, erst jetzt voll entfalten. Nicht mehr als MONOPOL, sondern ein Haus, das uns allen gehört, und zwar voll und ganz.“

Die Rede galt als glänzend, nur der Baurat sagte, viermal: voll zu sagen, sei etwas viel gewesen, aber er klatschte wie die ganze Fraktion. Dann wurde ein Dreierkomitee gebildet, um das MONOPOL in gemeinnütziger Entfaltung zur vollsten Blüte zu führen. Der Bürgermeister wurde gewählt, auch der Baurat, auch der Leitartikler — Kraft, Können und Geist, wie ein Abgeordneter sinierte.

Sofort tranken die Drei ihr erstes Bier im MONOPOL und freuten sich. Doch nicht lange.

In echter Tragik schwang das Pendel über Skylla nach Charybdis — wir zitieren den Leitartikel im „Raburger Bäderjournal“. Und in der Tat! Dieses vortreffliche Bild wurde im Parlament um so echter nachempfunden, als es keiner verstand.

Kaum war die Verschleierte zurückgekehrt, allein übrigens, von Brebinsky hatte im grellen Südlicht seinen Kurswert überzogen — zurück also, gebräunt und lebensfähig, als sie den Baurat telefonisch zu sich bat. Es war bekannt, daß er mit Geschmack in Gips und Marmor dilettierte.

So entstand in schlichter Adtzimmerwohnung der Dependance Tusnelda rasch die Modellserie einer weiblichen Büste, die Kontrahent I um so leichter genehmigt hatte, als er sie nicht kannte. Ein Schleierornament hielt den Staatsanwalt gebührend im Hintergrund, und eines Tages, ohne Lorbeer und Enthüllungskult, ragte ihre kalte Fülle marmorsüß dem Haupttisch im Casino zu. Auch ein Antlitz war zu sehen, fast ebenso deutlich, irgendwie oder in etwa sachlich gehalten, doch durch Schmerz und Trauer überhöht — so äußerte der Herr Prälat, ein Kenner, und war entzückt.

Der Baurat hatte mehr als seine Schuldigkeit getan, doch war vorerst kein Grund, zu gehen. Lachend verbrannte er ein starkes Dutzend Drohbriefe und Selbstmordtelegramme von Brebinsky,

dann aber, in grüblerischer Stunde, schickte er Diverses in Noten an den Geschädigten. Grüße legte er bei, echte warme Wünsche, wie er schrieb — er bitte um Verständnis, jeder Mann habe nur eine Chance, auch sei er, Baurat, nicht der Jüngste.

Dann ging er hinüber ins Boudoir, wo die Gemeißelte ihre Lippen malte und fragte zärtlich leise, ob sie fertig sei.

Man ging zum Abendessen — es war Monatsende.

Und dieser Gang, das witterte unser Badlyriker mit genialem Instinkt, der Festzug und Triumphempfang im MONOPOL wurde zum Pendel, das nach Charybdis schwang. Vorbei am Vestibül, dort starrte der Verewigte, nach echtem Foto durch einen Heimatkünstler konserviert, vorbei am gemeinnützigen Schlüsselbrett des Concierge, der beugt sich in stolzer Ergebenheit, vorbei am glatten Pagen, der stützt die schwere Tür und gafft, und dann: — durch Licht und Raunen zum Damast!

Dort warten ihre zwanzig Gäste, darunter auch der Bürgermeister, nolens volens, und auch der Leitartikler, doch der betont, es sei das letzte Mal! Und ihr zur Linken unser Baurat, turnusmäßig Chef des Komitees.

Der Ober winkt, der Pächter läuft. Ein keuscher Handkuß, ihr kluges Kompliment: wie schaffen Sie das alles nur, mein Lieber?! Dann schwingt der Piccolo die Silberbecher und man serviert die Suppe à la reine, das heißt: zuerst bei ihr. Gerollte Zanderschnitten, mit Trüffeln garniert, dem Bürgermeister lieber Karpfen polnisch, in Bier, und gut gespickt, aber selbstverständlich, Verehrtester! Dann zwei Krammetsvögel oder Metzger Masthuhn à diskretion, dafür hat der Baurat seine Schwäche, und man kaut. Die zehnte Flasche Grunbacher trocken schafft offene Westen, und der Bürgermeister, mit rotem Kopf — er seziert geschickt sein Hähnchen nach Marengo Art —, der Bürgermeister räuspert und erlaubt sich sein Bedenken, gnädige Frau, so sei die Sache nicht zu halten. Ob man nicht, so peu à peu, die Monatshauspauschale teilen könne und täglich, vor allem täglich, im Tusnelda konsumieren?!

Der ganze Sinn des Gemeinnützigen MONOPOL — zum Wohl, die Herrschaften! — werde, äh, was wolle er sagen? — und ob sie, Gnädigste, keine Leitartikel lese?

Dann brachte der Chefkoch hochpersönlich seine Kaiserinbombe, und alle sagten: ah! Der Leitartikler wünschte plötzlich wütend Äpfel im Schlafrock oder besser: Navara-Biscuits, die waren im Augenblick nicht vorrätig. Bleich gestand es der Pächter, und eine Rüge unseres Baurats ist ihm sicher. Bissig saß der Leitartikler vor seinem Bombenteil und spielte mit dem Löffel. Er suchte Lyrisches und froh.

Die Hinterbliebene erhob sich: tausend Augen klebten auf ihrem Decolleté. Lachend schlenderten die Gäste ins Casino. Es war überfüllt wie immer. Ein Croupier mit pomadigem Französisch forderte in nasaler Schärfe auf, das Spiel zu machen.



Zeichnungen: K. Schlette

Doch keiner machte. Die Herren vergaßen Zigarettenzug und ihre Damen — und starteten aufs berühmte Original. Des Verewigten Hälfte! Ein Heimgang. Der Casinochef beugte sich über die erlauchte Hand und gab in leiser Demut den Monatsrapport, Tendenz natürlich steigend — und ob sie, Gnädigste, gütig erlauben wolle, als Nächstes und in etwa so wie folgt zu dispon . . .

Und da geschah es: der Bürgermeister mit rotem Kopf, sekundiert vom bleichen Baurat und dem unerhörten Promillegehalt der Grunbacher Regina trocken erklärte der Dame, angesichts ihrer Doppelbüste, er, Bürgermeister, sei Politiker, gewiß, doch auch ein Mensch und kurz und gut: er bitte sie, den Vorsitz im Dreierkomitee, und voll und ganz zu übernehmen. Gegen ein zusätzliches Fixum, versteht sich, flüsterte er ins weiche Ohr.

Dann sah er lang aufs Original — und auf den Marmor. Und schmerzlich auf den Baurat, genierte sich und ging zum Tisch, sein Spiel zu machen. Er setzte forsch auf Zero.

Es gab Tumult, denn er gewann.

Schelling als Vollender des Idealismus

„Weit entfernt also, daß der Mensch und sein Tun die Welt begreiflich mache, ist er selbst das Unbegreiflichste... Gerade Er, der Mensch, treibt mich zur letzten verzweiflungsvollen Frage: Warum ist überhaupt etwas? Warum ist nicht nichts?“ So nimmt Friedrich Wilhelm Josef Schelling (1775—1854) in der „Einleitung in die Philosophie der Offenbarung oder Begründung der positiven Philosophie“ die Frage Heideggers am Schluß seiner Vorlesung „Was ist Metaphysik?“ vorweg: „Warum ist überhaupt Seiendes und nicht vielmehr Nichts?“

Diese bei Schelling aufbrechende Fragwürdigkeit des Menschen, seine Zweifel an der Selbstgenügsamkeit der Vernunft, die ihn in die Verzweiflung an sich selbst treiben, haben in der Forschung dazu geführt, Schelling als den eigentlichen Inaugurator der Existenzphilosophie zu betrachten und aus seinen Spätschriften eine Hinwendung zum Wirklichen herauszulesen, wie sie in verschiedener Weise von den nachidealistischen Denkern vollzogen wurde: von Feuerbach, der seinen Ausgang vom leibhaft-sinnlichen Menschen nahm, Kierkegaard, der den existierenden einzelnen, Marx, der die produzierende Klasse und Nietzsche, der den Willen zur Macht in das Zentrum des Philosophierens stellte.

Zweifellos hat dieses „existentielle“ Verständnis der Schelling'schen Philosophie dazu geführt, sich ihrem wirklichen Vollzug und der Einheit dieses sich über fünfzig Jahre erstreckenden Denkens eingehender zu widmen und ihn aus der mißlichen Stellung, in die er als ein bloßer Vorläufer Hegels geraten war, zu befreien. Im Verlauf dieser Hinwendung wurde Schellings eigene philosophische Diktion immer deutlicher gesichtet und vor allem das Problem seiner Spätphilosophie, deren Darstellung sich aus den verschiedensten Manuskripten seiner letzten dreißig Lebensjahre nur sehr schwer durchführen läßt.

Im Jubiläumsjahre 1954 erschienen endlich zwei größere umfassende Werke über die Gesamtphilosophie (H. Zeltner) und über die Philosophie der Weltalter (H. Fuhrmans). Zugleich brachte die im September abgehaltene Tagung in Bad Ragaz einen beachtenswerten Vortrag von Walter Schulz (Heidelberg) über „Die Vollendung des Deutschen Idealismus in der Spätphilosophie Schellings“. Die zu solchem Resultat führende Interpretation vornehmlich der „Philosophie der Mythologie und der Offenbarung“ erschien nun im Kohlhammer-Verlag*).

Der Titel ist in gewisser Weise programmatisch und zwingt die künftige Schelling-Forschung zur pünktlichen Auseinandersetzung. Denn hier geschieht nichts Geringeres, als daß Hegel aus seiner Endstellung innerhalb des deutschen Idealismus hinausgedrängt wird durch den, dessen Philosophie er überwunden zu haben glaubte und der bisher nur als Vermittler zwischen Fichte und Hegel galt.

Zugleich kündigt sich ein Widerspruch gegen die Forschung an, die Schelling zum Begründer der Existenzphilosophie zu machen geneigt war und deshalb bestrebt sein mußte, ihn den gegenidealistischen Denkern anzunähern.

Gleichwohl bleibt die anfangs zitierte thematische Nähe von Schelling und Heidegger; es gilt, sie neu auf das Gemeinsame hin zu befragen und wenn möglich, die Vollendung des Idealismus zugleich als eine echte und aus der inneren Problematik dieses Denkens resultierende Überwindung darzustellen.

Walter Schulz gliedert, um diese Aufgabe zu bewältigen, seine Analyse in einen systematischen, bildungsgeschichtlichen und interpretatorischen Teil und schließt mit einem Überblick über die Philosophie der Subjektivität nach Schelling, indem er vornehmlich das Denken Kierkegaards, Nietzsches und Heideggers deutet, welche letzteren er für den „Endpunkt der Philosophie der Subjektivität“ hält.

In sehr gründlicher Weise, die einprägsame Wiederholungen nicht verschmäht, führt der Verfasser in Konsequenz des idealistischen Denkens der Selbstvermittlung der Vernunft hin zum wesentlichen Anliegen des späten Schelling, der seine frühe Identitätsphilosophie und Hegels Philosophie des zu sich selbst kommenden Begriffs als rein negative Philosophie erkennt, der es niemals möglich sei, die Wirklichkeit und das Leben zu begreifen und die sich deshalb nicht anmaßen dürfe, über das Daß, die Existenz der reinen Wesenheiten etwas Gültiges auszusagen. Es wird gezeigt, wie das radikale Durchdenken dieses idealistischen Prinzips niemals das Problem des Daß, die Faktizität des Denkens bewältigen kann und notwendig daran scheitern muß. Auf die Frage — die zum bewegenden Motiv des späten Fichte und Schelling wird — nach der Möglichkeit der Selbstkonstitution der auf sich gestellten Subjektivität gelangt Schelling schließlich zu der Erkenntnis, daß sich die Vernunft aller festmachenden Vergegenständlichung wieder entzieht und somit sich ihrer eigentlichen Aufgabe, sich selbst zu begreifen, beraubt, indem sich

ihr reines Daß vor allem Begründen zeigt. Dieses „Begründen“ schillert, wie aus das „Setzen“, in seiner bekannten Zweideutigkeit, die auch durch die Analyse nicht überall durch klärende Begriffe beseitigt ist: denn einmal meint es echt idealistisch die Tätigkeit der Vernunft, die sich selbst als Grund ihrer selbst setzen will, die also selbst Grund, absoluter Grund sein will; und zum anderen liegt darin seine Tendenz der gleichen Vernunft, die ihrem Grunde nachfragt und erkennt, daß dieser ihrem Nachfragen selbst schon allemal zum Grunde liegt.

Die Vernunft auf die Frage nach ihrem Inhalt wird gezwungen, diesen als Transzendenz aus sich herauszusetzen, sich selbst zu übersteigen, um allererst zu ihrem wahren Grunde zu kommen: die Vernunft geht zugrunde in ihrer Herrlichkeit, um sich auf dem Grunde eines Absoluten, das sie nicht selbst ist, wieder zu finden und von dort her neu zu verstehen. Dieser Umschlag, in der sich die Vernunft in ihrer Ohnmacht gegenüber einer Macht, die sie nicht selbst ist, begreifen muß, ist der Ansatz der Positiven Philosophie, die aus der radikalen Durchführung der Negativen erwächst und bei Schelling die Gestalt einer Philosophie der Mythologie und der Offenbarung annimmt, deren Strukturen und bedeutsame Potenzenlehre von W. Schulz in sehr ausführlichen Untersuchungen, die einen Begriff von dem gewaltigen denkerischen Bemühen des alten Schelling vermitteln, erhellt werden.

Der im Überstieg gewonnene Grund des Übersteigens, die Transzendenz der Vernunft, wird von Schelling näher als Gott bestimmt, aber nicht als jener „Gott am Ende“, den allein die bekannten Gottesbeweise, die Schelling alle ablehnt, liefern können. Er polemisiert zugleich gegen Hegels These, daß Gott die Welt brauche, um sich verwirklichen zu können, und sichert dadurch Gott als der reinen Selbstvermittlung seine ihm einzig angemessene Schöpferfreiheit: „Aber Gott ist schon vor der Welt Herr der Welt, Herr nämlich, sie zu setzen oder nicht zu setzen. Der also, welcher Schöpfer sein kann, ist freilich erst der wirkliche Gott, aber dieses Behauptung ist himmelweit entfernt von jener anderen wohlbekannten: daß Gott nicht Gott sein würde ohne die Welt...“ Die mythologische und christliche Terminologie erscheinen hier als die notwendige Folge des radikal idealistischen Denkens, das sich der Strukturen der reinen Subjektivität zu bemächtigen und in der sachlichen Erhellung auch die historischen Formen zu begreifen sucht.

Der Autor bemüht sich aufzuzeigen, möglicherweise um die von F. Engels inspirierte marxistische Schelling-Auslegung abzuwehren, daß der hier vollzogene Überstieg der Vernunft „kein Schritt aus dem Idealismus heraus zu einer irrationalen Wirklichkeitssphäre“ ist, „sondern nur eine Umorientierung der Vernunft“. Denn die Vernunft kommt in dieser Besinnung zur Erkenntnis ihres wahren Wesens: „endliche, nacherinnernde Selbst-

Zeitschriftenschau

Wir empfehlen unseren Lesern folgende Zeitschriftenartikel zur Lektüre:

Politik

- Der Schmelztiegel. Psychol. Probleme einer Volkwerden.
M. Y. Ben-Gavriel in Der Monat, 1955, H. 85.
- Ideen in der Wüste. Von der Diaspora zum Staate Israel.
Isaiah Berlin in Der Monat, 1955, H. 85.
- Das nordafrikanische Interessenlabyrinth.
Alfred Frisch in Deutsche Rundschau, 1955, H. 11.
- Die dritte Kraft. Aufbruch der farbigen Welt.
in: Offene Welt, 1955, H. 391.

Wissenschaft

- Cusanus und das Gesetz der Existenz. Zur Geschichte der ontisch-ontologischen Differenz.
Wolfgang de Boer in Merkur, 1955, H. 10.
- Der Geschäftsmann als Philosoph.
John Kenneth Galbraith in Perspektiven, 1955, H. 13.
- Zur Grundlagenproblematik der Biologie.
Erich von Holst in Universitas, 1955, H. 10.
- Die unbekannte Wissenschaft. Vom gegenwärtigen Stand der deutschen Soziologie.
Helge Pross in Frankfurter Hefte, 1955, H. 10.
- Ist die moderne Biologie revolutionär?
Wolfgang Wieser in Merkur, 1955, H. 10.

Kultur

- Abhandlungen zum Problem „Zeit“.
in Studium generale, 1955, H. 9.
- Kierkegaard und der Beginn der Lebensangst.
Walter Dirks in Dt. Zeitung u. Wirtschafts Zeitung v. 5. 11. 1955.
- Die moderne Epik und die deutsche Öffentlichkeit.
Erich Franzen in Merkur, 1955, H. 10.
- Stand oder Stände? Zur Hochschulreform.
Fritz Hartmann in Deutsche Universitätszeitung, 1955, H. 19/20.
- Hugo von Hofmannsthal.
Theodor Heuss in Universitas, 1955, H. 10.
- Die Metaphysik Ortegas.
Julián Marias in die Gegenwart, 1955, Nr. 23.
- Probleme der Forschungsförderung.
Ludwig Räiser in Deutsche Universitätszeitung, 1955, H. 19/20.
- Die Bedeutung des „Untergrunds“ in der europäischen Geistesgeschichte.
Ewald Wasmuth in Deutsche Rundschau, 1955, H. 11.

Vielgestaltig und interessant

DIE UMSCHAU IN WISSENSCHAFT u. TECHNIK

Sie bietet aus der Fülle der neuen Forschungsergebnisse eine sorgfältige Auswahl des Wesentlichen und ist die einzigartige Informationsquelle für den anspruchsvollen, naturwissenschaftlich und technisch interessierten Menschen. Machen auch Sie sich die wissenschaftliche exakte und stets aktuelle Berichterstattung der UMSCHAU zunutze.

Bezugspreis im Jahresabonnement 1,65 DM je Heft
Sonderpreis für Studenten und Schüler 1,40 DM je Heft
Erscheinungsweise zweimal monatlich

Probeheft direkt anfordern vom



UMSCHAU VERLAG · FRANKFURT/MAIN

bestimmung auf dem Grunde der absoluten Freiheit Gottes“ zu sein. Die positive Philosophie wird dadurch möglich und notwendig, daß die Vernunft ihre Selbstsicherheit verliert und sich in ihrer Endlichkeit entdeckt. „Gerade diese Endlichkeit ist nur dann ganz erfahrbar, wenn sich das Subjekt eingesetzt weiß von einem Ursprung, aus dem die Subjektivität entspringen ist.“

Der Bezug zu Heidegger wird beim Aufweisen der Endlichkeit besonders greifbar, wenngleich sie bei dem gegenidealistischen Denker nicht mehr aus der Problematik der sich selbst begreifenden wollenden Subjektivität folgt, sondern vielmehr aus einer „Stimmung“, der Grundbefindlichkeit der Angst.

Deren Möglichkeit bleibt aber selbst durchaus unbefragt. Die Umwandlung des Selbstverständnisses der Subjektivität erscheint noch seltsam verkürzt, und wir glauben, daß auch mit Heidegger die Philosophie der Subjektivität noch nicht in ihrem Endpunkt angelangt ist. Trotz aller Selbstbescheidung der Vernunft und Anerkenntnis ihrer Abhängigkeit von einem anderen, ihr Transzendenten, erscheint die „Welt“ noch allein als durch sie vermittelt. Die Endlichkeit der Subjektivität als wirkliche Endlichkeit „in der Welt“ ist noch nicht thematisch ergriffen und deshalb auch nicht die „Vollendlichkeit“ der Subjektivität philosophisch stringent zum Begriff gebracht.

* Walter Schulz: Die Vollendung des deutschen Idealismus in der Spätphilosophie Schellings, Kohlhammer, Stuttgart 1955, 306 S., brosch. 24,— DM.

Gleichzeitig gibt der Kohlhammer-Verlag die nur sehr schwer zugänglichen Münchener Vorlesungen aus dem Jahre 1827 heraus, die sich mit der „Geschichte der neueren Philosophie“ beschäftigen. Sie enthalten nicht nur einen geschichtlichen Überblick des philosophierenden Denkens seit Descartes und die einzig zusammenhängende, beachtenswerte Hegel-Kritik Schellings, sondern zugleich dessen auslegendes Selbstverständnis aus der Sicht seiner sich herausbildenden Spätphilosophie. Die Schrift verdient als beredetes Zeugnis des sich vollendenden deutschen Idealismus in Übungen zur Geschichte der Philosophie herangezogen zu werden.

E. A. Saupe

* Friedrich Wilhelm Josef Schelling: Zur Geschichte der neueren Philosophie, Kohlhammer, Stuttgart 1955, 171 S., Ln. 8,— DM.

Die Diamantensucher von Anakonda

Ich grub seit sieben Jahr im Golf von Anakonda, und hatte nicht vergessen, wer ich war. Ein Galipiero unter Galipieros, einer von vielen nur. Ich glaubte nicht an das Glück, wir alle taten das damals nicht, im Golf von Anakonda.

Es gab dort keine Überraschungen, wir kannten nichts als unser verhängnisvolles Schicksal. Schüsse nur, wenn einer etwas gefunden hatte, unterbrachen dies Einerlei. So schossen wir denn in die Luft. In dieser Ecke gab es kein anderes Ziel. Das fehlte uns. Wir alle wußten nicht wofür. Doch wir suchten weiter Tag für Tag und Tag für Tag.

Ich hatte noch ein Bild. Eine Erinnerung an zu Hause. Doch daran wollte ich ja nicht denken. Und doch war alles so trostlos. Mir kam manchmal nichts anderes in den Sinn.

Hör zu, Galipiero, hier findest du dein Glück nicht. Die Steine sind tot.

Segle nach Hause, in dein kleines Dorf. Es ist groß genug für dich, ja sogar für zwei, für drei. Hier unter der glühenden Sonne verbrennst du. Wir alle finden hier nicht das Glück. Aber wir alle fingen an zu suchen.

H. K. Bingel

Nachtrag

Die in der vorhergehenden Nummer des DISKUS erschienene Buchkritik unter der Überschrift: „Tant de bruit (pour une omelette)! bezog sich auf das Buch von Will-Erich Peukert: Ehe“; Claassen Verlag, Hamburg 1955; 432 S.; 19,80 DM.

Die Schwimmhalle DES STADTBADES MITTE

jetzt auch

Sonntag vormittags von 8 - 12 Uhr geöffnet

(Kassenschluß 11.15 Uhr)

Sport- und Badeamt Frankfurt am Main
Am Schwimmbad 7 · Telefon 90221 / 3565

VOLKSBANK FRANKFURT AM MAIN

HAUPTSTELLE: BORSENSTRASSE 1

Seit 1862
dienen wir
dem Mittelstand

Geschäftsstellen in: Frankfurt a. M., Oberursel/Ts., Bad Homburg v. d. H.

Minister Schäffers Konzerntöchter

Wenn in den letzten Wochen das persönliche Wort und der Inseraten-Appell des Bundeswirtschaftsministers Erhardt, die Preise zu stützen, bei Arbeitgebern, Gewerkschaften, Sparern und Hausfrauen nicht so recht ankam, so wohl deshalb, weil gar mancher diese mahnenden und drohenden Worte lieber an eine andere Adresse gerichtet gesehen hätte — nämlich an den Ministerkollegen Schäffer und dessen industrielle Hausmacht. Hätte die öffentliche Hand nicht selbst mit gutem Beispiel vorangehen können, die Preise in den von ihr beherrschten Industrien zu senken? Damit wären auch die Effektivlöhne konstant geblieben und die drohende Entwicklung eingedämmt worden. Ein starker Impuls hätte (neben einer allgemeinen Marktdisziplin!) vermutlich genügt, die gefährliche Hochkonjunktur zurückzudrängen.

Der Staat verfügt über ein ausreichendes wirtschaftliches Potential, um eine allgemeine und erfolversprechende Preisstützung wagen zu können. Hierzu einige Belege:

49 % der Eisenerzproduktion betreibt der Bund, jede 6. Tonne Steinkohle wird von ihm gefördert: 2/3 der gesamten Aluminiumerzeugung und -verarbeitung sowie 60 % der Erzeugung und 96 % der Verteilung elektrischer Energie und 91 % der Gasversorgung geschehen durch staatliche und kommunale Unternehmen. Insgesamt kontrolliert der Bund mit ca. 2,5 Milliarden DM Anteilen etwa 10 % des Kapitals aller deutschen Kapitalgesellschaften¹⁾. Nach den „Allgemeinen Vorbemerkungen zum Bundeshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1955“ ist der Bund an 83 rechtlich selbständigen Unternehmen, die ein Nominalkapital von 1,44 Milliarden DM aufweisen, unmittelbar mit 1,3 Mrd. Anteilen beteiligt; mittelbar außerdem an weiteren 223 Gesellschaften mit mehr als 25 %. Hinzu treten noch 68 Liquidationsgesellschaften.

Die wichtigsten Beteiligungen des Bundes sind in vier großen Dachgesellschaften zusammengefaßt²⁾:

1. Vereinigte Industrie-Unternehmungen AG (VIAG)
Kapital: nominell = 200 Mio., effektiv = ca. 500 Mio.
12 Tochtergesellschaften, die wiederum 13 Töchter besitzen.
2. Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks-AG (VEBA)
Kapital: nominell = 450 Mio., effektiv = ca. 1 Mrd.
43 Tochtergesellschaften und zahlreiche Enkel.
3. AG für Berg- u. Hüttenbetriebe (ehem. Reichswerke-Konzern)
Kapital: nominell = 350 Mio., effektiv = ca. 700 Mio.
18 Tochtergesellschaften und zahlreiche Beteiligungen.
4. Industrie-Verwaltungsges. mbH. (IVG)
Kapital: nominell = 150 Millionen.

Unter den Töchtern und Enkeln verstecken sich so bedeutende Unternehmen, wie die Hibernia Bergwerksgesellschaft mit 300 Millionen Aktienkapital, die selbst wieder 10 Enkel hat³⁾.

Hinzu kommen größere Beteiligungen an der Binnenschiffahrt, etwa 30 % Anteil am Schiffbau, das ehemalige Ufa-Vermögen mit einem nur schwer schätzbaren Marktwert und das Volkswagenwerk mit einem vorsichtig bezifferten Effektivwert von einer halben Milliarde DM⁴⁾.

Während der „Bund der Steuerzahler“ den wirklichen Wert dieses Mammutgebildes „sehr vorsichtig“ mit 3,2 Milliarden einschätzt, werden in parlamentarischen Kreisen 5 bis 8 Milliarden genannt. Schlägt man der Vollständigkeit halber noch die „Sachen in Gemeingebrauch“, wie Autobahnen, Kanäle etc. hinzu, weiterhin die Bundesbahn mit einem „Wert“ von rund 11 Milliarden, die Post mit 2 Milliarden und das übrige Sondervermögen von ca. 10—12 Milliarden, so erhält man ein wirtschaftliches Machtgebilde, das jeden „Privat-Konzern“ weit in den Schatten stellt. Die zitierten großen Bundeskonzerne beschäftigen weit über 200 000 Menschen. Die alte IG-Farben AG umfaßte im Jahre 1938 „nur“ 135 000 Personen, plus ca. 80 000 in den angegliederten Firmen. Auch die ehemaligen Vereinigten Stahlwerke hatten ca. 10 000 Beschäftigte weniger, als heute Schäffers Bundes-Industrie. Und da soll jemand behaupten, ein solches Gebilde könne nicht den Preis und die Markt- und Konjunkturlage beeinflussen!

Rentable und Defizit-Betriebe

Die Rentabilität der Bundesunternehmen ist ein unterschiedliches Kapitel. Während ein großer Teil eine durchaus vergleichbare Rentabilität aufweist, ist eine ganze Reihe von Unternehmen „hoffnungslos unrentabel“, doch müssen gerade diese aus sozialpolitischen Gründen gestützt und erhalten werden.

Das inzwischen schon „klassische“ Beispiel hierfür ist die „Kuhessische Kupferschiefer-Bergbau AG-Sontra“. Je nach Weltmarktlage schießt der Bund dort pro gewonnene Tonne Kupfer 3000 bis 5000 DM zu: in diesem Haushaltsjahr allein fast 10 Mio. Obwohl man mit der Subventionssumme für eine Tonne gewöhnlich einen neuen Arbeitsplatz einrichten kann, wird defizitär weitergewirtschaftet.

In den Deutschen Werken Kiel, die auf der ehemaligen Marinewerftanlage gegründet worden waren, um in der Hauptsache Flüchtlingen Arbeit zu schaffen, werden zwar Perlonstrümpfe, Kunstblumen, Marmelade, Damenunterwäsche, Autoheizungen, Pumpen, Hochfrequenzgeräte und andere Dinge fabriziert, doch sprach man vor Jahresfrist von einer „geräuschlosen Sanierung“, als konzernverwandte Bundesbetriebe 13 Millionen Betriebsverluste der DWK durch Scheinkäufe mit auffangen mußten.

So ist es kein Wunder, wenn die Rendite der Bundesunternehmen — obgleich sie mit der allgemeinen wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung ebenfalls zugenommen hat — nur gering ist. Zum Teil erklärt sich dies aus ihrer Entstehung, denn es sind kriegsbedingte Produktionsstätten darunter mit ungewisser Ren-

tabilität, für deren Gründung oder Weiterführung sich kein privates Kapital fand. Nach den Berechnungen von MDS Lindrath beträgt die Rendite seit 1949 mit ca. 15 Millionen DM nur rund 1 %. Werden davon allerdings die Zuschüsse wieder abgezogen, so ergibt sich noch ein Defizit von 120 Millionen.

Schweigen um das Tun der Töchter

Leider sind Angaben über das industrielle Vermögen des Bundes bisher nur spärlich zu erhalten gewesen. Erst die schon zitierte „Vorbemerkung zum Bundeshaushaltsplan 1955“ vermittelte größere Einzelheiten. Die Enkel wurden bisher meist verschwiegen. Von den über 500 Beteiligungen des Bundes und der Länder werden über 300 Unternehmen in der Form der GmbH betrieben. Sie unterliegen also nicht der aktienrechtlichen Prüfungs- und Publikationspflicht. Meines Erachtens erhebt der „Bund der Steuerzahler“ an dieser Stelle mit Recht die Forderung, daß für staats eigene Betriebe die Anwendung dieser Gesellschaftsform verboten oder auch ihnen die Pflichtprüfung und Publikationspflicht auferlegt werden soll. Interessanterweise vertritt das Bundesfinanzministerium die Auffassung, daß nach Artikel 110 BGG keineswegs eine umfassende Darstellung sämtlicher mittelbarer Beteiligungen vorgeschrieben sei, sondern eine solche nur im Rahmen der unmittelbaren Beteiligungen.

Im übrigen soll noch — ohne das Problem weiter aufzugreifen — darauf hingewiesen werden, daß mit geringen Ausnahmen alle bundeseigenen industriellen Töchter, Enkel und Urenkel von der zu 70 % im Bundesbesitz befindlichen „Deutschen Revisions- und Treuhand AG“ — also einer „abhängigen“ Gesellschaft — buchmäßig geprüft werden.

Keine konsolidierten Bilanzen

Bei einem Mammutgebilde wie dem VEBA-Konzern mit 52 Töchtern und „sonstigen Verwandten“ vermitteln die Einzelbilanzen oftmals ein irreführendes Bild, da saldierungsfähige Posten gegenüber den Konzernschwestern keine Berücksichtigung finden können. Nur eine konzern-interne Verrechnung und Saldierung verhilft zu der notwendigen einheitlichen Behandlung des Gesamt Komplexes. Erst wenn an Stelle der Beteiligung der einen an der anderen Gesellschaft das Reinvermögen in der Bilanz eingesetzt wird, unter Weglassung des Aktienkapitals und der Reserven der abhängigen Gesellschaft, sind wirtschaftlich einheitliche Bilanzangaben möglich. Daß hierzu viele Vorarbeiten notwendig sind, versteht sich bei der Größe des Objektes von selbst. Stutzig macht allerdings, daß es dem „Bundeskonzern-Ministerium“ bisher noch nicht gelungen ist, die Bilanzstichtage seiner Unternehmen und die Bewertungsvorschriften aufeinander abzustimmen.

Privatisierung oder Staatskapitalismus?

Was soll nun mit dem Konzernriesen des Bundes geschehen? Oder soll alles so bleiben? Hierzu meint der Bundesrechnungshof in einem Prüfungsbericht:

„Bei einer Reihe von Unternehmungen erscheint es zweifelhaft, ob die Beteiligung der öffentlichen Hand an ihnen noch erforderlich ist“.

In diesem Zusammenhang wandte sich der Präsident des Bundesrechnungshofes an alle Bundesminister und bat zu prüfen, „welche Schritte im einzelnen Falle zweckmäßig seien.“

Viel ist bisher nicht darauf erfolgt. Auch Ausschüsse und einzelne Abgeordnete des Bundestages haben nur wenig erreicht. Dabei ist man — von einigen Außenseitern abgesehen — durchweg der Auffassung, daß das Bundesvermögen keineswegs kurzfristig verschleudert werden darf und daß auch nicht die Beseitigung sämtlicher öffentlicher Betriebe in Frage kommen kann, sondern lediglich die Privatisierung dazu reifer Unternehmen. Die erste Etappe einer Hinüberführung in private Hände könnte relativ einfach bei den Gesellschaften beginnen, deren Aktien ohnedies an den Börsen notiert und gehandelt werden. Das Volkswagenwerk und der ehemalige Reichswerke-Konzern Salzgitter könnten gesondert behandelt werden. Über Investment-Gesellschaften, mit deren Hilfe das Risiko weitgehend verteilt werden kann, könnten breite Schichten der Bevölkerung kleingestückeltes Miteigentum erwerben. Der Ankauf solcher auf einen kleinen Nennbetrag lautenden Zertifikate der bundeseigenen Industrieunternehmen müßte auch dem gut verdienenden Facharbeiter ermöglicht werden, so daß der Anteil der Arbeitnehmer am Sozialprodukt trotz der Lohnkonstanten noch erhöht würde, wenn Teile davon wiederum Kapitalerträge einbringen.

Dies wäre eine Lösung. Allerdings bliebe dabei der Mammutkonzern bestehen, auch wenn — wie weiterhin vorgeschlagen wird — entweder die Reparationsgeschädigten oder die währungs-

geschädigten Reichsgläubiger mit den Aktien einer Bundes-Holding entschädigt werden sollen. Eine andere Seite plädiert dafür, mit dem Erlös die Subventionen für die Bundesbahn zu bestreiten oder — möglichst mit einer parallel gehenden Gebührensenkung — die Rationalisierung des Post- und Nachrichtenverkehrs durchzuführen. Andere wollen die Eingliederung der Kriegsgefangenen und Flüchtlinge in die Wirtschaft mit den aufkommenden Summen finanzieren, während Dritte den Ausbau des Autobahnnetzes, den sozialen Wohnungsbau oder die Flurbereinigung in der Landwirtschaft auf Kosten der Schäfferschen Industrien durchführen wollen.

Vermutlich gibt es so viele Vorschläge, wie es Interessenten gibt. Das zeigt aber gleichzeitig die Schwierigkeiten einer „gerechten“ Liquidierung. Jedenfalls sollte man versuchen, eine möglichst breite Schicht von Staatsbürgern an dem Erlös partizipieren zu lassen.

Gefahr einer Überfremdung

Schwieriger als die Verteilung wird der Verkauf selbst sein, wie schon oben angedeutet. Einige Finanz-Experten vertreten die Auffassung, daß momentan — auch unter Einschaltung größerer Bankenkonsortien — Werte von über 10-12 Millionen kaum unterzubringen seien, es sei denn bei ausländischen Kapitalgruppen. Hier wird man sehr vorsichtig sein müssen. So soll sich, neben der deutschen Gruppe, der bekannte Millionär Onassis als Interessent für die Howaldtswerften gemeldet haben, während ein schweizer Elektro-Konzern und auch General Motors sich für das Volkswagen-Werk interessiert zeigen. Das Einsteigen des Schweden Wenner-Gren in den Bochumer Verein hat die ablehnende Haltung gegenüber ausländischen Kapitalgebern wohl noch verstärkt, und die Zurückweisung amerikanischer Finanzgruppen bei einem Kaufangebot für die „Rheinstahl“ und „Hibernia“ durch das Bundeskabinett verdient in diesem Zusammenhang Beachtung.

Im Schatten der Wiederbewaffnung

Die Fülle der Einzelprobleme sollte einen jedoch nicht täuschen. Ein Teil des Bundesvermögens ist aus rüstungs- und kriegswirtschaftlichen Gründen originär gebildet worden. Wie die Möglichkeit zur Veräußerung dieser Teile von maßgeblicher Stelle beurteilt wird, beweist eine Äußerung von Ministerialdirektor Prof. Dr. Oeftering⁵⁾, dem „Vater des Bundeshaushaltplanes“:

„Wir werden vielleicht — niemand von uns weiß wann — wieder einmal vor rüstungswirtschaftlichen Überlegungen stehen. Man kann diese Tatsache einfach nicht ganz außer acht lassen, wenn man sich ein zutreffendes Urteil über das hier Mögliche und Vertretbare bilden möchte. Jedenfalls der Gedanke, daß man aus rüstungswirtschaftlichen Überlegungen im Besitz der öffentlichen Hand entstandene Unternehmungen noch möglichst rasch zu einem Zeitpunkt veräußert, in dem schon wieder neue rüstungswirtschaftliche Möglichkeiten und Notwendigkeiten sich abzeichnen, bedarf einer ersten Mitwürdigung bei allen Entschlüssen, die hier getroffen werden müssen.“⁶⁾

Ganz unmißverständlich hat sich Finanzminister Schäffer zu diesem Problem geäußert, als er seinen unbarmherzigen Kritikern entgegenhielt, „er würde sich hüten, jetzt ehemaliges Militärgelände billig zu verkaufen, wo er es demnächst wieder teuer zusammenkaufen müsse.“

Bestimmt wird er auch bestrebt sein, die in der VIAG zusammengeschlossene Erzeugung und Verarbeitung von Aluminium sowie die dazu notwendige Elektrizität in der Hand zu behalten, wenn wieder, statt Kochtöpfen, Flugzeuge produziert werden. Ähnlich wird es mit der bundeseigenen Kohleproduktion sein. Und wer wird der Stahlerzeugung des Bundes die rüstungsmäßige Notwendigkeit in der derzeit „staatsnahen“ Form absprechen können?

Ceterum censeo... Im übrigen bin ich dafür, daß die öffentliche Hand weiterhin eine geschlossene Faust bleiben soll!

Egon Johannes

⁵⁾ Aufsichtsrats-Mitglied der VIAG, Volkswagenwerk, Vereinigte Aluminium Werke und Bayernwerk AG.

⁶⁾ Bulletin Nr. 34 v. 18. Februar 1955.

Wir verweisen auf den beigelegten Aufruf zur Teilnahme am Autorenwettbewerb des Studentenhauses e. V.

Der Zentral-Verlag für Dissertationen Triltsch - Düsseldorf - B, Jahnstraße 36, druckt Dissertationen preisgünstig. Angebote unverbindlich!

Die Buchhandlung für den Mediziner

JOHANNES ALT

Fachbuchhandlung und Antiquariat für Medizin
und Naturwissenschaften

FRANKFURT A. M.-SUD 10
Gartenstraße 134 · Telefon 61993

Jetzt wieder in den erweiterten Geschäftsräumen Gartenstr. 134
Haltestelle Hippodrom, in der Nähe der Universitätskliniken

PHILIPP HOLZMANN
AKTIENGESELLSCHAFT/FRANKFURT/MAIN



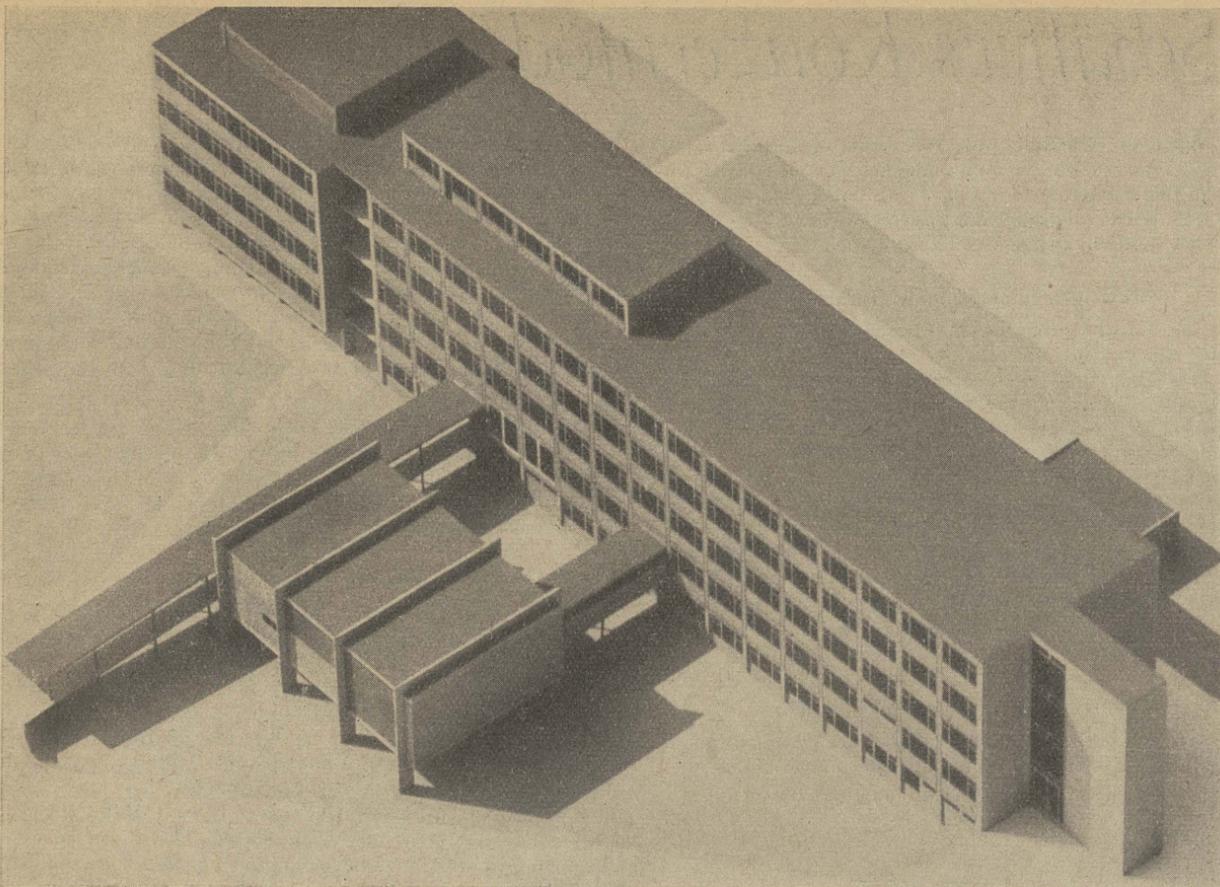
HOCHBAU-TIEFBAU-STAHLBETONBAU
INDUSTRIEBAU - STEINMETZBETRIEBE
ZIEGELEIEN

¹⁾ Vgl. Wirtschaft und Statistik, Heft 10/54.

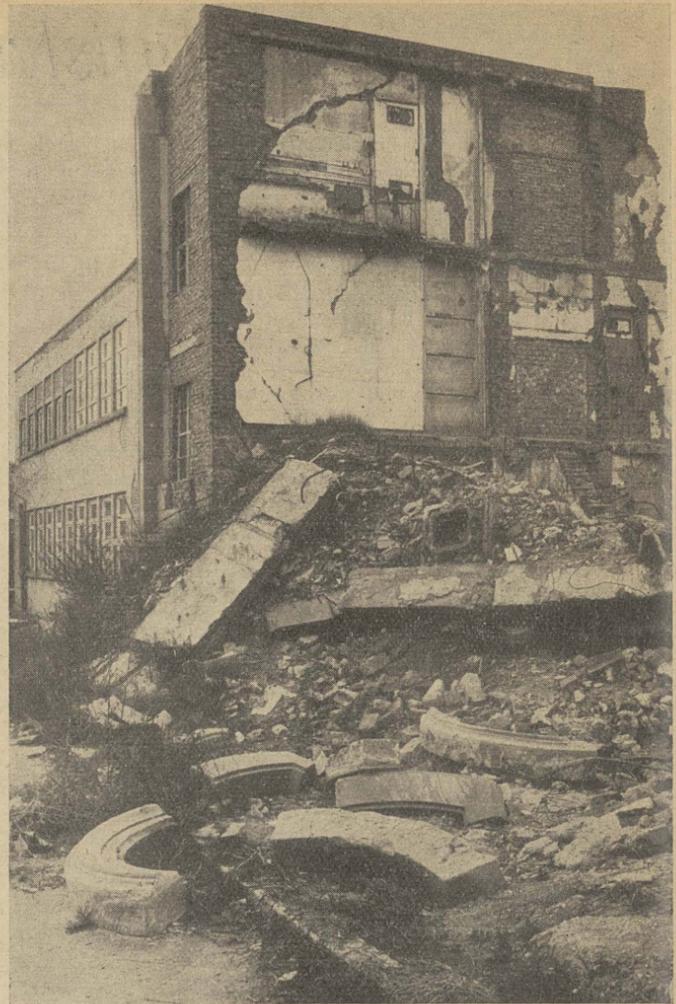
²⁾ Vgl. Karl Bräuer, Der Bund als Konzernunternehmer.

³⁾ Es wirkt geradezu grotesk, wenn man erfährt, daß die große Schiffsfahrts- und Lager-Gesellschaft „Rhenus“ mit ihrem neuen Riesenspeicher im Frankfurter Westhafen eine Urenkelin der VEBA ist.

⁴⁾ Nach dem Gutachten von Prof. Beste, Köln, zahlte das VW-Werk schon im Jahre 1950 bei einem Stammkapital von 600 Millionen rund 64 Mio DM Einkommen- und Vermögensteuer. Inzwischen wurde die Kapazität fast verdoppelt!



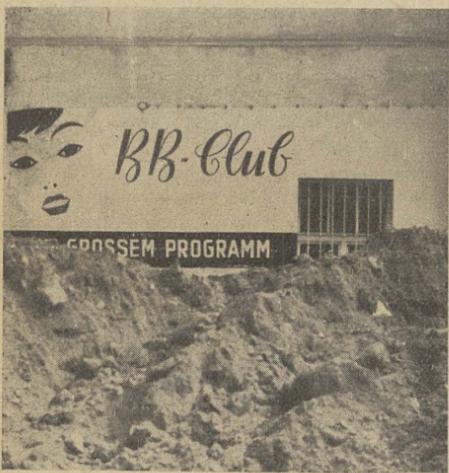
An der Ecke Gräfstraße/Georg-Voigt-Straße, gegenüber dem Gmelin-Institut entstehen die Institute für Lebensmittelchemie (ca. 30 Arbeitsplätze) und Pharmazie (225 Arbeitsplätze). Hier soll auch die Nahrungs-Untersuchungsstelle der Stadt Frankfurt ihr neues Heim finden. Oben: Modell des zum Wintersemester 1956/57 bezugsfertigen Gebäudes.



In dieser Ruine arbeiten seit Kriegsende ca. 200 Studenten, Assistenten und Doktoranden der Pharmazie. Die bedrückende Enge ist noch nicht das größte Übel: Da eine ordentliche Belüftung der Arbeitsplätze nicht möglich ist, wirkt jeder längere Aufenthalt in diesen Räumen gesundheitsschädigend.

Rund um Frankfurts Universität

Aufnahmen von Schölzel, Sörgel, Hauck und Kramer



Über den Trümmern das Schild eines Nachtlokals. Das war der allen Studenten vertraute Anblick auf dem Wege von der Straßenbahnhaltestelle zur Universität.

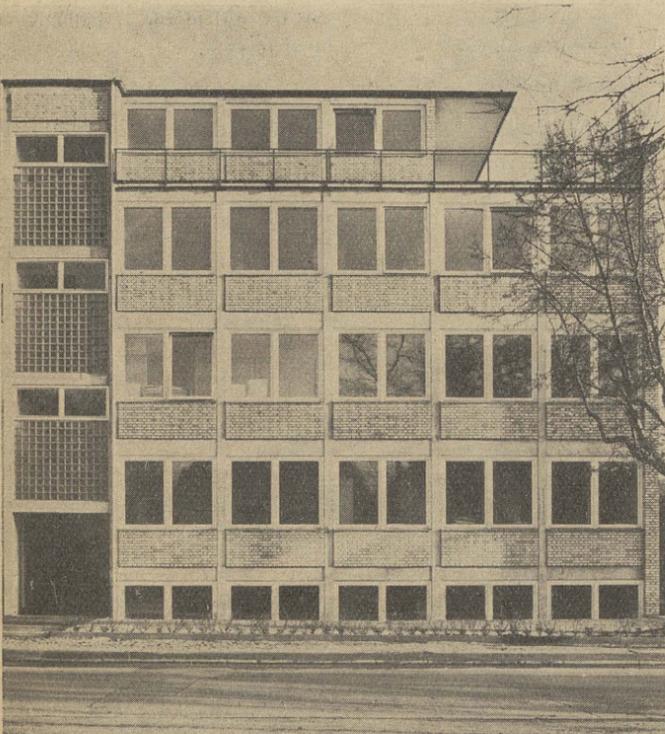


Während der Semesterferien wurde mit den Arbeiten am neuen Studentenheim an der Bockenheimer Warte begonnen. Es soll im Mai 1956 vollendet sein und wird dann 128 Kommilitonen Unterkunft geben. Ohne große Spenden aus der Wirtschaft und von sonstigen Stellen hätte das Projekt niemals verwirklicht werden können. Allein die Vereinigung der Freunde und Förderer der Johann Wolfgang Goethe-Universität brachte neben den laufenden Zuwendungen eine Sonder-spende von 50 000,— DM für das Studentenheim auf. Das entspricht etwa der zur Unterbringung von 9 Studenten im neuen Heim erforderlichen Summe.



Das Modell des neuen Studentenheimes an der Bockenheimer Warte

Unten: Frontalaufnahme des neuen geologischen und paläontologischen Instituts an der Senckenberganlage. Hier können 30 Doktoranden, Assistenten oder Studenten Arbeitsplätze finden und sich — wenn das Wetter dazu reizt — zwischendurch auch auf der Dachterrasse ausruhen.



Inzwischen ist das neue Studentenheim an der Bockenheimer Warte schon zu ansehnlicher Höhe erwachsen.



Als der Studentische Schnelldienst aus den dunklen Kellergewölbem der Universität umzog in die lichtdurchfluteten Räume des Studentenhauses, fiel der mißbilligende Blick Seiner Magnificenz auf die Unentwegten, die die Wartezeit auf einen Job nur skatspielend zu verbringen wußten. Das Schachspiel wurde obligatorisch (unten). Skatspieler treffen sich seither in der dunkelsten Ecke des dritten Stockes (oben).

